

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ mit „Siedlung und Kleinrenten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark, eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 8, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-293
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Sonntag, den 5. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkseckkonto: Berlin SW 68, Lindenstraße 8, abgeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Die Londoner Konferenz gefährdet.

Beforgnisse über die nationalistischen Quertreibereien / Herriot in Bedrängnis

London, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die außerordentlich optimistische Auffassung über die außenpolitische Lage, die am Donnerstag in London vorherrschte und der auch Macdonald in einer Rede in seinem Wahlkreis bereiten Ausdruck verliehen hat, ist am Freitag einer ernsthaften Besorgnis gewichen. Die Pariser Meldungen über die Nichteinladung Frankreichs und die Gegnerschaft Frankreichs gegen eine von der Reparationskommission unabhängige Kommission, die über eventuelle deutsche Verfehlungen entscheidet, haben in den amtlichen Kreisen Englands peinlichstes Erschauern hervorgerufen. Im Auswärtigen Amt wird erklärt, daß die Behauptung von einer Nichteinladung Frankreichs auf ein Mißverständnis beruhe und daß in der Frage der Sonderkommission der englische Standpunkt der sei, daß der Sachverständigenrat nicht mit dem Versailler Vertrag identisch ist. Dabei sei eine Überwachung der Ausführung seiner Bestimmungen durch eine eigene unparteiische Instanz selbstverständlich. Der Hauptgrund für die englische Stellungnahme, der jedoch nicht ausgesprochen wird, ist darin zu sehen, daß man in den amtlichen englischen Kreisen bei der Übertragung eines Überwachungsrechtes über die Ausführung des Sachverständigenrats an die Reparationskommission eine Wiederholung des Ruhrmarsches oder eines ähnlichen Schalles befürchtet, wie seinerzeit die Reparationskommission beschloß. In parlamentarischen Kreisen herrscht der Eindruck vor, daß gewisse private Zettel, denen die neue Entwicklung mißfällt, alles daran setzen, um einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben. Auf alle Fälle lassen die neuen, in Paris explodierten Bomben den rechtzeitigen Beginn der Londoner Konferenz, von hier aus gesehen, sehr zweifelhaft erscheinen.

Herriot verlangt direkte Aufklärung von Macdonald.

Paris, 4. Juli. (WIB.) Ministerpräsident Herriot hat im Vereinigten Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Finanzen heute nachmittags erklärt, daß er nach Schluß des heute vormittags abgehaltenen Ministerrates eine Note an die englische Regierung gerichtet habe des Inhalts, die französische Regierung betrachte sich nicht gebunden durch die Anregungen, die die englische Regierung gleichzeitig mit den Einladungen zur Londoner Konferenz an die alliierten Regierungen gegeben habe. Da in Chequers keinerlei Formel festgelegt worden sei, seien die Einladungen im Foreign Office abgefaßt worden. In dieser Fassung habe die englische Regierung gewisse Anregungen zu den Arbeiten der Konferenz gegeben, Anregungen, die mehr oder minder denjenigen ähnlich seien, mit denen sich die französische Regierung bereits befaßt habe.

Havas zufolge erklärte Herriot noch, er habe von der britischen Regierung über die Vorschläge, die in der Einladung zur Londoner Konferenz an die verschiedenen interessierten Mächte enthalten seien, eine Aufklärung verlangt. Im Laufe der Sitzung sei Herriot eine erklärende Note des Unterstaatssekretärs Crewe zugegangen. Herriot habe jedoch den Ausschüssen erklärt, er erwarte eine direkte Antwort von Macdonald, ehe er sich über die Angelegenheit aussprechen wolle.

Poincaré der Haupttreiber.

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kampagne der Pariser nationalistischen Presse gegen die Form der Einladung zur Londoner Konferenz ist nichts anderes als ein wohl vorbereitetes Vorpostengefecht gegen die Konferenz selbst. Im Hintergrund ist Poincaré sichtbar, der mit äußerster Energie versucht, den Weg der Abkehr von seiner politischen Gewaltmethode zu blockieren und die endgültige Regelung der Reparationsfrage im Sinne des Sachverständigenplanes zu hinterstreifen. Im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten klagte er Herriot am Freitag an, daß er sich von Macdonald habe blenden lassen und vollkommen in der Hand des Auswärtigen Amtes in London sei. Das Ziel der französischen Chauvinisten ist, die durch den Dawes-Plan und durch die Abmachungen, die auf der Londoner Konferenz getroffen werden sollen, gefährdete Nachstellung der Reparationskommission, in der Frankreich bekanntlich die vorherrschende Stellung hat, um jeden Preis zu retten.

Ein Vorwand für die Poincaristen gegen Herriot.

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die gestern von hiesiger zuständiger Stelle etwas voreilig dementierten Meldungen über die Form der englischen Einladung zur Konferenz von London haben sich nun doch als richtig erwiesen. Die Bestimmung darüber ist hier außerordentlich groß. Man macht der englischen Regierung den Vorwurf, daß die bereits in der Einladung zur Konferenz deren Beschlüsse vorgegriffe, indem sie den alliierten Regierungen ihre eigene Thesen zu suggerieren versuche, und man ist

darüber um so ungehobelter, als man befürchtet, daß auf diese Weise bei den eingeladenen Regierungen der Eindruck erweckt werden könnte, als sei Frankreich mit der von London vertretenen Auffassung einverstanden. Das ist aber nach den von Herriot in Kammer und Senat abgegebenen Erklärungen zum mindesten in zwei Punkten nicht der Fall. Frankreich lehnt nicht nur die Macdonaldsche Doktrin ab, wonach die Bestimmungen zum Teil über die in den Versailler Friedensbestimmungen festgelegten Verpflichtungen Deutschlands hinausgehen, sondern es lehnt vor allem auch die englische Forderung ab, daß künftig für die Feststellung etwaiger Verfehlungen Deutschlands nicht mehr die Reparationskommission, sondern ein neu zu schaffendes Organ zuständig sein soll.

Schwieriger ist die zweite Frage. Wir haben bereits gestern auf die Bedeutung hingewiesen, die man hier aus naheliegenden Gründen der Wahrung der vollen Autorität der Reparationskommission beilegt. Aber auch das schließt keineswegs aus, daß man in Paris der neuen internationalen Situation die erforderlichen Zugeständnisse zu machen bereit ist. In dem Resümee, das der in der Regel ausgezeichnet informierte Londoner „Temps“-Korrespondent seinerzeit über die Brüsseler Besprechung gegeben hatte, war als eine der getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich angeführt worden, daß die Feststellung neuer deutscher Verfehlungen künftig von der Reparationskommission zusammen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes erfolgen solle, ohne daß die öffentliche Meinung oder die politischen Kreise in Frankreich sich über diese Konzessionen sonderlich aufgeregt hätten. Und erst gestern hat der „Temps“ in seinem Leitartikel zugegeben, daß bereits durch das Gutachten der Sachverständigen die Interventionen der Reparationskommission auf ganz wenige, im höchsten Grade unwahrscheinliche Fälle beschränkt wird. Das alles zeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris im Grunde gar nicht so sehr tiefgehend sind. Die eigentliche Bedeutung des Zwischenfalls liegt denn auch vor allem in der äußerst heiklen Situation, in die das neue französische Ministerium seinen Gegnern im eigenen Lande gegenüber sich gebracht hat. Und das Mindeste, was sich von dem englischen Vorgehen sagen läßt, ist, daß es taktisch weder sehr geschickt, noch politisch nützlich ist. Die parlamentarischen Schwierigkeiten, mit denen die Verständigungspolitik Herriots zu rechnen hat, können doch in London nicht ganz unbekannt sein. Herriot, der in wiederholten Erklärungen der Opposition gegenüber versichert hat, daß in Chequers keinerlei definitive Abmachungen getroffen wurden, wird bereits von der nationalistischen Presse der Vorwurf gemacht, entweder wissentlich gelogen zu haben oder von Macdonald hineingeleitet worden zu sein. Das eine trifft ebensowenig zu wie das andere.

Am Quai d'Orsay vertritt man den Standpunkt, daß die einzelnen Punkte der englischen Einladung nur die persönliche Auffassung des englischen Auswärtigen Amtes darstellen, durch die die französische Regierung in keiner Weise gebunden wird. Wahrscheinlich wird das die französische Regierung in einer Mitteilung an die zur Konferenz geladenen Regierungen auch offen zum Ausdruck bringen. Wenn damit der Zwischenfall auch formal seine Erledigung gefunden haben dürfte, so bleibt doch als wenig erfreuliche Rückwirkung der Eindruck eines neuen englisch-französischen Gegensatzes zurück, was wenig dazu angetan ist, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern. Fast noch verhängnisvoller aber ist, daß er der Opposition in Frankreich eine neue Waffe in die Hand gibt, die Herriot ernstlich gefährlich werden könnte. Denn das Mindeste, was von dieser Seite versucht werden wird, ist, die englische Initiative dazu auszunutzen, Herriot in der bevorstehenden Interpellationsdebatte zu präzisen Erklärungen zu zwingen und ihm so für London die Hände zu binden.

London, 4. Juli. (WIB.) Reuters meldet aus Paris: Der Bericht des französischen Volkschalters in London über seine heutige Unterredung mit Sir Eyre Crowe bezüglich der Mißverständnisse über die Bedingungen der Einladung zur Justikonferenz in London werde in Paris mit Spannung erwartet. Am Quai d'Orsay drücke man die Hoffnung aus, daß eine befriedigende Erklärung von britischer Seite erfolgen werde. Man erkenne jedoch, daß die Schwierigkeit, auf der Londoner Konferenz eine Verständigung zu erzielen, beträchtlich größer sein könnte, als am Tage nach den Unterredungen von Chequers erwartet wurde. Die Lage sei äußerst schwierig für Herriot.

Eine englische Darstellung.

London, 4. Juli. (WIB.) Reuters zufolge herrscht in hiesigen diplomatischen Kreisen lebhafter Ueberraschung über die Haltung der französischen Presse gegenüber der Besprechung in Chequers. Man bezeichnet es als schwierig, die an den Tag gelangte Erregung zu verstehen und weist darauf hin, daß die britische Regierung, indem sie die Mitteilung der Vorgänge in Chequers an die übrigen Alliierten veranlaßte, nichts getan habe, was der be-

stehenden Übereinstimmung mit der französischen Regierung zuwiderlaufe. Der britische und der französische Premierminister seien von Anfang an darüber einig gewesen, die Alliierten über den Inhalt ihrer Besprechungen auf dem Laufenden zu halten und Herriot sei selbst nach Brüssel gereist mit der ausgesprochenen Absicht, seine belgischen Kollegen von dem Ergebnis der mit Macdonald gepflogenen Unterhaltungen zu unterrichten.

Was die Proteste der französischen Presse gegen die den Einladungen zur Londoner Konferenz gegebene Form betrifft, als suche diese den Verlauf der künftigen Konferenz im voraus zu bestimmen, so wird hier erklärt, daß in Chequers keine Entscheidungen getroffen worden sind. Weiter wird betont, daß keinerlei bindende Beschlüsse ohne Benachrichtigung der übrigen Alliierten gefaßt werden würden. Alle die mühsigen Fragen, was wirklich oder was vermutlich beschlossen sei, mache der Umstand hinfällig, daß der Quai d'Orsay genau unterrichtet sei. Der britische Standpunkt sei allgemein bekannt und alles, was von hier aus gesprochen sei, sei lediglich zu dem Zwecke geschahen, diesen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen und Anregungen in dieser Richtung zu geben. Niemals habe die Absicht bestanden, den Anschein zu erwecken, als seien in Chequers endgültige und bindende Entscheidungen getroffen worden.

Weiterhin sei allgemein bekannt, daß in britischen Kreisen keinerlei Absicht bestehe, sich in irgendeiner Weise in die Arbeiten der Reparationskommission einzumischen. Der Dawes-Bericht lege jedoch Deutschland zahlreiche Verpflichtungen auf, die im Vertrag von Versailles nicht vorgesehen seien. Der britische Gedanke gehe also lediglich dahin, neue Mittel und Wege zur Durchführung des Dawes-Berichtes aufzufinden. Volkstommen unfähig sei es, der britischen Regierung den Wunsch unterzuschleichen, als wolle sie die Reparationskommission zum alten Eisen werfen.

Mit Fragen, die außerhalb des Versailler Vertrages lägen, könne die Reparationskommission nicht befaßt werden. Ihre Arbeit, soweit sie im Vertrag vorgesehen sei, solle sie dagegen wie bisher fortsetzen. Die britische Anregung bezwecke, lediglich darauf hinzuweisen, daß der Dawes-Bericht Regelungen vorsehe, für die die Reparationskommission nicht zuständig sei.

Großbritannien wolle keine überstürzte Entscheidung herbeiführen. Es gebe nur seinen eigenen Standpunkt bekannt in Ausdrücken, die die in Chequers gebrauchten genau wiederholten und die, was noch einmal ausdrücklich wiederholt würde, in keiner Weise darauf abzielten, irgendeine oder zwei der beteiligten Mächte ohne vorherige Besprechung mit den übrigen Alliierten zu binden.

Politik und Mord.

Zu den Hausdurchsuchungen in Reichstag und Landtag.

Die Hausdurchsuchungen, die gestern morgens in den beiden Parlamentshäusern Berlins vorgenommen wurden, haben beträchtliches Aufsehen erregt und eine lebhafte Debatte im Landtag hervorgerufen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat an Herrn Wallraf ein Protestschreiben gerichtet, in dem sie sich besonders gegen die Annahme wehrt, daß sich in ihren Händen Materialien befinden könnten, von denen die Aufklärung vollendet oder die Verhütung begangener Mordtaten zu erwarten sei. Das Schreiben des Reichstagspräsidenten, auf das dieser kommunistische Protest Bezug nimmt, war ein Antwortschreiben an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, der die Hausdurchsuchung verlangte, und hatte folgenden Wortlaut:

Euer Hochwohlgeboren haben das in dem gefälligen Schreiben vom 26. v. Mts. gestellte Gesuch, in den von der kommunistischen Partei benutzten Räumen Durchsuchungen und Beschlagnahmungen vorzunehmen, durch wiederholte mündliche Darlegungen mir gegenüber näher begründet. Nach diesen Darlegungen bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Aufklärung und Verhütung vollendeter und verjauhter Verbrechen des Mordes von der Erteilung der mir nach Art. 38 Abs. 2 der Reichsverfassung vorbehaltenen Zustimmung abhängig bleibt. Unter dem Schutz dieser Sachfrage teile ich Ihnen hierdurch die nachgehende Zustimmung zur Durchsuchung der genannten Räume und zur Beschlagnahme der auf das Verbrechen des Mordes bezüglichen Gegenstände mit der Maßgabe, daß diese Venehmigung auf Freitag, den 4. d. Mts., beschränkt wird.

Im Landtag hat man im Schrank des Hg. Gesch. Sprengkapseln für Stielhandgranaten und eine Mauerpistole gefunden. Von kommunistischer Seite wird dazu erklärt, daß es sich um Gegenstände handle, die seinerzeit bei den Landtagsdebatten über die Krawalle beim Zirkus Busch als Beweise gegen die nationalistischen Verbände auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden seien.

Das kann richtig sein, denn daß dergleichen lebenswichtige Sachen im Besitz von Völkischen oft zu finden sind, ist unbestreitbar. Aber andererseits kann nicht behauptet werden, daß Dinge von demselben Kaliber bei Kommunisten niemals zu finden seien. Tatsachenbeweise, Geständnisse und

Erklärungen der Kommunisten beweisen das Gegenteil.

Im Lauf der letzten Zeit sind zwei Personen ermordet worden, bei denen — ganz vorsichtig gesprochen — ein äußerst dringender Verdacht dafür vorliegt, daß sie von einer kommunistischen Gruppe als Verräter „umgelegt“ worden sind. Eine Reihe ähnlicher Anschläge, auch gegen Personen, die im öffentlichen Leben stehen, wie gegen den General v. Seefeld und den württembergischen Minister Holz, sollen geplant gewesen sein. Wir wiederholen, daß wir uns ganz vorsichtig ausdrücken, weil in Angelegenheiten von solcher Bedeutung ein abschließendes Urteil nicht gefällt werden soll, solange nicht das Ergebnis einer durchgeführten Gerichtsverhandlung vorliegt.

Lagen aber die Dinge so, handelte es sich nicht um einen aufgelegten Schwindel, wie die Kommunisten glauben machen wollen, sondern um einen sehr ernst begründeten Verdacht, dann war es einfach die Pflicht der Behörden, den Spuren der begangenen und geplanten Verbrechen nachzugehen und die Parlamentspräsidenten durften ihnen die Türen nicht verschließen. Es ist doch grundsätzlich zweierlei, ob es sich um politische Verfolgungen von Gegnern durch die augenblicklich regierende Macht, oder ob es sich um die Aufdeckung von gemeinen Verbrechen handelt. Im ersten Fall ist Wahrung der Immunität im vollsten Ausmaß am Platz, im zweiten Fall aber hiesse es Mißbrauch mit der Immunität treiben, wenn man sie dazu benutzen wollte, die Arbeit der Behörden unmöglich zu machen.

Durch die Aufrollung dieser Angelegenheit wird klar, in welche völlig unhaltbare Position sich die KPD unter ihrer glorreichen „linken Führung“ hineinmanövriert hat. Man ist „revolutionär“ von einem bis zum andern, schwelgt in Bürgerkriegsphantasien, begeißelt sich für Affenterror, ordnet Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht und Ueberfälle auf Waffenlager an — wenn aber dann wirklich Morde vorfallen, Zusammenstöße sich ereignen, Waffenlager ausgehoben werden, so versichert man, dies alles wäre nichts als „Spionagearbeit“ und erklärt sich selber für die verfolgte Unschuld!

Auch in kommunistischen Kreisen, das ist uns wohl bekannt, ringt sich immer stärker die Ueberzeugung durch, daß es auf diese Weise einfach nicht weitergeht. Eine Partei kann sich auf den Boden der Legalität stellen und dann diese Legalität auch für sich in Anspruch nehmen. Oder sie kann dem Staat den Krieg erklären und zu den Kriegstaten, die sie gegen ihn unternimmt oder vorbereitet, männlich stehen. Aber daß eine Partei, die blutrünstigste Redensarten drischt, mit dem blutigen Terror in renommiertester Weise spielt, aber dann, wenn die Sache von der andern Seite her ernst wird, über ungerechte Verfolgung jammert, daß eine Partei für sich das revolutionäre Recht zur Ungefehrlichkeit in Anspruch nimmt, aber Jetermordio schreit, wenn das Gesetz gegen sie angewandt wird — das geht nicht. Eine solche Partei muß sich schließlich von selbst ihrer Gegner wie ihrer Anhänger selbst den Vorwurf der Feigheit zuziehen, sie wird auf Respekt, Sympathie, Vertrauen nirgends rechnen können. Denn noch nie sind große Entscheidungen gewonnen worden durch die Anwendung des Grundsatzes: „Si fecisti, nega!“ „Wenn du es getan hast, dann leugne es ab!“

Die Untersuchungsbehörde scheint anzunehmen, daß alle verübten und geplanten Morde von der KPD-Zentrale angezettelt oder geplant worden seien, und die reaktionäre Presse sucht darüber hinaus den Anschein zu erwecken, als sei jeder Kommunist ein politischer Mordelender. Nun gibt es zweifellos sehr viele Kommunisten, die einen solchen Vorwurf mit Recht zurückweisen können, aber andererseits scheint es ebenso zweifellos, daß die „linke“ Führung der KPD in ihrem Eifer, die von Moskau anbefohlene echt revolutionäre Gesinnung zu beweisen, Schweinereien gedeckt hat, die von hoffnungslos verrannten Fanatikern oder von schmutzigen Verbrechern begangen worden sind.

Es müßte der kommunistischen Partei viel daran liegen, aus diesem verhängnisvollen Zwielicht herauszukommen. Sie

hat sich aber selber den Ausweg gesperrt. Sie hat die Alternative gestellt: „Sozialdemokratie oder kommunistische Weltrevolution?“ und hat sich auf die Seite der letzteren geschlagen. Nun aber ist von diesen beiden Dingen, die zur Wahl gestellt sind, nur das erste eine Realität, die Sozialdemokratie, während die kommunistische Weltrevolution ein Wahngebilde ist und sich mit jedem Tage mehr als ein solches erweist.

Gerade aber die Enttäuschung der gewaltrevolutionären Illusionen muß dazu führen, daß für die Revolution, die man doch nicht haben und nicht machen kann, eine Art von Revolutionserfahung gesucht wird. Und dieses Suchen nach einem Revolutionserfahung führt eben zu den bedenklichen Spielereien mit Schießessen und Handgranaten. Reicht es nicht mehr zu einem ordentlichen Putz, so bleibt die Aktion kleineren Gruppen von mehr oder weniger verdächtigen „Berufsrevolutionären“, bei denen dann die normalen Begriffe von Moral und Menschlichkeit allerdings keine Rolle mehr spielen. Jeder, der die Geschichte revolutionärer Bewegungen kennt, kennt auch die Gefahr des Abgleitens in die Anarchisterei, in die Attentäterei, in den simplen Banditismus, und er weiß, daß diese Gefahr desto größer wird, je mehr der idealistische Schwung, der echte Zukunftsglaube in der Bewegung verloren geht.

Das ist die Situation, in der sich heute die kommunistische Partei befindet. Das Abgleiten in tschechistische Abenteuer und das hilflose Schwanken der Leitung ihnen gegenüber zwischen Verteidigung und Ableugnung zeigt den Bankrott der Ideale an. Die kommunistische Partei ist krank bis auf die Knochen, und doch kann sie das einzige Mittel der Heilung, die rückwärtslose Selbstkritik, nicht anwenden, weil es zu ihrer Selbstvernichtung führen müßte.

Grundsätzlicher Verzicht auf den Terror, Begaltität bis zu dem gänzlich unbestimmten und unbestimmbaren Zeitpunkt, an dem vielleicht doch eine „revolutionäre Situation“ im Sinne des Kommunismus eintreten könnte, scharfes Abdrücken von allem Verschwörerium, aller sinnlosen Putscherei und allem Scheinrevolutionären Blutaberglauben, das wäre das mindeste, wozu sich die kommunistische Partei entschließen müßte, wenn sie festen Boden unter den Füßen bekommen wollte. Aber kann sie das, ohne sich selber aufzugeben und ohne sich den großen Bann Moskaut zuzuziehen? Auch das Spiel mit dem Verbrechen ist weiter nichts als eine Art von „Opportunismus“, Opportunismus der allerübelsten Art! Ein Zeichen von Schwäche, Hilflosigkeit und Ziellosigkeit! Die revolutionäre Impotenz ist die Grundlage der politischen Perverberitäten.

Den Kommunismus als solchen zu bekämpfen, ist Sache nicht der Behörden, sondern der Arbeiter, die diesen Kampf in ihrem eigenen Interesse führen müssen. Das Verbrechen zu bekämpfen, gleichviel von wem es verübt wird, ist aber Sache der Behörden, und kein Parlamentspräsident kann ihnen dabei hindernd in den Arm fallen.

Die Kommunisten haben im Reichstag den Antrag gestellt, das Reichstagsplenum sofort einzuberufen, damit es zu den Durchführungen der Schranke der Kommunisten im Reichstags-Stellung nehmen könne. Vorher müßte der Reichstagsrat gehört werden. Dieser dürfte am 10. oder 11. Juli zusammentreten.

Jarres darf zurück.

Duisburg, 4. Juli. (M.) Dem ausgewiesenen Duisburger Oberbürgermeister und jetzigen Reichstagsminister Dr. Jarres ist die Rückkehr nach Duisburg gestattet worden. Da Dr. Jarres wiederholt zum Ausbruch gebracht hat, daß er Wert darauf legt, den Duisburger Oberbürgermeisterposten zu behalten, rechnet man hier damit, daß er in absehbarer Zeit das Amt des Oberbürgermeisters wieder übernehmen wird. (Wird es das Reich ertragen? Red. d. B.)

Reichsregierung und Reichsverfassung.

Eine Ohrfeige von den Vaterländischen.

Die Reichsregierung hat kürzlich in einer amtlichen Notiz ihren Beschluß mitteilen lassen, am 3. August, also am Tage vor Kriegsausbruch, eine Gedenkfeier für die im Krieg gebrachten Opfer zu veranstalten. „Daneben“, so hieß es, werde auch der Verfassungstag „in der üblichen Weise“ gefeiert werden.

Die Fassung der amtlichen Meldung wirkte wie ein Stich gegen die Republik und die Weimarer Verfassung. Sie konnte aber auch als eine indirekte Aufforderung zur Feier des Kriegsausbruchs aufgefaßt werden und — sie ist auch so aufgefaßt worden. Die Vaterländischen Verbände des ehrenwerten Herrn Goltz, der nicht mit dem ehrenwerten Herrn Goltz vom Luftfahrerdant identisch sein soll, teilen mit:

„Die VVD. hatten ursprünglich den einzelnen vaterländischen Verbänden geraten, von Gedenkfeiern in den Tagen des Kriegsausbruchs abzusehen, um der Entente nicht neuen Vorwand zum Festhalten an der Kriegsschuldfrage zu geben. Nachdem jedoch nunmehr die Reichsregierung Gedenkfeiern für die Gefallenen am 3. August plant, werden die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands von ihrer Organisation aufgefordert, in den Tagen des Kriegsausbruchs ihre Kundgebungen zu veranstalten. Gegen den feinerzeit langjährig vorbereiteten feindlichen Ueberfall und gegen die Kriegsschuldfrage sowie zum Gedächtnis der Gefallenen und des feinerzeitigen treuen Zusammenstehens des ganzen deutschen Volkes und seiner heldenmütigen Toten.“

Man darf wohl sagen, die Ohrfeige, die die Vaterländischen Verbände der Reichsregierung erteilen, ist so laut, daß sie von Berlin bis nach London schallt. Es ist einigermassen kläglich, daß sich die Reichsregierung von den Vaterländischen Verbänden des Herrn Goltz beibringen lassen muß, was politischer Takt ist.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Die Entscheidung über die Datums-Gesetze.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Sachverständigen-Gutachten in den gemischten Kommissionen noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Man rechnet mit einem Zusammentritt des Reichstags etwa am 28. Juli, so daß bis etwa Mitte August die Entscheidung gefallen sein dürfte.

Die Londoner Konferenz — falls sie wirklich am 16. Juli zusammentreten sollte — wird also nur Eventualbeschlüsse fassen können, d. h. Beschlüsse, die erst in Kraft treten, wenn die Gesetze vom Reichstag angenommen sind. Unter diesen Umständen könnte von der Londoner Konferenz für die Aufnahme, die die Gesetze im Reichstag finden werden, mancherlei abhängen.

Der Konvent von Cleveland.

Cleveland, 4. Juli. (M.B. Durch Funkpruch.) Bei der Eröffnung des Konvents der Konferenz für fortschrittliche Politik hielt der Vorsitzende Johnson, der Führer der Internationalen Sozialisteneinigung, eine Rede, in der er den republikanischen Konvent als eine leblose Versammlung politischer Marionetten, den demokratischen Konvent als ein haltloses Zohwababu und die Kommunisten als Werkzeuge der Reaktion bezeichnete, die lediglich an der Zerstörung der Arbeiterbewegung arbeiteten. Johnson feierte sodann Bafollette als eine Garantie für den internationalen Frieden und als einen Mann, dem die jetzt in England und Frankreich am Ruder befindlichen fortschrittlichen Kräfte Vertrauen entgegenbringen könnten.

Die neue staatslose Regierung will, wie sie im Sejm erklärte, in der Auslandspolitik die Rückgewinnung Wilnas anstreben, die Schiedsgerichtsbarkeit unterstützen, eine englische Anleihe aufnehmen, Handelsverträge schließen und Annäherung an die baltischen Staaten suchen.

Die Weltanschauung der Toilettefrau.

Von Eli-Ha.

Nicht jene Toilettefrau ist gemeint, die Zeitungen aus zweiter Hand erhält und die Modeberichte erst lesen darf, wenn sie veraltet sind. Nicht die arme Alte, die einem traurigen Beruf obliegt und soviel mit der aus Schamhaftigkeit so genannten „Toilette“ zu tun hat, daß sie zu einer wirklichen Toilette nicht gelangt. Ich meine vielmehr die Toilettefrau, die in den „Redaktionen“ heisenden Bedürfnisanstalten beschäftigt ist und zwar in der Abteilung: „Für Damen“, die aber die Aufschrift: „Modebeilage“ trägt.

In einer solchen Modeabteilung eines Berliner Straßenblattes behandelt die Sachverständige für Toiletten das aktuelle Thema der Bäderreise. Es ist ihre Aufgabe, den Lesern des Blattes Ratsschlüsse zu erteilen. Denn es genügt keineswegs, Geld zu haben und in ein Bad reisen zu können. Es genügt auch nicht, zu wissen, daß man in den Bergen kein Schwimmschwamm und an der See keine Touristenausrüstung tragen soll. Man muß auch wissen, welcher Art Schwimmschwamm und Touristenkleider „in dieser Saison“ sind. Das weiß die Toilettefrau des Blattes. Und sie könnte sich ihrer Aufgabe mit jenem sachlichen Takt entledigen, der ihre Kollegin von der andern Branche so vorteilhaft kennzeichnet.

Die Sachverständige für Kurort-Toiletten aber ist eine Philosophin. Sie hat ihre Weltanschauung, nicht nur eine Modeanschauung. Und sie kann mit jener nicht zurückhalten, wenn sie gezwungen ist, diese zu äußern. Also leitet sie ihren Artikel über die Sommermoden mit dem folgenden Satz ein:

„Die Menschheit zerfällt in zwei Teile:“

Ich horche auf. Also — denke ich — ist es nicht unbedingt nötig, daß der Mensch in den Bedürfnisanstalten der öffentlichen Meinung den Charakter verderbe. Seht: da ist eine Modeberichterstatterin, die einseht, daß die „Menschheit in zwei Teile zerfällt“: in Satte und Hungerige; in Verdienner und Arbeiter; in Toilettenkäufer und Lumpenträger. Nun wird sie den Herrschaften, denen sie Ratsschlüsse erteilt, endlich sagen: es gibt Arme, die sich nicht anziehen können! Gebt ihnen was von Euren Kleidern, zu denen ich Euch geraten habe! . . .

Aber nichts dergleichen! Die Modeschriftstellerin fährt weiter fort: „Die Menschheit zerfällt in zwei Teile: diejenigen, die ins Gebirge und diejenigen, die an die See reisen.“

Eine ausgezeichnete Beobachtung! Das sind die zwei Teile der Menschheit: Der eine reist ins Gebirge, der andere an die See. Der eine klettert, der andere schwimmt. Der zieht ein Triton an und der einen Rodenrod. Welch ein scharfsichtiges Auge! Wie einfach wird hier die Welt! Und wir sitzen da und sinnieren über soziale Probleme und versuchen, die Menschheit in zart nuancierte Gruppen zu teilen! Und indessen zerfällt sie ganz einfach in zwei Teile, anmutige Teile, denen nichts mehr fehlt, als die Erholung!

Wohnt man, wach eine grauenvolle Wahrheit in den hingepflanzten Zeilen dieser Modeschwätzerin ruht? Blapperte sie nicht ihren Leserinnen aus der glatten Flächenfeste? Wissen die anderen etwa, daß die Menschheit noch in ganz andere Teile zerfällt? Wissen sie etwa, daß sie im wörtlichen Sinne „zerfällt“? Leben sie nicht in der vollkommenen Welt der Bäderreisen, der Erfrischungen, der Amüsierens, der Tritons, der Schlafwagen, der Dienerschaften?

Es kann vorkommen, daß der liebe Gott durch den Mund eines Karren spricht. Aber die bürgerliche Welt spricht durch die Feder der Modeberichterstatterin. . .

Verbrechen und Hypnose.

Seitdem die Wissenschaft sich mit der Hypnose beschäftigt, ist auch die Frage ihrer Beziehung zum Verbrechen Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen. Es lag auf der Hand, daß Menschen, die sich im hypnotischen Schlaf befinden, leicht Opfer von Verbrechen werden können; oder, daß sie selbst durch Befehle, die sie im Zustande der Hypnose erhalten, ein erwünschtes Werkzeug in den Händen des Hypnotiseurs bilden. Schon seit Jahrzehnten und heute noch spielt die Hypnose immer wieder in die Gerichtsverhandlungen hinein.

Was sagt nun die Wissenschaft über das Verhältnis der Hypnose zum Verbrechen, und was erzählen die verschiedenen Kriminalprozesse darüber? Daß man sich an einem in hypnotischen Schlaf versetzten Menschen fälschlich vergehen kann, darüber besteht kein Zweifel. Ganz ungeschädlich sind derartige Handlungen für den Täter nicht, da das Bewußtsein des Opfers größtenteils nicht gänzlich ausgeschaltet ist. Auch läßt der Hypnotisierte nicht anstandslos alles über sich ergehen. Nicht selten ist aber auch von weiblichen Personen fälschlich behauptet worden, sie wären geschlechtlich mißbraucht worden: in Wirklichkeit waren sie normaler sexueller Erregung erlegen, oder sie verfolgten mit ihren solchen Anschuldigungen den Zweck, ihre eigenen Fehlgriffe zu verbergen, Geld zu erpressen und dergl. mehr.

Ebenso kann man sich gut denken, daß man einem andern Menschen durch Suggestion den Befehl erteilen kann, nach dem Erwachen ein Verbrechen zu begehen, und es hat Fälle gegeben, in denen Berichte auf Grund einer solchen Annahme zu Verurteilungen geführt sind. In Wirklichkeit behauptet jedoch der größte Teil der Forscher, daß solch ein Fall praktisch noch nie erwiesen worden sei. Wohl sind verschiedentlich dahingehende Experimente gelungen. So hat man eine Tochter veranlaßt, auf ihre Mutter einen angeblich geladenen Revolver abzuschießen, eine andere Person wieder dazu, einer Verwandten ein vermeintliches Gift in das Getränk zu schütten. Man nimmt jedoch an, daß in all diesen Fällen die Versuchspersonen doch gewußt haben, daß es sich um ein Experiment handelte. Es wäre auch nicht ganz ungefährlich für den Hypnotiseur, das von ihm geplante Verbrechen durch kein Medium auszuführen: durch bestimmte Kunstgriffe wäre es später doch möglich, den in hypnotischen Schlaf versetzten Verbrecher zu veranlassen, den Urheber der Tat anzugeben. Schwierigkeiten könnten nur dadurch entstehen, daß dem Hypnotisierten eingegeben würde, sich von niemand sonst hypnotisieren zu lassen.

Noch in anderer Hinsicht berühren sich Hypnose und Verbrechen. Es ist hin und wieder behauptet worden, daß Menschen zur Hypnose gezwungen in der Absicht, sich widerrechtliche Vermögensverhältnisse zu verschaffen, z. B. um ein Testament zu ihren Gunsten unterschreiben zu lassen. Theoretisch ist das wohl denkbar. Erwiesen ist jedoch bis heute ein derartiger Fall nicht.

Sehr interessant sind dagegen die Fälle, in denen man durch Hypnose das Geständnis von Verbrechern erhalten hat. Im großen und ganzen ist dieses aber unzulässig, da man den Angeklagten zu einem Geständnis nicht zwingen darf. Ebenso unzulässig ist es, Zeugen mit Hilfe der Hypnose zur Aussage zu veranlassen. Bekannt ist jedoch ein Fall, der sich in den 80er Jahren in Italien zugetragen hat. An einer Frau war in der Hypnose Rücksicht begehrt worden. Sie wurde auf Gerichtsbescheid in einen hypnotischen Schlaf versetzt, und die in diesem Zustande von ihr gemachten Aussagen führten zur Verurteilung des Angeklagten.

Die Hypnose ist für das Objekt auch nicht ganz ungefährlich. Sie kann schwere Folgen für seine Gesundheit mit sich bringen und hat schon oft, von Laien angewandt, zu bösen Folgen, selbst zu schmerzhaften Verletzungen, geführt. Das gerichtliche Nachspiel brachte dann unter Umständen dem Hypnotiseur eine schwere Strafe für Körperverletzung ein. Aus diesem Grunde sind in vielen Ländern öffentliche Schaustellungen verboten.

Mediziner, Psychologen und Juristen machen sich noch eifrig mit der Erforschung dieses komplizierten Problems zu schaffen. Dr. Wolf, einer der bestorientierten Forscher auf diesem Gebiete, dessen Buch über Hypnotismus Verschiedenes in dieser Betrachtung entnommen ist, hat diesem Problem ein besonderes Kapitel gewidmet. Jedenfalls bleibt es der Zukunft vorbehalten, die Beziehungen zwischen Verbrechen und Hypnose noch enger zu knüpfen.

Justus.

Bloßlegung eines Waldes aus der Urzeit. Ein vorgeschichtlicher Wald riesigen Ausmaßes wurde jetzt bei der Torfsabräufung in einem Moor nördlich von Londern in Nordschleswig bloßgelegt. Nachdem die Torferde mehrere Meter tief heraufgeholt ist, kommt auch das gewaltige Wurzelwerk eines Riesenulmes zutage, der in prähistorischer Zeit die Gegend bedeckte und, nach den Verteilungen der Stämme zu urteilen, einem Feuer zum Opfer gefallen ist. Die Wurzeln haben die Stärke von Bäumen und gehören zu einer Föhrenart, von der auch Reste im benachbarten Waldenmeer, zwischen der Insel Röm und dem Festlande gefunden werden. Das bloßgelegte Holz wird aufgeschapelt und von den Bewohnern der Gegend als Brennholz verbraucht, wozu es sich trotz seiner völligen Entzerrung im Laufe der Jahrtausende noch ganz gut eignet.

Das neueste Weltwunder. Als das neueste Weltwunder bezeichnet Sir M. de Webb, ein hoher Beamter der englischen Verwaltung in Indien, die große Bewässerungsanlage im Sutteljal, die jetzt im Nordwesten Indiens durchgeführt wird. Der Plan sieht die Bewässerung eines riesigen Gebietes vor. Vier große Staudämme werden angelegt, von denen jeder ein Kanalsystem speist, das ein Gebiet von 600 000 Hektar bewässert. Den Gesamtwert der jährlich zu erwartenden Ernten schätzt man auf 25 Millionen Pfund. Die Anlage dieses Kanalsystems zwingt aber zugleich zu der Bewirklichung eines noch viel größeren Planes. Durch die

Ein verantwortlicher Staatsleiter.

Die Befehring des Herrn von Brandenstein.

Der einzige Herr von Brandenstein aus Mecklenburg-Schwerin hat auf der Konferenz der Ministerpräsidenten die Reichspolitik nicht gebilligt. Er fühlte sich berufen zum Wahrer des reinen nationalen Stolz und sagte sein Nein. Wir wissen nicht, ob er das Nein mit einem jener historischen Faustschläge auf den Tisch begleitete, die sich immer als Treppenwiese der Geschichte herauszustellen pflegen, wir wissen nicht, ob er in lobernder Rede sein Nein begründete. Aber wir nehmen an, er hat es bleiben lassen. Denn sein Nein ist ein ganz besonderes Nein. Nicht das Nein des ehrlichen, verantwortlichen, überzeugten Mannes, sondern das Nein der Verlegenheit, der Scheu vor sachlicher Entscheidung und vor der Verantwortung.

Vor einem Vierteljahr war Herr von Brandenstein schon einmal in Berlin. Am 14. April hatte er schon einmal Stellung zu nehmen zum Sachverständigen Gutachten, und damals sagte er, mit den Ministerpräsidenten aller deutschen Länder, nicht Nein, sondern Ja!

Aber nun, am 3. Juli 1924, sagte er sein Nein. Warum das? Was mögen die sachlichen Erwägungen sein, die ihn zum Wechsel des Urteils bewegten? Ob er damals die Reparationsgegner für verständigungsgeneigt hielt, und heute sie für schlimmere Gegner Deutschlands hält als damals?

Am 14. April, als Herr von Brandenstein die Annahme der Gutachten durch die Reichsregierung billigte, regierte Poincaré in Frankreich. Heute, wo Herr von Brandenstein sein Nein sagt, bestimmt Herriot den Kurs der französischen Politik.

Vielleicht schämt Herr von Brandenstein die Gefahr der Ablehnung der Gutachten heute für geringer als damals? Vielleicht meint er heute, unter dem Regime der Ricum ließe es sich im Westen noch gut und lange leben? Vielleicht hat er sich unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entwicklung zu der Auffassung bekehrt, daß die deutsche Wirtschaft neue Sanktionen, neue Inflation mit Bechtigkeit tragen werde?

Herr von Brandenstein sagte am 14. April Ja und am 3. Juli Nein. Gegen alle Logik der Tatsachen. Was mögen seine Gründe sein?

Hier sind sie: Herr von Brandenstein hat die Folgen seiner verantwortlichen Entscheidung vom 14. April erfahren. Er hatte damals schon nicht den Mut, zu seiner Verantwortung zu stehen. Er war in Schwerin weniger mutig als in Berlin. Er wagte nicht, dem demagogischen Geschrei der Völkischen von Mecklenburg die sachliche Erwägung entgegenzusetzen, und setzte sich lieber peinlicher und schmachvoller Inquisition aus. So fragte ihn die völkische Landtagsfraktion in Mecklenburg öffentlich:

„Welche Stellung haben Ew. Excellenz als Vertreter der mecklenburgischen Landesregierung bei der Reichsentscheidung zum Gutachten der Sachverständigenkommission eingenommen?“

Wenn die Fragen in kommenden Verhandlungen streng vertraulich gewesen sind, so ist u. E. Ew. Excellenz dennoch verpflichtet, dem mecklenburgischen Volke über die persönliche Stellungnahme zu dieser Angelegenheit eine eingehende Erklärung abzugeben.

Für den Fall, daß diese persönliche Stellungnahme zu der amtlich abgegebenen Erklärung in Widerspruch stehen sollte, so bitten wir auch dazu um eine eingehende Begründung.

U. E. vertritt es sich nicht mit der in der Verfassung festgelegten Volkssouveränität, wenn in so entscheidenden Fragen, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt, die Reichsregierung ohne vorher die Vertreter dieses angeblich souveränen Volkes zu befragen, entscheidet.

Wenn auch der Reichstag zurzeit aufgelöst ist, so mußte jedenfalls diese Entscheidung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages aufgehoben werden. Wir bitten daher Ew. Excellenz auch darüber um Antwort, in welcher Weise gegen diese unverantwortliche Handlungsweise der Reichsregierung von Seiten Ew. Excellenz Verwahrung eingelegt ist.

Staudämme des Suflejals werden nämlich dem Suflej- und dem Kanjerefluße große Mengen Wasser entzogen, die den Wasserstand des Indus beeinflussen. Das Steigen der Flüsse des Indus wird dadurch im Frühling verzögert und der Fall der Flüsse im Herbst wird beschleunigt. Diese Einwirkung würde für das ganze Land Ind, das seine Fruchtbarkeit dem Wasser des Indus verdankt, verhängnisvoll sein. Deshalb nimmt man zu gleicher Zeit die Ausfüh- rung der Suflej-Staudämme in Angriff, des größten Bewässerungsplanes der Welt. Der Grundstein für den Suflej-Staudamm bei Suflej ist bereits im vorigen Oktober von dem Gouverneur von Bombay Sir George Lloyd gelegt worden, und unterhalb dieses Damms nehmen 6 große Kanäle, von denen zwei so breit wie die Themse sind, sofort die Wasser des Indus auf und leiten sie über die Gebiete des westlichen und östlichen Ufers. Von diesen Hauptkanälen zweigen sich dann große und kleine Wasserwege ab, die zusammen eine Länge von etwa 11000 Kilometer haben und ein Gebiet von 35 Millionen Hektar mit Wasser versorgen sollen. Davon sollen gegen 25 Millionen Hektar, mehr als das ganze kultivierte Land Ägyptens beträgt, zum Anbau von Baumwolle, Weizen, Reis, Zucker usw. verwendet werden. Man rechnet mit einer Ernte von 3200000 Tonnen, deren Wert jährlich 50 Millionen Pfund ausmachen soll. Wenn diese Bewässerungsanlagen, die in der Welt nicht ihresgleichen besitzen, vollendet sein werden, dann darf man hoffen, daß nicht nur die Hungersnöte in Indien aufhören werden, sondern daß auch noch bedeutende Ausfuhrmöglichkeiten gegeben sind, die den Weltmarkt stark beeinflussen dürften.

Der Entdecker der Bühnenstare. Vor einigen Tagen wurde in Wien der Impresario Matthias Tänger zu Grabe getragen, ein altes Männchen, das in den letzten Jahren in einer Dachkammer ein äußerst beschleunigtes Leben geführt hat. Vor etwa 30 bis 40 Jahren stand Tänger im Mittelpunkt des deutschen Theaterlebens. Er war ein gefürchteter Impresario; Schauspieler, die sich ihm nicht fügen wollten, erhielten nur schwer Engagements. Tänger hatte einen hellen Spürsinn für junge Talente. Friß Raffart los er in der Wiener Leopoldstadt auf, Ballenberg entdeckte er in Znojmo. Auch die Niese hat er entdeckt. Sara Bernhardt, Eleonore Duse, Coquelin, Novelli wurden von ihm zu Gastspielen nach Oesterreich und Deutschland verpflichtet. Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich Matthias Tänger, der im Laufe der Jahrzehnte reich geworden war, zur Ruhe. Die Inflationsjahre beraubten ihn seiner Ersparnisse, und so hat er die letzten Jahre in den ärmlichsten Verhältnissen gelebt.

Gedenkstern für Feix Reuters. Am 12. Juli jährt sich zum 50. Male der Todestag Feix Reuters. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Kulturbildung ordnet deshalb an, daß an diesem Tage oder an einem anderen vor oder nach den Sommerferien in allen Schulen in geeigneter Weise des Dichters gedacht wird.

Internationale Architektur-Ausstellung in Paris. Für das nächste Jahr, das Jahr der großen Kammergebäudeausstellung, rüstet Paris auch zu einer internationalen Architektur-Ausstellung. Sie wird vom April bis September dauern und soll sich ganz auf die neue Baukunst beschränken unter Ausschluss aller Werke in geschichtlicher oder der geschichtlichen nachgebauter Umgebung. Mehrere Staaten haben schon zugesagt. Deutschland ist nicht eingeladen worden.

Wir bitten schließlich noch, die Beantwortung obiger Fragen so abzugeben, daß wir weiteren Gebrauch davon machen können.

Das sind die Tatsachen, die Herr von Brandenstein befehrt haben! Zwei Deutungen sind möglich für sein Verhalten. Entweder war er am 14. April ehrlich innerlich von der Notwendigkeit der Ablehnung der Gutachten überzeugt, und es fehlte ihm nur an Ernst und Mut und Charakterstärke, um als einziger sich der eindringlich geschlossenen Stellungnahme der Führer aller Länder entgegenzusetzen. Dann war er damals schwach und feig, und es hat erst des Hohns und der Schläge der Völkischen bedurft, um ihn jetzt zu innerlich ehrlicher Stellungnahme zu zwingen. Oder er stand damals ehrlich, von der zwingenden Logik der Tatsachen überzeugt, auf dem Standpunkt der Annahme der Gutachten. Dann ist seine heutige Stellung verantwortungslos — der Ausfluß der Furcht, die bessere Ueberzeugung zu verteidigen gegen völkische Demagogie, das Ergebnis einer „Gefinnung“, die lieber gegen die wohl erkannten Interessen des Landes entscheidet, als die eigene Ministerstellung aufs Spiel setzt.

Das „Nein“ des Herrn von Brandenstein wiegt deshalb politisch federleicht. Es ist nicht die Demonstration eines starken politischen Willens, sondern nur der Erbärmlichkeit, der Verlogenheit und Feigheit, die Begleiterscheinungen jeder reinen Agitationspolitik sind. Ein Mann, ein wirklich verantwortungsvoller Staatsleiter, der gegen sich selbst ehrlich ist, hätte den traurigen Mut zu dem „Nein“ des Herrn von Brandenstein niemals aufgebracht. Wir nehmen deshalb an, die Geste des Herrn von Brandenstein war nicht die des Faustschlags auf den Tisch, sondern die des eingetniffenen Schweißes.

Tendenzprozeß Hermann.

Werkwürdige Praxis der Ordnungsbildungsregierung — Entlastungszeugen dürfen nicht ausfragen.

Weimar, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am zweiten Verhandlungstage im Prozeß gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann begann die Zeugenvernehmung. Die früheren Minister Frölich und Hartmann bestätigten, daß der einzelne Minister in jener Zeit wegen Ueberlastung mit wichtigen Arbeiten sich nicht um die bürocratische Erledigung der einzelnen Angelegenheiten kümmern konnte.

Zeuge Hartmann erklärte, daß die Umwandlung der Kommunalbeamtenstellen in Staatsbeamtenstellen tatsächlich noch erfolgen sollte. Die folgenden Zeugen waren durchweg Ministerialbeamte. Regierungsrat Eberling legte den üblichen Geschäftstag bei der Anstellung von Beamten dar und gab zu, daß es auch Ausnahmen gegeben habe, in denen der Minister der Dringlichkeit halber anders verfuhr. Ministerialdirektor Walther gab zu, daß es ihm nicht möglich war, auf die „Technica“ in einzelnen zu achten und die Fertigkeit von Schriftstücken zu überwachen. Von einer Unregelmäßigkeit des Angeklagten Kunze hat er nichts gewußt. Von Minister Hermann könne er nur sagen, daß er stets korrekt gehandelt hätte. Ministerialrat Jahn brachte einen Fall vor, wo Kunze ihm einmal mehrere Aktenstücke vorgelegt hätte, die schon vor ihm, dem Leiter der Personalabteilung, von Minister Hermann gezeichnet worden waren. Das sei gegen den üblichen Brauch gewesen, denn damit sei er umgangen worden. Der Zeuge unterstreicht, daß zwischen ihm und dem Minister kein rechtes Vertrauensverhältnis bestanden habe. Auf einen Hinweis der Verteidigung, daß er sich dieses Vertrauens wohl durch eine Auslassung in einem öffentlichen Lokal verlustig gemacht hätte, antwortet der Zeuge ausweichend. Am Schluß der Vormittagsstunde teilte der Vorsitzende mit, daß die thüringische Regierung im Interesse des Staates die Vernehmung des früheren Ministers Frölich v. Brandenstein als Gutachter über Anstellungsfragen nicht gestattet habe. Rechtsanwält Rosenfeld unterstrich, daß es mehr als merkwürdig erscheine, wenn die jetzige Regierung in einem Prozeß gegen Mitglieder der früheren Regierung diese Genehmigung verweigere. Allen Befragten wurde die Beantwortung der Fragen durch die Regierung verweigert, die Beamte der Regierung sind, habe man die Genehmigung zur Aussage erteilt, allen anderen Personen aber, bei denen die Möglichkeit entlastender Aussagen gegeben war, die Genehmigung verweigert. Er stellte dann den Antrag, daß sich das Gericht in einem Schreiben an das thüringische Ministerium wenden und Einspruch gegen dieses merkwürdige Gebaren einlegen solle. Für die Aussage, die Minister v. Brandenstein machen sollte, läme eine Genehmigung der Regierung eigentlich nicht in Betracht. Das ganze Verfahren, das mehr einem öffentlichen Disziplinarverfahren gleiche, werde von der thüringischen Regierung in der einseitigsten Weise beeinflußt.

In der Nachmittagsstunde erklärte der Vorsitzende, daß auch das Gericht die Vernehmung des Ministers v. Brandenstein nicht zulassen könne, da das Ministerium dagegen Stellung genommen habe. Dann marschierten weitere Beamte und Stenographen als Zeugen auf. Der Fall des Regierungsrats Kopf, der damals aus dem Staatsdienst ausscheiden mußte, wurde von mehreren Zeugen herangezogen. Kopf soll sich in seinem Privatleben nicht einwandfrei betragen haben. Aus diesem Grunde hätte seine Entfernung aus dem Staatsdienst unbedingt erfolgen müssen. So erklärte der als Zeuge auftretende Oberregierungsrat Schulz, der sich aber nicht geäußert hat, mit demselben Kopf in der gleichen Zeit Bierabend zu veranstalten. Ministerialsekretär Böhm gab an, Kunze der Urkundenfälschung bezichtigt zu haben, ohne daß dieser aus dem Amt entfernt worden war.

Der Kampf ums Borkumlied.

Das energische Eingreifen der Staatsregierung gegen die Borkumer antisemitischen Pöbelskandale scheint auch moralisch von Erfolg zu sein. Wenigstens schreibt die „Rhein-Ems-Zeitung“:

„Wie uns in dieser Angelegenheit weiter aus Borkum berichtet wird, macht sich dort seit einigen Tagen ein Stimmungsumschwung zugunsten des Verbots des Spielens des vielumstrittenen Borkumliedes bemerkbar. Man ist des Kampfes um dieses Lied, das bereits schon so viel Unfrieden in der Gemeinde gestiftet, allmählich satt geworden. Und so ist es erklärlich, daß heute bei dem überwiegenden Teil der Borkumer Einwohnerschaft ein berechtigter Unwille gegen die Hauptkampfbühne, die wohl lediglich aus politischen Gründen das Spielverbot so scharf bekämpft, in Erscheinung tritt. Man erkennt an, daß der Verband immer wieder verlustig hat, auf gutlichem Wege eine Verständigung zu erzielen. — Ein Versuch, den leider ebenso oft die Auser in diesem unnötigen Streite zum Scheitern brachten. Das Bestreben des Herrn Landrats, die Autorität des Staates unter allen Umständen durchzusetzen, kann nur jeder, der für ein geordnetes Staatswesen eintritt, unterstützen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Staates, allen Bürgern, ohne Ansehen der Person und der Konfession, seinen Schutz angedeihen zu lassen.“

Diesen Ausführungen wird man ohne weiteres zustimmen können. Es wäre nur zu wünschen, daß die Staatsregierung überall mit gleicher Energie eingriffe. Der Erfolg würde auch an anderen Stellen nicht ausbleiben.

Zentrum und Hauszinssteuer.

Vergebliche Verhandlungen im Landtag.

Am Freitagabend trat der Interfraktionelle Ausschuß des Landtages zusammen, um die Antwort der Zentrumspartei in der Frage der Deckung der Beamtenbesoldungserhöhung entgegenzunehmen. Die Gesamtfraktion des preussischen Zentrums hatte inzwischen zu der Frage Stellung genommen, ohne jedoch eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Infolgedessen ging der Interfraktionelle Ausschuß wieder ohne ein nennenswertes Resultat auseinander. Das Zentrum sucht die Sache zu verschleppen. Bald ist die Rede von einer Zurückweisung der Steuererhöhung zu dem Zweck, neue Änderungen vorzunehmen, bald spielt man mit dem Gedanken, die Frage der Hauszinssteuer für ländliche Wohnungen bis zum April 1925 offen zu lassen. Dem Zentrum wäre es natürlich lieb, wenn es vor den Preußenwahlen in der Deckungsfrage überhaupt keine klare Stellung nehmen müßte.

Das wird aber nicht gut möglich sein. Das Zentrum wird spätestens am 14. Juli, an dem die Gesamtfraktion wieder zusammentritt, sich endgültig darüber entscheiden müssen, was in der entscheidenden Abstimmung am 16. Juli geschehen soll. Wir sind der Auffassung, daß das Zentrum die Abstimmung seinen Mitgliedern freigegeben wird; denn es kann doch unmöglich verantworten, daß am 1. August die Gehaltserhöhungen der Beamten infolge seiner Hartnäckigkeit in der Deckungsfrage nicht ausgezahlt werden.

Die Besprechungen Strefemann-Litwinow.

Zu den Meldungen, daß der stellvertretende russische Außenminister Litwinow bei seiner Anwesenheit in Berlin eingehende Besprechungen mit Dr. Strefemann über die Beilegung des deutsch-russischen Konflikts gehabt habe, welche die Aussicht auf eine Einigung eröffnen, erfuhr der Ost-Express, daß gegenwärtig in dieser Hinsicht gerade in Berliner russischen Kreisen eine entschieden optimistische Auffassung herrscht. Man betont, daß die Unterredungen zwischen Strefemann und Litwinow die Lage über den toten Punkt hinweggebracht haben, auf den sie zu geraten drohte. Es sei jetzt als sehr wahrscheinlich zu betrachten, daß die Beilegung des Konflikts in etwa einer Woche erfolgen werde. Die Schwierigkeiten, die deutscherseits zum Teil auf grundsätzlichen Erwägungen beruhen, können indessen noch nicht als soweit überwunden gelten, daß die Beilegung des Konflikts bereits mit solcher Bestimmtheit erwartet werden könnte. Jedoch kann die zureichende Auffassung der russischen Kreise als ein günstiges Symptom gelten, da die Beilegung jetzt in hohem Maße von der russischen Stellungnahme abhängt.

Die Kommunisten beantragen Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben bei dessen Vorsitzenden, dem Kollegen Hermann Müller, beantragt, den Ausschuß angelehrt der bedeutenden politischen Ereignisse, die sich zurzeit abspielen, sofort einzuberufen. In dem Schreiben an den Vorsitzenden wird auf die Krise in dem Organisationskomitee für die Industrieobligationen, auf die Tagesordnung für die Londoner Konferenz, auf das Verlangen des französischen Ministerpräsidenten nach Sicherheitsgarantien, auf die Vorbehalte Frankreichs und Belgiens in bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes und auf die Kündigung des Ricum-Abkommens hingewiesen.

Matteotti-Rundgebung in Brüssel.

Brüssel, 4. Juli. (Eca.) Gestern Abend fand hier eine Protestversammlung der belgischen Liga für Menschenrechte gegen die Ermordung Matteottis statt. Eine gewisse Anzahl von Parlamentariern der fortschrittlichen Gruppen nahmen an der Versammlung teil, in der Vandervelde eine Rede hielt.

Mussolini regiert ohne Parlament.

Paris, 4. Juli. (Eca.) Nach einer Meldung der „Information“ aus Rom wird trotz der vollständigen Umbildung des Kabinetts, die durch die Ernennung von 14 Unterstaatssekretären an Stelle der bisher im Amt befindlichen acht stattgefunden hat, die Kammer vorläufig nicht wieder eröffnet. Infolge der unerwarteten Haltung der Opposition habe es die Regierung für gut befunden, die Kammer nicht vor November zusammenzutreten zu lassen.

Der Historiker Guglielmo Ferrero kritisiert im „Mondo“ die jetzige Situation und erklärt, daß die Lage nur dadurch wieder normal werden könne, daß das Parlament wieder in seine Rechte eingesetzt und von den jetzigen Fesseln befreit werde.

Faschisten gegeneinander.

Rom, 4. Juli. (Eca.) In Rom hat der Prozeß begonnen, den der faschistische Abg. Torre, der frühere Generalkommissar der Staatsbahnen, gegen den faschistischen Dissidenten Sala, den früheren Bürgermeister von Alessandria und die Zeitung „Boce Repubblicana“ wegen Verleumdung angehängt hat. Unter den Zeugen befindet sich der Finanzminister de Stefani und der Gouverneur des Somalilandes de Vecchi. Sala hatte Torre unerlaubte Geschäfte, besonders im Zusammenhang mit der Liquidierung des Kriegsmaterials, vorgeworfen.

Herriot und Polen.

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Herriot empfing den polnischen Abg. Strossi und versicherte ihm, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen Frankreichs zu Rußland keine Beeinträchtigung der polnisch-französischen Freundschaft bedeute. Im Gegenteil werde auch die Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen dadurch gefördert werden, weil Frankreich weiter auf die Stabilisierung der polnischen Verhältnisse wirken werde.

Parteisünderbesprechung bei Strefemann. Gestern nachmittag fand beim Reichsminister Dr. Strefemann eine Parteisünderbesprechung über das Sachverständigen Gutachten statt.

Eine Begnadigung im Düsseldorf Schupoprozeß. Der im Düsseldorf Schupoprozeß zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte Oberleutnant Häbner ist nach Begnadigung aus dem Gefängnis zu Zweibrücken entlassen worden. Von den Angeklagten dieses Prozesses befinden sich noch in Haft: Hauptmann Bohl, Oberwachmeister Berger. Bohl war bekanntlich zu fünf Jahren Zuchthaus, Berger zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Der Kanaltunnel — wird er doch gebaut? Laut „Daily Telegraph“ geben die mehr als 400 Anhänger des Kanaltunnelplans im Unterhaus ihre Sache nicht verloren und wollen die Angelegenheit neuerdings von einem ausgewählten, vereinigten Komitee beider Häuser prüfen lassen. Die große Mehrheit der sozialistischen Arbeiterpartei habe sich verpflichtet, den Tunnelbau zu unterstützen; man drängt die Regierung, den Tunnelbau als Notstandsarbeit vorzunehmen.

Die Demokraten finden keinen Kandidaten. Nach der 61. Abstimmung vertagte sich der demokratische Parteitag, ohne einen offiziellen Präsidialkandidaten gewählt zu haben.

Attentat in Persien. In Teheran ist der Chefredakteur des „Journal Persien“ auf der Straße erschossen worden. Da er als Antirepublikaner bekannt ist, nimmt man an, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Buchdruckerverband im Jahre 1923.

Kulturelle Verelendung in der Inflationsperiode.

Einen recht interessanten Einblick in die Wirkungen der Inflationsperiode gestattet der Geschäftsbericht des Buchdruckerverbandes über das Jahr 1923. Der Zusammenhang zwischen den Zudrängen der Papiermark und der Berufslage der Buchdrucker geht am besten aus der Entwicklung der Spitzenlöhne hervor. Sie betragen Anfang des Jahres 1923 wöchentlich 18 000 M., Ende März 71 250 M., Ende Juni 386 000 M., Ende August 52 020 000 M., Ende Oktober 260 000 000 und Ende des Jahres 1923 rund 27 Billionen Mark. Die Arbeitslosigkeit erreichte am 24. November 1923 rund 26,3 Proz. bei 65 570 erfassten Mitgliedern und die Kurzarbeit am 25. August 1923 gut 52,1 Proz. Die Rückwirkungen auf die Mitgliederbewegung konnten nicht ausbleiben. Trotz 3007 Neu- bzw. Wiederaufnahmen und 606 Rückmeldungen zum Beruf ist die Mitgliederzahl, die zu Anfang des Jahres 1923 noch 72 976 betrug, auf 67 477 Mitglieder am Ende des Jahres zurückgegangen. Dieser Mitgliederzurückgang ist in erster Linie auf die Berufsabwanderungen zurückzuführen. In der Bewegungstabelle werden 4152 Abmeldungen zu anderen Berufen aufgeführt; diese Zahl ist aber nicht erschöpfend. Die Anzahl der zu anderen Berufen übergetretenen Mitglieder wird seit Beendigung des Weltkrieges auf 22 000 geschätzt. Die Zahl, verbunden mit den oben angeführten rund 80 Proz. Kurzarbeiter und Arbeitslose Ende des Vorjahres zeigen den Abgrund der kulturellen Verelendung, in das unser Volk seit dem Weltkrieg und durch ihn hineingerollt ist. Diese kulturelle Verelendung ist in Wirklichkeit noch größer, als diese Zahlen sie erscheinen lassen, denn die Papierwirtschaft der Inflationsperiode gab manchem „Buchdrucker“, der längst keine Bücher mehr zu drucken hatte, noch Beschäftigung. Die vielen Rückmeldungen zum Beruf im ersten Quartal 1924 lassen aber hoffen, daß es mit der Stabilisierung auch in kultureller Beziehung wieder bergauf geht. Auch in der Lehrlingsabteilung ist ein Mitgliederzurückgang zu verzeichnen, und zwar von 9784 auf 7362. Der Hauptteil dieses Rückganges ist auf die verminderten Reineinkommen zurückzuführen. Das ergibt sich klar aus der Bewegungstabelle, denn 2110 Austrittenden stehen nur 1294 Neueintretende gegenüber.

Eine Besserung durch Einführung der Rentenmark zeigen auch die Kassenerhältnisse. Die Bilanzen weisen an Vermögen aus: am 31. Dezember 1922 45 088 340,52 Papiermark = 25 764,76 Goldmark; am 31. Dezember 1923 41 446 410 000 000 000 Papiermark = 41 446,41 Goldmark. Die beste Organisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung konnte in der Sturmzeit der Inflation nur durch internationale Solidarität über Wasser gehalten werden. Auf Grund des Aufrufs des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats in Bern erhielt der Verband aus Belgien, Zentrale 1000 belg. Fr.; Sektion Antwerpen 100 belg. Fr.; Dänemark 2000 Dän. Kronen; Island 100 isl. Kr.; Italien 6500 Lire; Jugoslawien 10 000 Dinar; Luxemburg 500 belg. Fr.; Norwegen 3930 N.; Österreich 140 Doll. und 6450 schw. Fr.; Rumänien: Klausenburg (Zentrale) 16 104 Lei, Temesvar 18 Doll.; Schweden 1000 Kr.; Schweiz: Zentrale 2800 Fr.; Typographia Bern 50 Fr.; Sektion Jurafranche 20 Fr.; Tschechoslowakei 45 000 Kr.; Ungarn 8 000 000 ung. Kr. Die deutsch-amerikanische Typographia übermittelte 1000 Dollar.

An Lohnbewegungen wurden geführt: 67 Angriffsbewegungen in 54 Orten mit 1330 Betrieben und 18 764 Mitgliedern (daron waren 49 Fälle mit 17 800 Mitgliedern erfolgreich); 12 Aussperrungen in 9 Orten mit 24 Betrieben. Betroffen wurden von diesen Aussperrungen 857 Mitglieder, von denen nur 568 wieder in die Betriebe eingestellt wurden. In 5 Fällen erreichten die Unternehmer den mit der Aussperrung gewollten Zweck nicht.

Der Tarifkonflikt in der Holzindustrie.

Die Versammlung der zentralen Vertrauensmänner am Donnerstag in den Kammerjahren, die sich mit der Tariffrage zu beschäftigen hatte, mußte sich zunächst der Störungsvorwürfe der Kommunisten erwehren. Die Opposition hatte schon vorher angekündigt, daß es heute „Steinhölz“ geben werde. In der Nähe des Versammlungsortes hielten sich die Ausgeschlossenen auf, die als Leiter der „Opposition“ die Regie übernommen hatten. Der Ausgeschlossene Bolze schlich sich als „Berichterstatter“ der gegenwärtig wegen des Verbots nicht erscheinenden „Roten Fahne“ ein und forderte einen Platz am Vorstandstisch. Da er offenbar als Drahtzieher der „Opposition“ fungieren wollte, wurde er dreimal aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen. Er ging nicht und erklärte, er wolle nur der Gewalt, man solle ihn doch durch die Schupo entfernen lassen. Am die Versammlung nicht aufs Spiel zu setzen, wurde beschlossen, keinen Berichterstatter zuzulassen. Erst nachdem ihm nachstehende Vertrauensmänner auf Bolze eingewirkt hatten, bequeme er sich, endlich zu gehen, nachdem er den Versammelten 1½ Stunden ihrer kostbaren Zeit gestohlen hatte.

Ein weiterer Versuch, die Versammlung aufliegen zu lassen, wurde durch den Beschluß vereitelt, dem Referenten Kollegen Böse endlich das Wort zu erteilen. Der Redner schilderte eingehend das Verhalten der Unternehmer in der Tariffrage unter Ausnutzung der Krise in der Holzindustrie. Betriebe, die erst vor acht Wochen wieder aufgenommen wurden, sollen erneut stillgelegt werden. Auch die letzten zentralen Verhandlungen sind gescheitert. Die Organisation muß sich zur Abwehr etwaiger Angriffe bereit halten, ihre Reihen stärken und ihre Kassen. Die vom Referenten empfohlene und nachdem einstimmig angenommene Entscheidung besagt u. a.:

„Da die mit einer örtlichen Arbeitgebergruppe geführten Verhandlungen infolge unannehmbarer Forderungen der Arbeitgeber abgebrochen wurden, stellt die heutige Gesamtvertrauensmännerversammlung der Verwaltung anheim, den Zeitpunkt für die eventuelle Fortsetzung der Verhandlungen so zu wählen, wie die Verhältnisse es erfordern.“

Die Entschickung bedenkt dann der seit acht Wochen um die Erhaltung des Achtstundentages kämpfenden Kollegen in Sachsen, denen sie ihre ideelle und materielle Solidarität zusichert.

Von den drei Diskussionsrednern der „Opposition“ polemisierte der eine gegen die Verwaltung und den DGB, während Anränger es direkt auf Provokationen durch Beleidigungen und Beschimpfungen abgesehen hatte.

In seinem Schlußwort wies Böse darauf hin, daß die Organisation nicht zum Zummelplatz politischer Phantasten mißbraucht werden dürfe. Sie habe der Befestigung der Rolle der Mitglieder zu dienen. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen zeigten, daß die große Mehrzahl der Versammelten mit den kommunistischen Krachmachern nichts zu tun haben will.

Zu unserer Bemerkung im Anschluß an den gestrigen Bericht über die Ausweisung der Berichterstatter aus der Holzarbeiterversammlung wird uns geschrieben: Für jeden Eingeweihten war es offenkundig, daß der Mitte März aus dem Verband ausgeschlossene W. B. den pro forma ausgefertigten Berichterstatterausweis der „Roten Fahne“ lediglich als Dekmantel benutzte, um sich Zutritt zu der Versammlung zu verschaffen, an den Vorstandstisch zu gelangen und das angeordnete kommunistische „Oppositions“-Konzert zu dirigieren. Bolze hat nach seinem Ausschluss sein organisationschädigendes Treiben fortgesetzt, ist Leiter der illegalen Nebenorganisation und dirigiert von außen her die Stellung der sogenannten „Opposition“ zu allen grundlegenden Beschlüssen der Organisation. In dieser Versammlung wollte er statt der indirekten Aktion in direkte Aktion treten, anstatt als objektiver Berichterstatter für ein Blatt tätig zu sein, das gegenwärtig nicht erscheint. Nicht als Berichterstatter der „Roten Fahne“, sondern als ausgeschlossenes Mitglied, das den Verband belästigt, wurde Bolze zum Verlassen des Saales aufgefordert und ihm anheimgegeben, die Berichterstatterung einem seiner Gefinnungsgenossen zu übertragen, an denen es im Saal nicht fehlte. Verbotlich um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die kommunistische Presse von der Berichterstatterung ausgeschlossen werden sollte, wurde auch der „Vorwärts“-Berichterstatter ersucht, den Saal zu verlassen.

Anmerkung der Redaktion. Da uns auch von anderer Seite versichert wurde, daß es sich bei Bolze nicht um die Ausübung der Berichterstattertätigkeit handelte, sondern um eine Provokation der Versammlung unter Mißbrauch des Berichterstatteramtes, ist unsere gestrige Bemerkung, soweit sie sich gegen den Beschluß des erweiterten Vorstandes der Holzarbeiter wandte, damit gegenstandslos.

Monatliche Bezahlung der Beamtengehälter.

W.B. meldet: Da es zweifelhaft war, ob die Beamten, die sich ihre Bezüge auf ein Konto überweisen lassen, nach dem 30. Juni 1924 wieder einen Rechtsanspruch auf vierteljährliche Vorauszahlung ihrer Bezüge hatten, die Finanzlage des Reiches und anderer öffentlicher Körperschaften ohne Gefährdung der Währung eine solche aber nicht gestattet, ist der Reichsminister der Finanzen durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt worden, bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres eine monatliche Auszahlung anzuordnen. Die Spitzenorganisationen bedauerten an sich diese Maßnahme, konnten sich aber der Berechtigung der geltend gemachten Gründe nicht verschließen und haben um eine Befürzung der Frist gebeten. Diesen Wunsch ist dadurch entgegengekommen, daß der Reichsminister der Finanzen die monatliche Zahlungsweise vorläufig nur bis zum 31. Dezember 1924 angeordnet hat.

Gegen die Beamten.

Vor uns liegt ein anonymes Schreiben, das der Handschrift nach von keinem Arbeiter herrührt und mit „Mehrere Abonnenten“ unterzeichnet ist. Derartige Zuschriften gelangen auf dem schnellsten Wege in den Papierkorb. Wenn wir in diesem Falle eine Ausnahme machen, so geschieht es aus einem bestimmten Grunde. Doch wollen wir darüber erst reden, nachdem wir den folgenden Wortlaut des anonymen Schreibens unseren Lesern zur Kenntnis gebracht haben:

„Warum erscheint eigentlich nicht endlich mal ein Artikel gegen die ewigen Wünsche der Beamten betr. Gehalt. Gemäß haben die hohen Beamten viel zu viel Erhöhung erhalten, aber diese müßte herabgesetzt werden, statt dessen wollen die unteren und mittleren Beamten auch diese zu hohe Erhöhung. Die Beamten ruinieren den Staat mit ihren viel zu hohen Gehältern. Ein Sekretär und Obersekretär haben zwischen 200 bis 440 M. monatlich, außer allen möglichen anderen Zulagen. Dazu die vielen Ferien, um 3 bis 3½ Uhr sind alle aus dem Bureau schon wieder.“

Es wäre angebracht, da mal was Nichtiges darüber zu schreiben. Arbeiter und Angestellte verdienen die Hälfte bis Dreiviertel und müssen anders arbeiten.“

Begegneten wir ähnlichen Auffassungen nur bei Spießbürgern, wäre kein Wort darüber zu verlieren. In Wirklichkeit aber gibt es auch noch Arbeiterkreise, in denen man einer derartigen Stellungnahme gegen die Beamtenschaft halbtig. Es gibt zwar umgekehrt auch nicht wenige Beamte und nicht nur höhere, die gegen die Arbeiter wettern, sobald es irgendeiner kleinen Gruppe einmal gelingt, einen annehmbaren Lohnsatz zu erringen. Wie wurden beispielsweise die Müllkutscher während der Inflationsperiode durch die bürgerliche Presse gelehrt, weil sie angeblich unerhört hohe Löhne forderten. Die Arbeit der Müllkutscher aber hätte nicht ein einziger ihrer gestrengen Kritiker auch nur eine Woche hindurch gemacht.

Weber der Arbeiter noch der Beamte verbessert seine Position, indem er „den anderen“ herunterriß. Sowohl in der Industrie wie im Handel und schließlich auch unter den höheren Regierungsbeamten gibt es Leute, die ein gewisses Interesse daran haben, je nachdem Arbeiter gegen Angestellte oder Beamte, Unterbeamte gegen Arbeiter oder Angestellte auszuspielen. Auch die eine Arbeitergruppe wird gegen die andere, die eine Angestellten- oder Beamtengruppe gegen die andere ausgespielt, nach dem allbewährten Rezept: Teile und herrsche! Aufgestülpte Arbeiter, Angestellte und Beamte gehen auf dieses liebliche Spiel nicht mehr ein. Doch selber scheint noch immer die Zahl derjenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter größer zu sein, die immer wieder darauf hineinfließen, weil sie eben nicht gehörig aufgeklärt sind, nicht selbständig oder verkehrt denken, teilweise überhaupt nicht denken und überlegen, sondern einfach nachplappern, was ihnen der erstbeste Esel oder Spelunke vorerzählt; erst recht dann, wenn Derartige in ihrem bürgerlichen Leib- und Magenblatt gedruckt war.

Wer es in der gegenwärtigen Situation für die unteren und mittleren Beamten noch fertig bringt, sich gegen ihre Klagen und Beschwerden zu wenden, die sich gegen das himmelschreiende Unrecht richten, das ihnen in Gestalt der neuen Befehlsordnung und deren nachträglichen Scheinfortschritt widerfahren ist, der weiß von den Dingen nichts und ist auch sonst ein dummes Kerl. Die Tatsache, daß auch die Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrzahl und nicht minder die große Masse der Ange-

stellten mit Bönen und Gehältern abgespelt werden, die absolut unzureichend sind, beweist doch wirklich nichts gegen die Elendsgelalter der unteren und mittleren Beamten. Die Beamten haben das gleiche Recht wie die Arbeiter und Angestellten, durch ihre Organisationen ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen. Arbeiter und Angestellte können nichts Besseres tun, als anstatt ihre Organisationen auszubauen, sich zur Erringung günstiger Arbeitsbedingungen gehörig zu rüsten, gegen die Beamten loszugehen. Deshalb unterlassen wir dies und ermuntern immer wieder zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen.

Fortwirkung abgelaufener Tarifverträge.

Zwei Ledergalanteriearbeiter klagten beim Gewerbegericht auf Lohnzahlung für den Himmelfahrtstag. Sie beriefen sich darauf, daß der im Jahre 1919 abgeschlossene Reichstarifvertrag, der die Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage festsetzte, zwar abgelaufen und nicht wieder erneuert sei, daß aber die im Tarif festgelegten Arbeitsbedingungen so lange in Geltung bleiben, bis sie durch neue Abmachungen ersetzt seien. Da die Kläger seit mehreren Jahren bei der beklagten Firma arbeiten, so sei die Bezahlung der Feiertage für sie zu einem Gewohnheitsrecht geworden.

Der Vertreter der beklagten Firma berief sich darauf, daß diese vier Tage vor Himmelfahrt durch Anschlag in den Arbeitsräumen bekanntgemacht habe, daß während der tariflosen Zeit die Bestimmungen des abgelaufenen Tarifvertrages keine Geltung mehr haben. Hiernach könnten sich die Kläger nicht auf den abgelaufenen Tarif berufen.

Das Gericht verurteilte die Firma zur Bezahlung des Lohnes für den Himmelfahrtstag. In der Begründung des Urteils wurde unter anderem ausgeführt: Wenn nach dem Ablauf des Tarifvertrages eine Vereinbarung über neue Arbeitsbedingungen — sei es durch einen neuen Kollektivvertrag oder durch Einzelverträge — nicht zustande gekommen ist, so hat das die Wirkung, daß eine stillschweigende Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zu den bisherigen Bedingungen eintritt. Die Bestimmungen des abgelaufenen Tarifs über Stundenlohn, Ferien, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage gelten weiter, wenn sie nicht ausdrücklich aufgehoben werden. Das ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Die Bekanntmachung des Arbeitgebers sagt nur, daß die Bestimmungen des abgelaufenen Vertrages keine Anwendung mehr finden. Es wird aber nicht gesagt, welche neuen Bestimmungen in Kraft treten sollen. Es ist also Sache der Auslegung, welche Arbeitsbedingungen gelten sollen. Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß die alten Arbeitsbedingungen gelten, so lange nichts anderes vereinbart ist.

Die Knappschafswahlen im Ruhrgebiet.

Nach dem jetzt vollständig vorliegenden Wahlergebnis hat der (alte) freigewerkschaftliche Verband der Bergarbeiter Deutschlands 98 000 Stimmen erhalten, die christliche Gewerkschaft 61 000, die Kommunisten und Unionisten 53 000 und die Splitterorganisationen 6000 Stimmen. Die Polen, die bei den letzten Wahlen über 11 000 Stimmen erhielten, waren infolge der Umwanderung nach Frankreich und Oberschlesien mit nur noch 3200 Stimmen vertreten.

Die Angestelltenwahlen im Ruhrbergbau.

Die endgültigen Zahlen für die Angestelltenwahlen zur Ruhrknappschaf liegen, wie das „B. L.“ aus dem Ruhrgebiet erfährt, nunmehr vor. Danach haben erhalten die U. F. 73 74, die „Reform“ (D. H. B. Abteilung Bergbau und Verband kaufmännischer Grubenbeamter) 4679, Gewerkschaftsbund deutscher Angestellter 2545, die Liste „Blut auf“ (christlich) 821 der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter 1527 und eine Sonderliste 261. Das Ergebnis wird mit folgender Bemerkung zusammengefaßt:

„Den 73 74 Stimmen für die U. F. stehen mithin 9633 Stimmen der gemäßigten Bergbauangestelltenorganisationen gegenüber.“

Wenn dies der einzige Trost der gesamten Gemäßigten“ ist, sei er ihnen einstweilen noch gönnlich.

Achtung Bauarbeiter! Für Einseher gesperret sind die Bauten Cecilienarten am Bahnhof Friedenau.

Im englischen Baugewerbe beschäftigt man, daß heute etwa 70 000 Bauarbeiter die Arbeit niederlegen. Gestern trat der vom Arbeitsminister zur Prüfung der Streitigkeiten eingesetzte Untersuchungs Ausschuss zusammen. Die Arbeitervertreter waren der Vermittlungsbüro ferngeblieben, doch wollten sie an der Abend-sitzung teilnehmen.

In der Spinnerei und Weberei Eschlingen (Württemberg) legten vor kurzem 16 Arbeiter der Carderie-Abteilung wegen Lohnbifferenzent die Arbeit nieder; infolgedessen wurde die Spinnereiabteilung mit 600 Arbeitern stillgelegt. Wenn es nicht gelingt, die Differenzen beizulegen, soll das ganz Werk mit seinen 1600 Arbeitern stillgelegt werden.

Achtung, Zimmerer! Verbundbeamten! Am Montag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 1, die Fortsetzung der Rabikollisionsversammlung (Bericht vom 21. Verbandstag) statt. Die Delegierten haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Delegiert durch die volle Delegiertenzahl vertreten ist. Weiter werden alle Verbundbeamten hierdurch aufgefordert, sofort auf allen Arbeitstellen helle einzutreten, daß am Montag oder Dienstag (7. oder 8. Juli) auf sämtlichen Arbeitstellen Groß-Berlin eine Bäckereiantenne vorgenommen wird. Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß die Kameraden, welche von außerhalb in Groß-Berlin arbeiten, ganz gleich, welcher Fabrik sie angehören, die Berliner Beitragsmarke (1,25 M.) zu haben haben. Der Verband.

Bevornstelligt die Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gattermann; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Göttern; Familien: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Erik Rastfeldt; Anzeigen: Th. Gluck; (Amlich in Berlin). Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2, Bureau 2, Berlin.

Die Bekämpfung des Ungeziefers bei Mensch und Tier ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege. Mit Cuprex gelingt die Ungezieferbeseitigung schnell, sicher, leicht und unauffällig, sowie ohne gesundheitliche Nachteile. Cuprex ist das wirksamste und beste Mittel gegen Kopfläuse und übertrifft alle bisherigen Mittel, weil es das Ungeziefer samt Eiern (Nisse) mit einem Male vernichtet. Apotheken und Drogerien halten Cuprex in kleineren und größeren Packungen vorrätig.

In der Sommerfrische

leisten die beliebten, praktischen **MAGGI'S** Erzeugnisse ausgezeichnete Dienste

Maggi's Würze — Maggi's Suppen — Maggi's Fleischbrühwürfel

Verlangen Sie aber ausdrücklich **MAGGI'S** Erzeugnisse

Die Gewässer Berlins.

Der dritte der Flüsse, die das Gebiet von Berlin berühren, ist die Havel; sie durchfließt den westlichen Teil der Reichshauptstadt. Die Havel wird als ein echt märkischer Fluß besungen, und mit Recht, denn ihr Lauf geht fast in seiner ganzen Länge durch märkisches Land. Die blauen Havelseen, die weiten Wiesen des Havellandes begeistern mit ihren eigenartigen Naturschönheiten, mit ihrem unvergleichlichen Wechsel im Spiel von Licht und Schatten, auch die Jünger und Meister von Pinsel und Farbe zu neuen Darstellungen, regen sie an zu neuen Schöpfungen der Kunst.

Die mecklenburgische Havel.

Ursprung und Oberlauf der Havel liegen in Mecklenburg. Aus mehreren Seen vereinigen sich die Abflüsse zur Havel, und mit einer großen Anzahl weiterer mecklenburgischer Seen steht sie durch Flüsse in Verbindung. Auch der Müritzer See, Mecklenburgs größter Landsee, entwässert zur Havel. Er steht aber auch durch die Elbe mit der Elbe in Verbindung, so daß die Wasser der Müritzer diesen Strom auf zwei verschiedenen Wegen erreichen, durch die Havel und durch die Elbe. Von 1568 bis 1582 wurde eine Schiffschiffstraße von der Elbe durch die Elbe, die Stör und den Schweriner See nach der Ostsee bei Wismar angelegt. Die Benutzung dieses neuen Wasserweges wurde jedoch nie sehr bedeutend. Das ganze Werk soll 3 Tonnen Goldes gekostet haben, war aber zu den Zeiten des 30jährigen Krieges teilweise schon wieder verfallen. Bei der Stadt Fürstenberg erreicht die Havel die Grenze der Mark Brandenburg. Ihr Lauf hat bis dahin die Länge von etwa 45 Kilometer.

Die Oberhavel.

Bei Fürstenberg durchfließt die Havel den Stolpsee, in den auch die Gewässer aus den Seen bei Uckermark münden. Weiterhin kommt die Havel nach Bredereiche, einem alten Dorf, das schon in einer Urkunde von 1307 erwähnt wird. Bei dem Dorf soll ein Eichenwald, die „Brüderleichen“ (platt: Brüderleiden), gewesen sein, von dem das Dorf seinen Namen erhalten hat. Die Havel bildet jetzt auf eine größere Strecke die Grenze zwischen Mecklenburg und Preußen; sie fließt durch ein schönes Waldgebiet. Tritt sie aus dem Wald heraus, so wird sie von einem an Ziegeleien reichen Gelände empfangen. Es ist die Gegend von Zehdenick, dessen an Lehm und Mergel reicher Boden der Anlage von Ziegeleien äußerst günstig ist; dazu kommt die leichte Versandmöglichkeit mit Kanälen auf der Havel. Von Zehdenick an ist der Havelkanal kanalisiert worden. Der Havelkanal geht bis Liebenwalde, wo der Finowkanal die Havel mit der Oder verbindet. Etwas südlicher kommt der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin zur Havel. Sein Bett bildet teilweise die Havel, meist ist es aber in ihrer Nähe gegraben worden, um den Lauf des Kanals möglichst gradlinig zu gestalten. Dann fließt die Havel auf ihrem Lauf durch das Thorn-Eberswälder Urstromtal, nachdem sie die Hochfläche des Ruppiner Landes und der Uckermark verlassen hat. In der weiten Talebene liegt die Siedlung Reuholland, deren erste Siedler in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aus Holland herangezogen wurden, um das durch den dreißigjährigen Krieg entvölkerte Land neu zu bebauen und eine lohnende Vieh- und Milchviehwirtschaft einzuführen. Der südliche Teil des Tals wird von einem ausgedehnten Wald, dem Forst Reuholland, bedeckt. Die Havel fließt nicht in dem Urstromtal, sondern zieht durch ein breites Tal nach Süden, an Oranienburg vorbei. Hier ist sie durch den Ruppiner Kanal mit dem Rhin verbunden worden, der aus den Seen bei Rheinsberg und Ruppiner gespeist wird. Die Havel erreicht jetzt wieder ein an Ziegeleien reiches Gebiet. An Borgsdorf, Birkenwerder, Stolpe und Hennigsdorf (hier die großen Fabrikanlagen der AEG.) vorbei, kommt sie bei Heiligensee zur Reichshauptstadt. Unser Fluß kreuzt jetzt das Berliner Urstromtal. Links buchtet sich der Tegeler See weit nach Norden aus, von einer Reihe tiefliegender Inseln überzogen, deren schönste Bieder Scharfenberg, Maierenwerder und einige andere sind. Gleich darauf fließt die Havel durch Spandau, der alten Festung, wo sie sich mit der Spree vereinigt. In der Altstadt bilden die Gräben, die von dem Fluße ausgehen, manchmal mauerartigen Winkel (siehe Abbildung); leider ist man jetzt dabei, die Gräben zuzuschütten.

Die Havelseen.

Hat die Havel bisher in ihrem Lauf sich immer nur als ein nicht allzubreiter Fluß durch das Land geschlängelt, so durchfließt sie jetzt fast durchweg eine Reihe von Seen. Sobald sie das Gemeinde bei Pichlerwerder verlassen hat, beginnen die Havelseen, die zu den erlesensten Schönheiten nicht nur Berlins, sondern der Mark Brandenburg gehören. Am linken Ufer ragen die Höhen des Grunewalds auf, dann folgt die weite Bucht des Wannsees, an dessen Ufer Berlins erstes Freibad errichtet wurde. Bald ist Potsdam, die ehemalige Soldaten- und Beamtenstadt erreicht.



Alt-Spandau.

Kurz vorher mündet von links die Nuthe, die einen Teil des Fläming entwässert. Bei Caputh beginnt der Obstbau der Mark Brandenburg, dessen Berle die Inselstadt Werder ist. Von Caputh erstreckt sich gen Südwest der große Schwielowsee. Einst nahm die Havel durch ihn ihren Lauf, um über die Remniger Heide und das Kaniner Loch zum Glogau-Baruther Urstromtal zu fließen. Jetzt biegt sie jedoch nach Nordwest um, an Werder vorbei nach Rehn zu. Auch hier sind wieder zahlreiche Ziegeleien, die das Ton- und Lehmorkommen der Uferstriche ausbeuten. Die Gruben haben manchen wertvollen Fund geliefert zur Bereicherung unserer Kenntnis vom Tierleben dieser Gegend zur Eiszeit. Von Rehn geht der Lauf der Havel, bald schmaler bald breiter, nach Brandenburg. Das Havelland ist ein äußerst abwechslungsreiches Gelände; aus der Talebene, die der am Ende der Eiszeit noch wasserreichere Fluß ausgewaschen hat, ragen Berggruppen auf, die in jener Zeit Inseln im Strom bildeten. So liegt links der Böhler Berg, der etwa 82 Meter über den Spiegel der Havel

auffragt. Brandenburg, die alte Stadt verdankt seine Bedeutung dem Wasser, wie kaum eine andere größere Stadt in der Mark. Hier war eine geeignete Gelegenheit, mit geringerer Schwierigkeit das Wirrsal von Seen, Sümpfen und Flußläufen zu überschreiten, um in die östlichen Teile des Havellandes zu gelangen. Auf der Dominik lag wohl schon in ältesten Zeiten eine Burg, die den Flußübergang beherrschte. Die ersten geschichtlichen Nachrichten über Brandenburg stammen bereits aus dem Jahre 928. In der Nähe Brandenburgs, am Quenzsee, liegt das Landferienheim der Sozialistischen Arbeiterjugend Berlins und der Mark Brandenburg, das zu Pfingsten d. J. eingeweiht wurde. Bei Brandenburg nimmt die Havel die Pläue auf, die, wie die Nuthe, vom Fläming herabkommt. Sie fließt dann in den Pläuer See, von dem der Pläuer Kanal ausgeht, der nach 57,6 Kilometer langem Lauf zur Elbe unterhalb Magdeburg führt. Vom Pläuer See geht der Lauf der Havel an Pläue, dem alten Dühnowschen Raubritterneß, vorbei gen Nord nach Prikerbe. Von hier wendet sie sich nordwestlich nach Rathenow und Havelberg. Sie hat jetzt das Elbtal erreicht. Auch hier liegen viele Ziegeleien, die vorwiegend den in früheren Zeiten von der Elbe abgelagerten tonigen Schlack verarbeitet. Rathenow hat auch noch große Bedeutung als Optikerstadt. Weiterhin münden von rechts Rhin, Dofse und Vöglin, die die Hochfläche der Prignitz (der Rhin auch noch die des Ruppiner Landes) entwässern. Vom hohen Ufer schaut der Dom von Havelberg auf die Havel, der Sitz der Bischöfe des schon 948 gegründeten Bistums Havelberg. Nun läuft der Fluß in der Nähe des großen Stroms, der Elbe, weiter. Bald, bei dem Dorf Quühöbel, vereinigt er sich mit ihr. Das schöne dunkelblaue und klare Wasser der Havel fließt noch eine weite Strecke neben dem schmutzig-gelben Wasser der Elbe, bis die Vereinigung völlig vor sich gegangen ist. Die Havel ist vom Stolpsee an schiffbar, also fast auf ihrem ganzen Lauf, der von der Landesgrenze bis zur Mündung etwa 300 Kilometer lang ist. Würde die Havel in gerader Linie, auf kürzestem Wege ihren Lauf vollenden, so hätte sie dagegen nur eine Länge von etwa 80 Kilometer.

Die Wasserstraße Berlin-Stettin.

Das Riesenwerk der Kanaltchnik, diese Wasserstraße, die über alle Hindernisse hinweg ihren Weg verfolgt, sich lähn über Niveauunterschiede und Eisenbahnschienen hinwegwirft, lohnt eine Fahrt von mehreren Tagen.

Ausgangspunkt soll die Wassertorbrücke bei Eberswalde sein. Diese Brücke ist ein ganzes Stück, eine Stunde Weg, von der Stadt Eberswalde entfernt und dient zur Aufnahme einer imposanten Schußwehr, die in Zeiten der Not, falls plötzlich ein Wasserbruch an irgendeiner Stelle erfolgt, herabgelassen werden kann. Ein wenig weiter nach Berlin zu präsentiert sich eines der Hauptwerke des Kanalbaues. Da schwingt sich das Wasser in einem künstlichen Bett über die Stettiner Bahn, fließt ruhig über die Gleise und läßt die qualmenden Eisenbahnzüge ratternd unter sich fortfliegen. Unten Eisenbahnen und oben Wasser, wehende Rauchfahnen an beiden Stellen, die sich, hier vom Dampf, dort von der Lokomotive, ineinander vermischen und dunkle Wolken in den Himmel senden. Durch frische Wiesen, die jetzt im Frühlingsgrün stehen, wendet sich der Wasserweg, und plötzlich verfinstert das Gelände rundum, man sieht nur die Wipfel der Kiefernwälder, die in die Tiefe zu tauchen scheinen. Der Kanal läuft auf einem künstlich geschütteten Damm, hoch über dem Niveau seiner Umgebung. Jahre um Jahre hat man hier gearbeitet, hat Massen und Massen Erde herangezogen, und seit einigen Jahren ist jetzt das Ganze ein einziger grüner Wall, in dem das Wasser Wellen wirft. Eine schöne märkische Landschaft liegt um uns gebreitet, Dörfer ziehen vorbei, in helles Birkengrün gebettet, und man sieht tief in die Niederung des alten Finowkanals. Aber der Unterschied ist bedeutend; durch weich gebettete Schiffsufer wendet sich der natürlich dem alten Finowstrom nachgezogene Finowkanal — in blühenden schwarzen Schlacken bietet sich die Böschung des neuen Großschiffahrtsweges dar. Nach einer Weile steigt der neue Wasserweg vier riesige, breite Stufen hinunter, passiert das Hebewerk von Riederfinow, vier Schleusen, die das abfallende Niveau überwinden. Ein wunderbares Werk der Technik ist das. Schwerfälligen Rähnen macht man es folgenbermaßen möglich, Treppen hinabzusteigen. Nebeneinander gruppieren sich die Dampfer in einer Schleuse. Die Schleusentore

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahka.

„Es müssen schon etliche Wagen im Hofe stehen,“ sagte sie, zum ersten Male ihre lächelnde Gelassenheit aufgebend. Die Vorstellung war zu tödlich, daß sie in einigen Stunden der ganze weite Raum vor der Schloßterrasse mit Eisenpannen füllen würde, und einer nach dem anderen würde an ihr und dem Prinzen vorbeifahren. Fürwahr, sie würde niemand erkennen, nicht Mann, noch Esel, noch Wagen!

Neulich dachte auch der Prinz, dem das gute Frühstück die erste Unvernunft erschlagen hatte.

Er sah Livia giftig forschend an. Und wenn er alle Esel Siziliens mit Karren und Führern dazu auf seiner Besichtigung zusammentrieb, sie würde nichts erkennen, was sie nicht erkennen wollte.

Das Wort „Esel“ fing an, ihn zu stechen. Und wirklich, als er zur Mittagstunde auf den Hof trat, schien es auch ihm, als ob sich ein vielstimmiges Gelächter erhöhe.

Livia nahm hoheitsvoll die Vorbeifahrt entgegen. Den Prinzen brannte es unter den Füßen. „Esel, Esel,“ lönte es in ihm.

Da stand er nun und konnte jeden der gleichmäßig dreinschauenden Burschen ausfragen, damit sie diese langopprige Geschichte nachher über das ganze Land trugen!

Wahrlich, Casapi hatte recht gehabt: man mußte die Sache unter den Fuß treten.

Dieses hier war jedenfalls keine erleuchtete Idee, gewesen. Er wardie sich brüst ab und sagte, die Leute könnten allesamt nach Hause fahren.

Unter dem großen Haufen derer, die nun nicht mehr vorbeifiltrierten, war auch Ercole, dessen Fahrzeug allerdings ein ganz anderes Aussehen hatte als am Abend zuvor.

10.

Nun kann man ja ruhig zu einer Kugel, die den Berg hinobrollt, sagen, sie möchte liegenbleiben. Sie kann nicht anders, sie rollt ihren Weg.

Genau so ging es mit der Geschichte der geraubten Prinzessin.

Der Principe winkte und rief — und schließlich küsterte er nur mehr bekommen, fast stehend, man möchte alles auf-

halten; die eifrigen Gendarmen, die Veritonen seines Schloßes, alle jene, die zum Stillschweigen verpflichtet worden waren, und zumal die sizilianischen Esel trugen diese Geschichte über das ganze Land.

Hier und da gelangte sie bis zu Renzo, der langsam nach Palermo fuhr, seine schwere Fracht immer wieder auf einen anderen Wagen schiebend.

Er spielte so lange mit dem Gehörten herum, bis die Geschichte eine neue, noch viel buntere Gestalt angenommen hatte; und so gab er sie dann weiter.

Immer wieder war er entzückt von dem wildwuchernden Rankenwerk, das die Entführung seiner Venus umgab.

Doch es ging ihm auch durch den Kopf, daß sein Werk, wenn es vollendet sei, niemandem würde zeigen dürfen.

Niemand? Auch nicht dem alten Sagini? Vielleicht doch.

Und Fiametta? Was würde mit Fiametta sein?

Jetzt, da er sich Palermo näherte, da es ihm schien, als sähe er im lichten Abendgewölke die schönen Türme seiner vielen Kirchen, dachte er nicht mehr so kühl und unbeforgt an das kleine Mädchen.

Sie würde zu ihm hineinschlüpfen, warm, zutraulich, zärtlich, und wahrlich, er sehnte sich danach.

Jedoch seine Venus durfte sie niemals erblicken.

Wie sollte ihm das gelingen? Er hatte ja nur den einen, einzigen Raum!

Das ganze kühne Unternehmen im Hause von Mitterchen Rosina erschien ihm leicht gegen den Versuch, diese zwitschernde Schwalbe fernzuhalten.

Als diese Gedanken ihn schon eine ganze Weile boshaft gezwickelt hatten, kam ihm der Einfall, die hübsche Fiametta hinge wohl schon längst am Hasse eines anderen.

Doch auch das behagte ihm nicht. Wie er es auch zurecht-rückte und bog — die Sache hatte einen Widerhaken.

Der sah ihm nach im Herzen, als er endlich in den Torweg des Palazzo Vigliena einbog. Seine Laune war trüber als die nächtlichen Dünste, die um die schlafenden, heißen Häuser schlichen.

Ein wenig mochte auch sein schweigender Kumpan zu dieser Mißstimmung beigetragen haben, der auch jetzt nur sehr zögernd half, die schwere, fest verpackte Statue vom Wagen zu heben.

Damit hatte er aber auch seine letzte Leistung vollbracht. Er lehrte um und ließ Renzo im Hofe stehen.

Der sah eine Weile fast verblüfft um sich. Es war ganz

still, und nicht einmal der kleinste Lichtschein rann in die eingeeigte, von einem feisamen süßlichen Brodem erfüllte Luft des Binnenhofes.

„Eigentlich,“ so sagte sich der junge Burke, „müßte ich wie ein Segelschiff im vollen Winde daherbrausen, und da stehe ich nun und stiere wie ein jetter, armseliger Fisch in einem Glaskasten.“

„Heba!“ rief er, „heba! Hier scheinen sogar die Fische zu schlafen! Ich bin's, Renzo Adriani.“ Er klopfte an das Fenster der Brüder Falconi.

Die fuhren wie die Teufel aus ihren Betten. Alles Laute und Außergewöhnliche war ihnen willkommen.

Mit ratterndem Wortschwall stürzten sie sich auf den Hof und über Renzo her, als wäre ein Lotgegläubter heimgekehrt.

Eine Weile hörte man nur ihre Fragen und Ausrufe. Auf Antwort warteten sie nicht. Dann öffnete sich hier und da ein Fenster — neue Stimmen mischten sich hinein — und jetzt hing ein weiches, warmes Bündel an Renzo, das abwechselnd schluchzte und lachte.

„Fiametta, Fiametta!“ rief Mutter Bruscoli warnend, denn wenn sie sich auch gegen das Scharmuzieren ihrer Tochter nichts einzuwenden hatte, so paßte es ihr doch noch längst nicht, daß ihr einziges Kind vor aller Augen an einem Prinzen habenichts hing, denn sie selbst, die breite Mutter Bruscoli, hatte mit ihrer Wäscherei täglich was in den Rücken bekommen und konnte in einigen Jahren daran denken, die Arme übereinanderzuschlagen. Figurenmacher waren schließlich keine rechten Bürgerleute, und ein Sagini wurde dieser junge Lach-in-die-Welt ja doch niemals.

Renzo aber nahm die Kleine zum Entzücken der Falconis fest in seine Arme. Weshalb auch nicht? Die hübsche Sabina war das letzte Mädchen, dem er die Hand gereicht hatte! Ganz leicht flog es ihm durch den Sinn, diese stürmische Begrüßung drückte wohl einem Bunde das Siegel auf, der längst im Palazzo Vigliena beschloffen war — vielleicht auch nur in Fiamettas Herzen. Es war ihm, als schlage man eine Tür hinter ihm zu.

Immerhin — es war tödlich, im Mittelpunkt zu stehen, und weit köstlicher noch, zu wissen, daß der Erfolg vor ihm herschritt. Nicht unerreichbar, o nein, wie ein königlicher Bruder, der ihm die Hand reichte.

„Ich habe da einen wertvollen Marmorblock mitgebracht, zum Teil schon bearbeitet“ — fügte er mit Absicht ein wenig nachlässig hinzu, „wer hilft mir, die Last hinauffschaffen?“

(Fortsetzung folgt.)

werden geschlossen und plötzlich senkt sich der Wasserspiegel in der Schleusenammer. Tiefer und tiefer sinken die Dampfer, höher vom Wasser glänzende Mauern wachsen neben ihnen empor und wie in einer Schlucht eingeschlossen liegen in neun Meter Tiefe vom obersten Mauerrand die Schiffe da. Das Wasser aber ist inzwischen in drei Kammernpaare neben der Schleuse entwichen, bis das Niveau der nächsten Schleuse erreicht ist. Dann öffnen sich die mächtigen Schleusenflügel, Helligkeit dringt wieder in die Schlucht und die Dampfer fahren in die nächste Schleuse ein, beginnen das gleiche Manöver des Abfließes. Hiermit wiederholt sich das, und dann kommt wieder eine freie Strecke, wo sich der Schiffahrtsweg mit dem alten Finowkanal verbindet. Die Landschaft wird reizvoller und ursprünglicher: hohe Ufer und Weidenbüsche, bunte Dörfer tauchen auf: Oberberg-Bräth, der größte Holzstapelplatz des märkischen Landes mit schnurrenden Sägemühlen. Man wird an die romantischen Ufer der Saale erinnert.

Bei Hohenhausen schließlich ist auch der Zusammenfluß des Großschiffahrtsweges mit dem alten Oderstrom erreicht. Hier sind umfangreiche Schleusenanlagen notwendig gewesen, um den Zusammenfluß der Wassermengen zu regulieren. Es ist für beide Teile gefordert: daß die Oder dem Kanal nicht zu viel Wasser fortnimmt und daß auch der Großschiffahrtsweg sich nicht unberechtigt mit dem Oderwasser anfüllt.

Der Bürgerblock in Berlin.

Die eigenartigen Vorgänge bei der Charlottenburger Bürgermeistereiwahl geben auch anderen Kreisen zu denken. Die „Vossische Zeitung“ schreibt darüber einiges, was namentlich die Demokraten getroffen einmal überlegen könnten!

Der Bürgerblock macht auf der ganzen Linie Fortschritte. Ein besonders prägnantes Beispiel dafür, wie stark der Personalabbau bei der Stadt mit politischen Momenten verknüpft wird, liefert die Bezirksbürgermeisterwahl in Charlottenburg. Das Wertwichtige ist, daß man zur selben Zeit, wo in Berlin etwa 40 bis 50 Bezirksstadträte abgebaut und entschädigt werden müssen, die günstige Gelegenheit in Charlottenburg nicht benutzte, um auch dort zu sparen. Die Arbeit im Charlottenburger Bezirksmagistrat wäre wahrscheinlich auch von einem Bürgermeister zu bewältigen, und das Nächstliegende wäre, daß man die Leitung der Geschäfte dem jetzigen zweiten Bezirksbürgermeister überträgt. Auf diesem Posten steht der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirsch. Daß Paul Hirsch einer der erfahrensten und geschicktesten Kommunalpolitiker ist, über die die Stadt Berlin verfügt, läßt sich nicht gut bestreiten. Herr Hirsch ist ja Sozialdemokrat, und solchen Gefahren darf man sich nicht aussetzen.

Solchen Gefahren sehen sich offenbar auch die Demokraten nicht gern aus. Die ganze erlogene Spartheorie wird sofort ad acta gelegt, wenn es sich darum handelt, die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Da nimmt man tausendmal lieber „bewährte“ Reaktionskräfte.

Die „Vossische Zeitung“ bespricht in diesem Zusammenhang auch die Angelegenheit einer anderen „bürgerlichen“ Größe:

Der letzte Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz (der bekannte Scholz-Stöcker des Reichstags) ist durch die Eingemeindung Charlottenburgs in Berlin seines Amtes verlustig gegangen, und da ihm kein gleichwertiges Amt zur Verfügung gestellt werden konnte, so hat er bis zum Ablauf seiner Wahlperiode Anspruch auf das volle Oberbürgermeistergehalt, das zurzeit mit den Zuschlägen 11 181 Mark betragen würde. Inzwischen aber ist Dr. Scholz auf längere Zeit Reichsminister gewesen, und das Ruhegehalt, das ihm dafür zusteht, beträgt 12 819 M., so daß ihm aus beiden Quellen — ohne Berücksichtigung der letzten Gehaltserhöhung — 24 000 M. im Jahre zufließen würden. Da diese Summe das aktive Einzelgehalt eines Reichsministers um 5568 Mark übersteigt, so wird ihm vom Reich diese überschüssige Summe gekürzt.

Aber auch die Stadt glaubt ihm unter diesen Umständen nicht das volle Gehalt zahlen zu müssen, und, wie wir hören, ist sie bereit, es auf einen Prozeß antommen zu lassen. Denn wenn die formelle Rechtslage auch nicht sehr zu ihren Gunsten spricht, so liegt doch die Angelegenheit

ähnlich wie bei dem Fall des Justizrats Hallensleben, der vor einigen Monaten eine zwar formalrechtlich begründete, aber eben nur formal begründete, sehr hohe Liquidation an die Stadt stellte. Der Fall Scholz wird noch dadurch kompliziert, daß der frühere Oberbürgermeister seine Ansprüche an die Stadt nicht direkt, sondern durch die Organisation der höheren Beamten geltend gemacht hat — deren Vorsteher er selbst ist. Es ist zu hoffen, daß der Personalausschuß des Magistrats bald die Zeit findet, diese Angelegenheit endgültig zu klären.

Als in der Stadtverordnetenversammlung auf die eigenartigen Rechtsbegriffe der Volksparteier hingewiesen wurde, verteidigte der „objektive“ Herr Dr. Caspari seinen Parteifreund sehr gereizt mit der Bemerkung, er sei „im Recht“ bei der Stellung solcher standalösen Forderungen. Die „Germania“ hat nicht Unrecht, die anfänglich dieser Vorfälle die Volkspartei als eine typisch kapitalistische Partei bezeichnete. Unerschämtheit und Arroganz ihrer blasierten, mit Schmissen reichlich gesegneten Vertreter — meistens Juristen! — geht bei ihr Hand in Hand mit unangenehmer, antisozialer, kapitalistischer Gesinnung. Was für eine Haltung würde es geben, wenn Sozialdemokraten so austräten?!

Falsche Kriegsinvaliden.

Eine ganze Organisation für das östliche Europa

Umfangreiche Betrügereien falscher Kriegsinvaliden beschäftigen die Kriminalpolizei. Es handelt sich um das Treiben einer ganzen Organisation, auf die die Berliner Polizei zunächst von der Wiener Kriminalpolizei aufmerksam gemacht wurde. Bisher sind 30 Verdächtige dem Namen nach festgestellt, aber noch nicht festgenommen worden. Es handelt sich um Leute, die irgendetwas schweres körperliches Gebrechen, daß sie sich im Kriege zugezogen haben wollen, vortäuschen, um Mitleid zu erregen und so ihre Geschäfte zu fördern. Die falschen Invaliden treten namentlich in kleinen Provinzstädten und auf dem flachen Lande auf. Als Händler mit Kanzenbedarfsartikeln aller Art, aber auch Schrubbern, Bürsten usw. wenden sie sich besonders an Bürgermeister von Kleinstädten, Vorsteher von Landgemeinden, Verwaltungsekretäre, Pfarrer und Lehrer, und bieten ihre Ware zu sehr hohen Preisen an. Weil die Käufer glauben, es mit Opfern des Weltkrieges zu tun zu haben, so bewilligen sie aus Mitleid diese hohen Preise, müssen aber schon nach wenigen Tagen feststellen, daß die Ware nichts wert ist. Die Ermittlungen ergaben, daß diese Händler ihre Geschäfte nicht bloß in Oesterreich und Deutschland betreiben, sondern auch schon nach Skandinavien aus-

gedehnt haben. Es sind fast ausnahmslos Schwabier. Die Käufer, die von Händlern dieser Art besucht werden, sollten unter allen Umständen ihre Kaufs eise genau prüfen, zumal da sie sich nicht selten auf Wohltätigkeitsanstalten berufen. Diese Anstalten, die wirkliche Kriegsinvaliden beschäftigen, wie Blindenanstalten, versehen ihre Leute stets mit Ausweisen. Weitere Mitteilungen über das Auftreten der Schwabier, die ergiebige Warenquellen haben müssen, nimmt Kriminalkommissar Vinnemann im Polizeipräsidium entgegen.

Kusinchens Glück und Ende.

Ein Jahr neun Monate Gefängnis für Frau von Gernar.

Unter großem Andrang des Publikums wurde gestern nachmittag in dem großen Betrugs- und Hochstaplerprozeß, der sich gegen Frau Marie v. Gernar und den früheren Regierungsrat und jetzigen Rechtsanwalt Dr. Berthold Wiener richtete und der das erweiterte Schöffengericht Charlottenburg in neuntägiger Verhandlung beschäftigte, das Urteil gesprochen. Das Gericht kam zur Verurteilung beider Angeklagten. Frau v. Gernar wurde wegen vollendeten Betruges in 21 Fällen und verurteilt Betruges in einem Falle zu einer Gesamtstrafe von ein Jahr neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, Rechtsanwalt Dr. Wiener wegen Betruges in drei Fällen, wegen Untreue in zwei Fällen und wegen Unterschlagung in einem Falle zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Da das Verhalten beider Angeklagten ehelos erschien, hat das Gericht ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Bei der Höhe der Strafe verfügte das Gericht weiter die Verhaftung beider Angeklagten wegen Fluchtverdachts und ließ sie sofort in Haft abführen.

Frau v. Gernar muß einmal sehr hübsch gewesen sein. Deshalb glaube sie, das Leben sei ein Glücksspiel, und hat nun das Spiel endgültig verloren. Vom Anbeginn ihres bewußten Lebens spielte sie Komödie, bis sie schließlich das Schicksal mit der Tragik übermächtig hat. Sie spielte Komödie, als sie als bürgerliches Fräulein Ed. um v. Puttkamer „Kusinchens“ zu werden, das oblige Fräulein v. Eardorff marlierte — das war der erste Stein, über den sie stolperte. Sie spielte Komödie, als sie auf Wunsch des v. Schütte, der natürlich ein unechtes Fräulein v. Eardorff nicht heiraten konnte, durch die fiktive Ehe eine echte Frau v. Gernar wurde. — v. Gernar erhielt dafür 20 000 M. Sie spielte Komödie, als sie Dr. Wiener an das angeblich verproben Testamentslegat glauben machte. Sie spielte meisterhaft ihre Rolle, fand hierin endlich ihren Lebensinhalt, als sie als geldsuchende „Krisotratin“ — das war sie auch als Geliebte v. Puttkamer und v. Schüttes vom Scheitel bis zur Sohle — 21 mal ihre Wohnungseinrichtung verpfändete, Offenbarungseide ohne Zahl leistete, notarielle Urkunden aufnehmen ließ und all und jedem von der großen Erbschaft erzählte. Glaube Frau v. Gernar an die Erbschaft? O, sie hatte zu lange in der Hoffnung geschwelgt, daß der 14 Millionen reiche Schütte sie doch noch nach seinem Tode mit Gold überschütten würde, um diesen Gedanken aufzugeben, und glaubte sie nicht mehr daran, sie verstand es, die anderen schon allein deshalb glauben zu machen, weil sie selbst zu lange daran geglaubt hatte. Sie, die Pischopatin, die pathologische Lügnerin, sie, die vornehme Dame, die nie zu Fuß ging, nur immer Auto fuhr, nur in den teuersten Lokalen verkehrte, die nur ihre Reize zu spielen lassen brauchte, um spielende Männer um ihren kleinen Finger zu wickeln, sie, die nie gearbeitet hatte — sollte nun, wo sie zu altern begann, auf ihre ihr lieb gewordenen Wohnheiten verzichten, eventuell ein Familienpensionat eröffnen. Frau v. Gernar ist bestimmt eine fröhliche Person — sie ist aber eine gefährliche Betrügerin. Man hat ihr die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen — was nützen die ihr auch. In der Geschichte der Kriminalistik wird sie aber einen um so ehrenvolleren Platz einnehmen neben der Pariser Hochstaplerin Theres Humbert, die jahrelang mit ihrer 110-Millionen-Erbschaft die Leute naschelte, neben der Wälderin Adele Spielfeder, die durch Inkerate den kleinen Leuten ihr Geld herausstolste, und neben anderen mehr. Dr. Wiener, der frühere Assessor, dann Regierungsrat am Patentamt und schließlich Rechtsanwalt, hat seine Karriere bereits nach dem Ehrengerichtsurteil als beendet betrachten müssen. Er hat die Würde seines Standes ebenso schlimm verwaltet wie das Gut seiner Mandanten. In Gegenwart der Frau v. Gernar, auf deren Geld er während seiner „Wittermoos“ in Monte Carlo gespielt hatte, verpielte er die 12 000 M., die er am selben Tage von seinem eben erst verheirateten Klienten zur Liebergabe an dessen Ehefrau erhalten hatte. Er hat auch sonst seine Mandanten hintergangen. War es ein Zufall, daß dieser Mann und diese Frau sich verbunden hatten, und daß sie beide nun das gleiche Schicksal ereilt hat? Dr. Wiener hat bis zur Hauptverhandlung für die Frau v. Gernar gesorgt. Er ist von all ihren Freunden der treueste gewesen. Er behauptet, sie habe ihm zu viel Geld gestiftet, noch mehr wird ihm aber seine Spielbeidenchaft gestiftet haben. Dr. Wiener wird als Rechtsanwalt schwerer am Unrecht zu leiden haben, das er sich selbst angetan hat, als Frau v. Gernar am Unrecht, das ihr die „Männer“ getan haben. Das Ganze bildet aber einen bemerkenswerten Querschnitt aus der Sittengeschichte der Zeit.

Der Totschlag in der Mariannenstraße aufgeklärt.

Den bestialischen Totschlag, der, wie mitgeteilt, in der Nacht zum Mittwoch in der Mariannenstraße verübt wurde, hat die Kriminalpolizei aufgeklärt. Das Opfer wurde als ein 40 Jahre alter Dreher Max Binding aus der Hohenheide festgestellt. Zwei der Mörder, ein Walter Kaul und ein gewisser Jygiariski, wurden von der Kriminalpolizei ermittelt und fest-

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 5. Juli.

Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Egon Jacobsohn: „Wasche, Schlipse, Strümpfe und Schuhe“. 9—10 Uhr abends: Zweites Konzert des Mandolinenkubs „Con passione“. Dirigent: Heinrich Ernotte. 1. Einzug der Gladiatoren, Triumphmarsch, von J. Fucik. 2. Ouverture zu der Oper „Der Kalif von Bagdad“, von Boieldieu. 3. Brautchor aus der Oper „Lohengrin“, von R. Wagner. 4. Dorneröschens Brautfahrt, Charakterstück, von M. Rhoda. 5. Poranek, Walzer-Intermezzo, von Lindsay-Theimer. 6. Fantasia aus der Operette „Der Vogelhändler“, von Zeller. 7. Mein Traum, Walzer, von E. Waldteufel. 8. Lindenmarsch, aus „Drunter und drüber“, von W. Kollo. 10.05 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitsangabe, Wetterdienst, Sportnachrichten. 10.15 bis 11.30 Uhr abends: Tanzmusik, ausgeführt von der Tanzkapelle Formigini.

genommen. Wie ihr Verhör und Zeugenernehmung ergaben, M Binding das Opfer einer Personenerweichung geworden. In einer Schankwirtschaft in der Stolger Straße war eine Spitzhake gestohlen worden. Kaul, Jygiariski und ein dritter Mann hielten nun Binding, als er die Mariannenstraße entlang kam, irrtümlich für den Dieb, fielen über ihn her, schlugen ihn zu Boden und mißhandelten ihn unmenslich mit Säuren und Stiefelabfällen. Zu guter Letzt hob einer der drei, wahrscheinlich Kaul, den Unglücklichen, der bereits mehrmals gemacht war, achtmal vom Boden empor, so hoch er nur konnte, und schleuderte ihn jedesmal mit großer Wucht auf das Pflaster nieder. So erhielt Binding die schweren Verletzungen, die zu seinem Tode führten. Der dritte Beteiligte, der von der Kriminalpolizei eifrig gesucht wird, soll ein Russe sein. Mitteilungen zu seiner Ergreifung an Kriminalkommissar Dräger im Zimmer 19a des Polizeipräsidiums.

Ein Park im Nordwesten.

Der Berliner Magistrat bemüht sich, die Parkanlagen der Stadt zu mehren. Dabei ist es nicht immer nötig, ganz neues zu schaffen. Es gibt in Berlin auch heute noch große Privatparks, die bei sich bietender Gelegenheit durch Ankauf für die Stadt erhalten werden können. Sehr viel Parkland ist freilich den Berlinern unwillkürlich verloren gegangen, weil frühere Jahrzehnte die Pflicht veräußerten, diese Schätze für die Gesamtheit zu sichern. Was damals in unbegreiflicher Gleichgültigkeit geschehen wurde, muß jetzt nach Möglichkeit wieder gutgemacht werden. Der Magistrat will das hinter Westend, an der Chaussee nach Spandau liegende Schloß Ruhwalsch antaufen, zu dem ein großer Park gehört. Die Gartenanlagen hat man in letzter Zeit etwas vernachlässigt, aber der alte Baumbestand ist gut. Für 184 500 M. will der jetzige Eigentümer das 6¼ Hektar große Parkgrundstück samt Schloß und Nebengebäuden abgeben. Den Park hat der Magistrat zu einer öffentlichen Erholungsstätte aussersehen.

Die fehlende „Wästenbahn“.

Man schreibt uns: Nachdem die Straßenbahn die Installationszeit glücklich überstanden hat, könnte sie endlich wieder daran denken, daß früher auch eine Straßenbahn, die sogenannte „Wästenbahn“, zwischen Schöneberg, Tempelhof und Neukölln verkehrte. Heute ist es so, daß alle Fahrgäste, die in Schöneberg oder umgekehrt in Neukölln, Britz, Rudow wohnen, immer erst über das Hallesche Tor an ihr Ziel gelangen. Sie müssen also einen großen Umweg machen, was erstens die immer voll besetzten, meist überfüllten Wagen nach Neukölln außerordentlich belastet und zweitens natürlich mehr Zeit erfordert. Ganz besonders schlimm ist es für diejenigen, die auf der Gemarkung zwischen Tempelhof und Neukölln ihre Arbeitsstätte haben. Sie sind gezwungen, obwohl sie den Umfahrgeschwindigkeiten in der Länge haben, die Strecke zu Fuß zurückzulegen. Die Straßenbahngesellschaft wird zwar einwenden, daß sich diese Strecke nicht rentiert, aber das darf doch kein Grund sein, diese Linie ganz einzuziehen. In den Außenbezirken wird die Straßenbahn immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ich möchte daher den Vorschlag machen, die Linie wenigstens in den verkehrsreichsten Stunden einzusetzen, vielleicht von Schöneberg aus über Tempelhof bis Bahnhof Neukölln. Dazu genügt vorläufig vielleicht ein Einmannwagen. Damit wäre, da es sich doch immerhin um drei bedeutende Ortsteile handelt, ein Ausweg gefunden und die berechtigten Klagen aller derer, die gerade in jenem „Winkel“ wohnen und arbeiten, würden endlich verstummen.

Schlichtungskammer-Ferien.

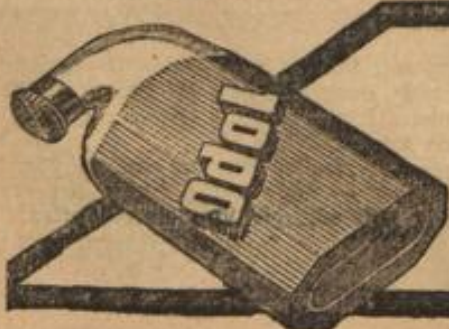
Schon seit über zwei Monaten arbeiten die den Mieteinigungsämtern angegliederten und nur zur Entscheidung in Streitfragen über laufende Instandsetzungsvorarbeiten bestimmten Schlichtungskammern in Groß-Berlin nicht mehr. Der Magistrat hatte erklärt, daß die neue Amtsstelle für derartige Entscheidungen noch bekanntgegeben werden sollte. Das ist aber bisher nicht geschehen. Infolgedessen haben sich die von Mietern gestellten Anträge, bestimmte laufende Instandsetzungen für notwendig zu erklären, bereits zu Hunderten bei den Mieteinigungsämtern angehäuft. Während man also am grünen Tisch über die angelegentlichste neue Regelung nicht einig werden kann, müssen die Mieter monatelang auf Entscheidung warten, was den weiteren baulichen Verfall von Wohnhäusern begünstigt. Es wäre doch das Einfachste gewesen, die Arbeiten der Schlichtungskammer wenigstens vorläufig durch die Mieteinigungsämter, die neuerdings nicht viel zu tun haben, miterledigen zu lassen, schon damit nicht der läbliche Eindruck entsteht, als ob man die so wichtigen Mieterrechte bei der Verwendung der laufenden Instandsetzungsgelder zurückstellen will.

Erweiterung der städtischen Fleischgroßmarkthalle?

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der für den im „Bornmärts“ bereits besprochenen Neubau einer städtischen Fleischgroßmarkthalle an der Borsdorfer Allee 1 Million Mark beantragt. Darüber hinaus schlägt er der Stadtverordnetenversammlung ein sehr umfassendes Projekt für die industrielle Erschließung des zwischen der Borsdorfer Allee und der Kniprodstraße gelegenen städtischen Geländes. Mit der Firma Karl v. Busch u. Co., einer der Hauptkontrahenten des Konsortiums, das die städtischen Höfen für 50 Jahre in Pacht genommen hat, soll ein Erbbau- und Pachtvertrag auf 60 Jahre abgeschlossen werden. Die Firma soll dadurch das Recht erhalten, im unmittelbaren Anschluß an die neu zu errichtende Fleischgroßmarkthalle nicht nur ein großes Kühl- und Gefrierhaus zu errichten, sondern auch andere industrielle Anlagen zu schaffen, die man als eine großzügige im amerikanischen Stil angelegte Schlachthof- und Viehoermertungsanlage bezeichnen kann. Die Ansichten in Stadtverordnetenkreisen über das Projekt gehen außerordentlich auseinander. So wertvoll es sein würde, wenn das zurzeit brachliegende Gelände industriell verwertet werden könnte, so besteht doch auf der anderen Seite die Gefahr einer Monopolisierung des Berliner Fleischimpors. Diese Gefahr wird bedeutend erhöht, wenn eine Privatfirma im unmittelbaren Anschluß an die städtische Fleischgroßmarkthalle in der Lage ist, ein Riesentüchthaus, dessen Kosten auf etwa 5 Millionen Mark geschätzt werden, zu errichten. Jedenfalls wird das Projekt in einem städtischen Ausschuss eingehend durchberaten werden müssen und insoweit taum vor den Ferien, die bereits am 7. Juli beginnen, verabschiedet werden können.

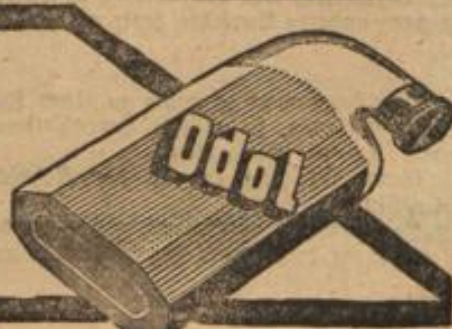
Einrichtung von Freiluftkindergärten.

Auf ärztliche Anregung wird das Jugendamt Brenz-lauer Berg gemeinsam mit dem Verein Kinderheim Brenz-lauer Berg e. V. mit Unterstützung des Komitees „Kinderhölle“ Mitte Juli d. J. eine Reihe von Freiluftkindergärten auf den Freizeitanlagen des Bezirksamtes errichten, in denen Kinder im Alter von 4 bis 8 Jahren unter geschulter Leitung mit Spielen und gymnastischen Übungen beschäftigt werden sollen. Besonders ist hierbei an die Kinder gedacht, die keine Sommerreise genießen und nicht in die Umgegend hinausfahren können. Die Beteiligung an den Kurien ist unentgeltlich, doch verpflichtet die An-



Ein englischer Zahnarzt schreibt: „Odol ist bemerkenswert wirksam, besonders bei Entfernung schlechter Gerüche oder üblen Geschmacks aus dem Munde. Es ist in jeder Hinsicht allen anderen dem Publikum vorgeschriebenen Mundwässern weit vorzuziehen.“ — Hinzu kommt, daß Odol sehr sparsam ist, denn wenige Tropfen auf ein Glas warmes Wasser genügen, um den Mund auf erfrischende Weise zu desinfizieren.

*) Aus H. W. Triek, L. D. S., London „Dublin Journal of Medical Science“



meldung zur regelmäßigen Teilnahme. Die Spiele werden bei ungünstigem Wetter in geeigneten Jugendheimen oder Horträumen stattfinden. Die Anmeldungen für die Kindergärten sind möglichst bald an das Bezirksjugendamt Braunsauer Berg, Danziger Str. 64, Zimmer 120, Abteilung Kindergärten, zu richten.

Ein Handlanger des Friedens.

Der Brief eines französischen Arbeiters.

Immer wieder versuchen die deutschen Reaktionen die sich habnuchende internationale Verständigung als lächerlich hinzustellen. Daß die Welt nicht ganz so rückschrittlich denkt wie diese Schwachköpfe, hat bereits der Fall des Rennfahrers Karl Wittig bewiesen, der als erster deutscher Rennfahrer nach dem Kriege in Frankreich startete. Bei seinen Rennen auf der Pariser Buffalobahn brachten die französischen Sportler dem Deutschen starke Sympathien entgegen. Jeder wußte, daß der gezollte Beifall nicht nur Wittig, sondern auch wohl in erster Linie Deutschland galt. Am Schluß des Rennens erhielt Wittig einen Blumenstrauß, den er, wie wir damals mitteilten, am Denkmal der gefallenen französischen Rennfahrer niederlegte. Diese aufrichtige und kluge Handlung des Fahrers paßte natürlich einer gewissen französischen Hegepresse nicht und sie versuchte, die Handlungswiese Wittigs als eine „Geste“ hinzustellen. Wittig ließ diese Blätter ausgeben und gab am 30. März im „Echo du Sport“ eine Aufklärung über seine „Geste“, die wir aus dem Grunde hier folgen lassen, weil sie für uns sehr interessante Momente aufweist. Wittigs Erklärung lautet: „Es hat mich sehr geschmerzt, erfahren zu müssen, daß Franzosen auch nur einen Augenblick an meiner inneren Aufrichtigkeit zweifeln konnten, als ich den Blumenstrauß, den man mir am letzten Sonntag nach dem Rennen überreichte, am Denkmal der gefallenen Rennfahrer auf der Buffalobahn niederlegte. Ich erkläre hiermit, daß ich niemals eine Handlung oder Geste beging, welche nicht durch absolute Ueberzeugung hervorgerufen wurde. Ich habe als Pazifist gehandelt und hätte mein Haupt erblüht in Gedanken an die gefallenen Rennfahrer, die ich persönlich gekannt hatte. Alle diejenigen, welche in Deutschland normal denken — und dies ist die größte Mehrheit — werden meine Geste gutheißen! Als überzeugter Pazifist hatte ich die durch den Krieg hervorgerufenen Massakerierungen und wende stets mit tiefstem Mitleid mein Haupt vor den Menschen erblüht, die den Schlichterleiden zum Opfer gefallen sind, gleich welcher Nation sie angehören.“

Schon am Tage darauf erhielt Wittig oben erwähnten Brief eines ungelerten Arbeiters, der nach freier Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

Paris, den 30. März 1924.

Mein Herr!

Ich habe die Erklärung des Rennfahrers Wittig über sein Verhalten gelesen. Von dem Sie erfüllenden Geist der Friedensliebe war ich sehr gerührt. Mit diesem Brief will ich Sie zu den aufrichtigen Worten, die Sie gegen den Krieg gesprochen haben, beglückwünschen.

Mein Herr, mir geht es wie Ihnen. Betreue ich einen Frieden und sehe ich die Gräber von gefallenen Soldaten, von Franzosen und Deutschen, so denke ich nicht: Diesen hier ist recht geschieden und die anderen sind zu bedauern. Ich denke nur: Da ruht eine schöne Jugend, das Opfer eines Weltwahnsinns. Mein Herr, ich kenne Ihre religiösen Anschauungen nicht. Ich bin Protestant, doch ich bin stolz, sagen zu können, daß ich nie Priestern geglaubt habe, die sagten: Gott ist mit unseren Heeren. Gott ist mit denen, die den Krieg haßen. Mein Herr, ich war in dem Bestimmen. Aber es war mir eine Freude, mich stets nach Möglichkeit wie ein anständiger Mensch zu benehmen. Wo ich einem Bewundeten helfen konnte, sei es einem Franzosen oder einem Deutschen, habe ich es herzlich gern getan. Und das hat mir mehr Freude gemacht, als einen Bewehrschuß auf einen Menschen abzugeben. Ich habe keine Feinde und will auch keine haben.

Ich beglückwünsche Sie schließlich noch zu dem mutigen Rennen, das Sie am Sonntag machten. Ich bin nur ein Handlanger und muß auf 5. Francs leben. Aber ich habe sie gern dem „Buffalo“ gegeben, um die Freude zu haben, Ihren großen Erfolg zu sehen.

Ich habe eine kleine Tochter von sechs Jahren. Ich erziehe sie im Haß gegen den Krieg, darum sendet sie Ihnen ihre zärtlichsten Küsse. Wenn ich nicht Ihre Güte hiermit mißbrauche, möchte ich Sie um ein Postkarte mit Ihrer Unterschrift bitten.

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Rückkehr. Empfangen Sie von Ihrem Verehrer den Ausdruck höchster Achtung.
E. D., Billeneuve-la-Baronne.

Ob die deutsche reaktionäre Hegepresse sich wohl bemüht fühlen wird, diesen klugen und feinfühligsten Brief zum Abdruck zu bringen?

Ein Einbrecherquartett.

Vier gefährliche Einbrecher wurden von der Kriminalpolizei auf frischer Tat ertappt und unschädlich gemacht. Die Beamten sahen aus der Ferne, wie die Bande dabei war, an dem Zigarrengeschäft von Krüger u. Oberbet an der Ecke der Prinzen- und Dresdener Straße das Schloßgitter abzubrechen. Als sie sich ihr näherten, gab ein Auspostler den Einbrechern ein Zeichen. Trotzdem gelang es ihnen, zwei auf der Stelle zu fassen. Während

ein Beamter diese festhielt, verfolgten die beiden anderen die Einbrecher, die in die Dresdener Straße hinein entflohen. Es gelang ihnen auch, diese beiden zu ergreifen, nachdem der eine vergeblich versucht hatte, von seiner bereits entzündeten Pistole Gebrauch zu machen. Die Waffe und sehr gutes Einbruchswerkzeug wurde den Verhafteten abgenommen, ebenso eine Aktentasche und vier große Säcke, die sie zum Beschaffen der Beute mitgebracht hatten. Während des Verhörs auf der Wache versuchte einer der Festgenommenen, sich heimlich an die auf dem Tische liegende Aktentasche heranzumachen und hatte sie bereits ergriffen, als man sein Beginnen wahrnahm. In der Tasche fand man jetzt eine zweite mit 6 Patronen geladene Pistole, deren sich der Einbrecher zu bemächtigen versucht hatte. Die Erpöckten wurden festgestellt als ein 27 Jahre alter Arbeiter Viktor Czschowicz, dessen 24 Jahre alter Bruder Anton und die Arbeiter Paul Kufferow und Fröh Pöster.

Milchpreise. Für den Bezirk der Stadt Berlin betragen die Preise für Vollmilch bei Abgabe der Milch vom Kleinhändler an den Verbraucher 29 Goldpfennige, bei Abgabe der Milch aus Kuhställen an den Verbraucher 32 Goldpfennige; für Magermilch 9 Goldpfennige. Die A-Milchsorten werden mit $\frac{1}{4}$ Liter, die B-Milchsorten sowie die Karren für werdende Mütter (C-Karten) mit $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch beliefert.

Paketverkehr mit dem besetzten Gebiet. Die fremden Poststellen im besetzten Gebiet beschlagnahmten zahlreiche Pakete mit zukaufsgenehmigungspflichtigen Waren aus dem unbesetzten Deutschland, namentlich nach Orien des Oberpostdirektionsbezirks Köln, weil die Zulassungsbekanntmachung vom Abnehmer nicht beschriftet und beigefügt ist. Die Pakete werden nur gegen Zahlung einer hohen Zollstrafe, die neben dem Eingangszoll entrichtet werden muß, herausgegeben. Außerdem wird von den nicht am Zollort wohnenden Paketempfängern verlangt, daß sie zur Einföhrung der Pakete persönlich bei der Poststelle erscheinen. Die Schädigungen und Belästigungen lassen sich vermeiden, wenn die Paketversender die Zollvorschriften beachten.

Rekordleistung im deutsch-russischen Luftverkehr. Die „Derulust“ (Deutsch-Russische Luftverkehrs-Gesellschaft) hat bis zum heutigen Tage auf der von ihr betriebenen Luftverkehrsstrecke Königsberg-Moskau 500 000 Flugkilometer zurückgelegt. Diese Leistung auf der 1200 Kilometer langen Strecke, welche die größten Anforderungen in technischer und verkehrsmäßiger Beziehung stellt, ist besonders bemerkenswert, da in der ganzen Zeit keinerlei Unfälle und Beschädigungen von Passagieren und Gütern zu verzeichnen waren. Ein ständiger Passagier der „Derulust“ hat zugleich die Strecke Königsberg-Moskau zum 50. Male bestiegen und damit 60 000 Kilometer auf dem Luftwege zurückgelegt, was wohl einen Weltrekord darstellen dürfte.

Einem Radio-Abendkurs für Optiker und Phototechniker, den letzten in diesem Sommer, veranstaltet Ingenieur Otto Stoffel an der „Deutschen Schule für Optik und Phototechnik zu Berlin“ in der Woche vom 21. bis 26. Juli, abends 7 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr (sechs Doppelstunden). Anfragen und Anmeldungen sind umgehend an die Geschäftsstelle, der genannten Schule, Berlin D. 17, Langestr. 31, zu richten.

Bisher 15 Opfer des Massenmörders Haarman.

Die Zahl der Opfer des Massenmörders Haarman in Hannover hat sich dadurch auf 15 erhöht, daß Angehörige die bei Haarman gefundenen Kleidungsstücke als die der Ermordeten erkannten. Der mit Haarman festgenommene 23jährige Hans Grone wurde inzwischen überführt, dem Haarman, mit dem er längere Zeit zusammenwohnte, wiederholt Opfer zugeführt zu haben.

Der Nordpolflug.

Rom, 4. Juli. (A.) (Eigener Funkspruch.) Die Italiener in Nordamerika haben dem Kommissariat für die Luftschiffahrt Italiens das Angebot gemacht, die Kosten des Fluges zum Nordpol bis zur Höhe von 2 Millionen Lire zu übernehmen. Anzunehmen, der aus Mangel an Geldmitteln auf seine Pläne verzichten mußte, wird an diesem Fluge ebenfalls teilnehmen. Eines der Flugzeuge, das zur Ueberfliegung des Nordpols bestimmt ist, ist mit einer Besatzung von fünf Mann unter Führung des Abgeordneten Locatelli auf dem Flugplatz in Rom eingetroffen.

Massensterben der Raupen in Ostdeutschland. Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums hat in den ostdeutschen Wäldern, die schwer von der Raupenplage betroffen sind, ein Massensterben der Raupen begonnen. Die toten Raupen bedecken den Waldboden stellenweise bis zu der Höhe eines halben Meeters. Es besteht die Hoffnung, daß ein großer Teil der Wälder noch gerettet werden kann.

Aus der Partei.

Kommunale Blätter für Groß-Berlin.

Unter diesem Titel gibt der Bezirksverband Berlin seit dem 1. Juli d. J. eine Beilage zu dem Mitteilungsblatt für die Parteifunktionäre heraus. Die „Kommunalen Blätter für Groß-Berlin“, die monatlich erscheinen, können auch durch die Post bezogen werden. (Preis monatlich 10 Pf.) Die Blätter sollen ausschließlich der kommunalen Arbeit der Sozialdemokratischen Partei

in Berlin gewidmet sein. Namentlich die Funktionäre unserer Partei, die in Berlin als Stadt- und Bezirksverordnete, als Bürgerdeputierte oder in sonstigen Ehrenämtern für die Gemeinde tätig sind, werden auf diese Blätter ganz besonders verwiesen. Bezirksverordnete können sie bei ihrem Abteilungsleiter jedesmal zu Anfang des Monats erhalten. Die freien erschienenen Nummer 2 enthält Artikel von Ernst Reuter: „Gegen den Bürgerblat“, Karl Leid: „Berlin ohne Spandau“, Otto Kibrecht: „Kleingartenbewegung und Sozialdemokratie“, Georg Wendt: „Die Kleingartenbewegung in Groß-Berlin“, Dr. Ing. W. Marczyk: „Neuregelung der Wasserversorgung“, Ernst Reuter: „Eine gute Bilanz“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gemeinschaft sozialistischer Arbeiter, Bezirk Groß-Berlin. Funktionärsversammlung am Dienstag, den 4. Juli, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Salskinder-Gymnasium, SW, Galleische Str. 28 (am Salskinder-Bahnhof). — **Wkt. Statistik.** Der Wkt. findet statt am 1. Sonntag im Juli, sondern am Sonntag, den 4. Juli, im Oranienbaum mit Vortrag, den 10. Juli, Mitgliederversammlung im Oranienbaum mit Vortrag, alle willkommen. **Schwerstein** der Stadt- und Kreisräte, Ortsgruppe Schöneberg, veranstaltet die 2. öffentliche Versammlung am Dienstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 31, Vortrag des Herrnhuter, Frau Dr. Braubach. Eintritt frei. Alle Kreisräte sind herzlich willkommen. **Sundheimatverein** Oberhausen E. B. — **Beitraggruppe Charlottenburg,** veranstaltet am Sonntag, den 6. Juli, die 4. Jubiläumsgedenkstunde auf dem Spandauer Hofplatz. Einlaß in den Garten von 2 $\frac{1}{2}$ Uhr ab. Beginn der Feier um 4 Uhr. Nach der Feier großes Konzert, Kaffeestunde, Kinder- und Volkstänze, Feuerwerk und Tanz. Eintrittspreis 0,50 Mk.

Sport.

Schauflüge anlässlich des Stadlounens 1924. Bei den am Sonntag, den 6. Juli, auf dem Stadion stattfindenden Rad-, Motor-, und Automobilrennen werden durch Anzeiger der Firmen Stahlwerk Karl u. Dietrich Geobiet Glei- und Sturzflüge über dem Stadion durchgeführt.

Die Radrennen auf der Trabrennbahn Mariendorf abgefragt. Die auf der Trabrennbahn Mariendorf geplanten Radrennen können am Sonntag nicht stattfinden, da die Bahn infolge der letzten Zeit nicht in jobrbaren Zustand berichtigt werden kann. Voraussichtlich finden im Laufe der Woche 2 Radrennen statt.

Renner zu Ruhleben am Freitag, den 4. Juli.

1. Rennen. 1. Della (Hartfeld), 2. Auler (Hilb, Freundt), 3. Federwelle (H. Schmidt). Toto: 39 : 10. Wagh: 16, 20, 27 : 10. Ferner liefen: Diana VII, Glärdchen III, Pontelina, Freiheit, M. V., True Rog, Albenz.
2. Rennen. 1. Corbanopal (H. Rosal), 2. Herlester (H. Schulz), 3. Primus (H. Ringel). Toto: 128 : 10. Wagh: 24, 34, 43 : 10. Ferner liefen: Meister S., Lindewürstlin I., Audora, Triumph, Kammerlanger, Cirano, Bekkumms, Kadeit, Hille, Harne, Dünzler.
3. Rennen. 1. Manzanares (Wolffmann), 2. Raller (Hm. Schleisner), 3. Prinzess Via (Hilb, Freundt). Toto: 45 : 10. Wagh: 24, 18, 51 : 10. Ferner liefen: Peter Harvester, Ludwig R., Siegleit, Corona Re. Kinch, Winko, Rosa Forbes.
4. Rennen. 1. Jufal (Dr. Bremer), 2. Raachhaller (Dr. Biener), 3. Prinz Rudolf (H. Rehl). Toto: 25 : 10. Wagh: 15, 48, 33 : 10. Ferner liefen: Rump, Schneemolke, Rieger, Walfingin I., Walfisch, Fred Willes Jr., Rump, Flora Singen, Atavia, Gartenfels, Barometer, Rebel, Gudrun II.
5. Rennen. 1. Kranzstein (H. Ringel), 2. Ostermagda (G. Weidmüller), 3. Adler (H. Gerson). Toto: 172 : 10. Wagh: 38, 41, 37 : 10. Ferner liefen: Cobra, Uberglaube, Johannistäger, Koranna, Wähen, Garry B.
6. Rennen. 1. King Waid (G. Treubner), 2. Edith Worth (G. Schwärz), 3. Paul B. (Hilb, Freundt). Toto: 15 : 10. Wagh: 16, 15, 19 : 10. Ferner liefen: Manfred, Brabham, Leon, Kollingbrunn.
7. Rennen. 1. Jora (Wolffmann), 2. Raachhaller (G. Treubner), 3. Drella Anvil (H. Ringel). Toto: 14 : 10. Wagh: 11, 20, 13 : 10. Ferner liefen: Diagonale, Delos, Blumle, Wägh II.
8. Rennen. 1. Sinori (Hilb, Freundt), 2. Copal (H. Schmidt), 3. Herlester (H. Wolmann). Toto: 39 : 10. Wagh: 14, 14, 20 : 10. Ferner liefen: Coriolanus, Weimünze, Alexander S., Lu, Voyerberg, Dedung, Angora, Simene.
9. Rennen. 1. Prinz Adell (H. Decker), 2. Margot I (Gm. Schleisner), 3. Hartlein (H. Ringel). Toto: 45 : 10. Wagh: 21, 51, 24 : 10. Ferner liefen: Germania B., Quatije, Jürk, Barde, Edith, Geldebring I.

Wetter für Berlin und weitere Umgegend. Weilt härter bewölkt mit einzelnen Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Temperaturen im ganzen wenig verändert.

Für Deutschland. In der nordwestlichen Hälfte Deutschlands zahlreiche, im Südosten vereinzelte Regenschauer; überall noch ziemlich warm.

Die Finanzkassen im Bezirk des Landesbankamts Groß-Berlin sind von jetzt ab an allen Wochentagen mit Ausnahme des letzten Wochtags eines jeden Monats in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.

Wenn Sie wüßten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut

durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumzergern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzing sofort schmerzlindernd. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzing!

„Die Welt wird schöner mit jedem Tack...“

Er reist

Er wandert

- Saison-Ausverkaufspreise**
- Weiß Leinen-Halbschuh, hochmoderne Ausführung Räumungspreis 240
 - Hochfeiner Damen-Spangenschuh, festsche Form mit moderner Schiebesschnalle 750
 - Brauner Damen-Spangenschuh, echt Chevreau, mit Schiebesschnalle, vornehmter Reiseschuh 890
 - Eleganter Herren-Stiefel und Halbschuh, echt Rindbox und R-Chevreau . . . 9.80, 8.90

Er wandert

Saison-Ausverkaufspreise

- Kräftige Rindleder-Sandalen, durchgenäht und randgenäht, in allen Größen von 260 an
- Turnschuhe aus kräftigem Segeltuch, mit guter Ledersohle, bewährte Sportschuhe, sehr billig von 220 an
- Braune Kindersiefel, echt Boxkalf, gediegene Ausführung, spottbillig Gr. 20/22 390
- Braune Haferlschuhe für Kinder echt Rindbox, beste Qualitätsware in Gr. 23 bis 35 . Gr. 23/24 490

Schuhfabrik Tack & Co AG Burg b. Magdabg

Touristenstiefel und Haferlschuhe für Damen und Herren in sportgerechter Ausführung Große Auswahl Nur Spezialfabrikate ersten Ranges

- SW, Friedrichstraße 240/41
- NW, Beusselstraße 29
- N, Brunnenstraße 37
- SO, Oranienstraße 2a
- C, Rosenthaler Straße 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- W, Potsdamer Straße 50
- NW, Turmstraße 41
- N, Danziger Straße 1
- O, Andreasstraße 50
- SO, Wrangelstraße 49
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23
- W, Schillstraße 16
- NW, Wilsnacker Straße 22
- N, Friedrighstraße 130
- O, Frankfurter Allee 22
- C, Spittelmarkt 15
- Brandenburger Straße 54

Damen-Handschuhe
Leinen, imitiert, 2 Druckknöpfe
58 Pz.

Damen-Handschuhe
echt Schwedenleder, 2 Druckkn.
175

Herren-Handschuhe
Leinen, imitiert, 2 Druckknöpfe
85 Pz.

BEGINN 1. JULI

SAISON

AUSVERKAUF

Ein großer Posten halbfedenes
Ripsband
in Schwarz, Braun und Marine
ca. 9 cm 11 cm 15 cm
30,45,60 Pz.

Ein Posten Davos
Rappen
165 290

Ein Posten **Sport- und Oberhemden**
in Zephir, Panama und Perkal
385 550
Serie I Serie II

Verkauf soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in bekannt guten Qualitäten

Ein Posten **Herren-Schlafanzüge**
975 1150
Serie I Serie II

3 Serien Herren-Bekleidung zu wesentlich ermässigten Preisen

SERIE I	Jetzt	SERIE II	Jetzt	SERIE III	Jetzt
Anzüge, Ulster Regenmäntel Gummimäntel	28⁰⁰	Anzüge aus gemusterten Cheviotstoffen Ulster halbschwer, darunter auch Winterulster Regenmäntel imprägiert a. baumwoll. Covercoat u. La Strickloden	48⁰⁰	Sakko-Anzüge aus guten Cheviot- und Kammgarnstoffen Mäntel aus englisch gemusterten und Gabardinestoffen	68⁰⁰

Ein grosser Posten **Herren-Schnürstiefel**
(schwarz) Rahmenarbeit, bequeme Form, gutes Fabrikat, mit Doppelsohle...
950 Jetzt Paar

Große Posten **Herren-Filzhüte** **375**

HERMANN

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee

Ein Posten **Damen-Leder-Hausschuhe**
braun, mit guter Ledersohle, in den Grössen 36-42...
390 Jetzt Paar

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus am Königplatz
Täglich 7 1/2 Uhr:
Polenblut

Deutsch. Theater
Sommerpielzeit
Dirigiert: Hans und Gertraud
Tägl. 8 Uhr:
Maximalbetru. Max Lande

Clubtheater
Kammerspiele
Sommerpielzeit
Dirigiert: Hans und Gertraud
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Die Freundin seiner Exzellenz

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Der Vogelhändler

Kleines Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Anatol

Romische Oper
Dir.: James Klein
Die **tanzende Prinzessin**
von Walter Kollo
Letzter Monat
Parkett 1,50-5 M.

Große Volksoper
im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Fra Diavolo**
(Sommerpreise)

Rennen zu Hoppegarten
Sonnabend, den 5. Juli
nachm. 3 Uhr

8 U.: Trianon-Th. Sommer-Dir. R. Pirck
Ein Schwank
der Liebe
Olga Limburg

Rose-Theater
8 U.: Die blonde Mädels vom Lindenhol
Gartenbühne 7 1/2 U.:
Durch Dick u. Dünn

WINTERSPIEL
Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Theater a. Kottbus-Tor
Täglich 8 Uhr:
Elle-Sänger
Großartiges Jull-Programm u. a. a.
Die Lieblingssub des Maharadscha!

Futter-
stoffe, Poulardine, sowie Vorrat **2,90 M.**
Damas, Halbseiden elegant, Dessins bedeut. unt. Preis
Haarpuder
Schöneberg, Goltzstr. 2
a. d. Grunewaldstr.

Quittungs-Marken
seit 40 Jahren bewährt
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdörfer
Holenhaier Str. 50

Strauerpenden
jeder Wert
hilft prämiert
Paul Golletz,
normaler Fabrik-Nr.
Mariannenstr. 3,
10500 L. 10500 L.

10 Ferien-Reisen umsonst!

2tes Preisauschreiben der „Frauenwelt“

In Heft 10 der „Frauenwelt“. Diese Woche neu!
Fordern Sie die „Frauenwelt“ bei Ihrem Zeitungsboten oder in der Buchhandlung

LUNAPARK

3 Motorrad-Tage
Am Sonnabend, Sonntag, Montag werden
12 Motorräder
(Fabrikat EDW, Erich Büscher, Wilmersdorf)
1 PS, zweisitzig
verschenkt.
Ausgabe am Montag, 7. Juli, abends 11 Uhr.

Sonnabend: Feuerwerk / Militärkonzert
Voller Betrieb auf allen Attraktionen.
Eintritt **75 Pfennig**

Das am Donnerstag, den 3. Juli
verschenkte Ego-Auto
soll auf Eintrittskarte Nr. 16 499
Empfänger: R. S. Chali, Lutherstr. 28,
dem der Wagen so-ort überreicht wurde

Graue Haare
erhalten ursprüngliche Farbe u. natürl. Jugendglanz durch uns.
Haarfarbewiederhersteller „Youpla“
Pl. M. 378
Überall erhältlich
Nur eine Flüssigkeit. Frei von allen schädlichen Bestandteilen
Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik Berlin W. 37

ABTEI TREPTOW

verschenkt
auf die an nachstehenden Tagen gelösten Eintrittskarten:
Mittwoch, 2. Juli, Donnerstag, 3. Juli
Sonnabend, 5. Juli, Sonntag, 6. Juli

1 Segelboot, 6 1/2 Meter
5 Paddelboote mit Segel

Die Ausgabe der Geschenke erfolgt:
Sonntag, 6. Juli 1924, abends 10 Uhr

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.
Hecht Lehtwaren-Produktion
Zigaretten, Zigarren, Tabak billig
Lindenstr. 81

Vergnügungspark **ULAP** am Lehrter Bahnhof
verschenkt
vom 5. bis 15. Juli
20 Geschenke 20
1 fabrikneues Alfi-4-Sitz-Phaeton m. Limousine-Aufst.
1 S.-B.-Automobil (Klein-Kraftwagen)
Eine elegante 3-Zimmer-Einrichtung 1 Embley
Speisezimmer, Schlafzimm., Küche 1 Möbelfabrik
1 Standuhr, 1 Salontisch, 2 Sprechmaschinen
10 Fahrräder
Jeder Inhaber einer Eintrittskarte vom 5.-14. Juli hat Aussicht, bei der Feststellung am 14. Juli eines dieser Geschenke zu erhalten

Heute: 1. Geschenktage
Konzert / Feuerwerk
Sämtliche Spezialitäten und Attraktionen
Beginn 4 Uhr — Eintritt 75 Pf.

5. Juli **Sonnabend** 5. Juli

Treptow im Feuerzauber

Riesen-Frontfeuerwerk

Seit 33 Jahren als stärkstes Radikalmittel berühmt!

Schwaben Tod u. Teufel

vertilgt restlos Reichels Poudre Martial, Pack. 0,60, 1,20, 2,40, Pfd. 5,25, in Drogerien erhältlich, aber echt nur m. Marke

u. der **Otto Reichel**, Berlin 43 50, Eisenbahnstr. 4 Fernsprecher: Moritzpl. 4781-53

Süße Nougat taugt Rotzinger Str. 48, Witten 1961

Sternzwirne, Rab-Zwist Sofortiger, Gummidand, Kämme, Gabel u. f. Auswaren, weit unter Tagespreis
Gäusier, Deutzhofe 15, Reuter 6539

Severing appelliert an Frankreich.

Erfüllungswille und Befugungspolitik.

Abg. Meyer-Ostpreußen fuhr in der gestrigen Landtagsführung bei der Begründung des kommunistischen Antrags zur Durchföhrung des kommunistischen Fraktionsantrags fort: Aus dem Schrank des Abg. Gschle wurde eine Mauserpistole mit Zündkapseln beschlagnahmt. Es handelt sich da um jene Waffe, die, wie das Landtagsprotokoll ergibt, am 19. Oktober 1923 von Gschle auf den Tisch des Hauses niedergelegt wurde als eine den Faschisten bei der Virtus-Busch-Demonstration abgenommene Waffe. Unter unerhörter Verletzung seiner Dienstpflicht hat die Durchföhrung leitende Kriminalkommission ein ganz unzulässiges Protokoll gemacht und einfach das beschlagnahmte Material als „Pakete Schriften“ bezeichnet. Da die Polizei ist sogar ohne jede Genehmigung in das Zimmer der unabhängigen Abgeordneten Th. Siebnecht und Kusch eingedrungen. Präsident Veinert hat es unterlassen, diese Durchföhrung zu überwachen oder überwachen zu lassen. Der Redner erlucht schließlich um Annahme des kommunistischen Antrags.

Innenminister Severing

(von den Kommunisten mit Lärm begrüßt): Der Abg. Dr. Meyer hat von der Schutzpolizei behauptet, daß sie Tausende von Worten auf dem Gewissen habe. Er hat von der Tätigkeit der politischen Polizei gesprochen als von der Tätigkeit von Achtgroßenjungen. Angesichts der ausgezeichneten Haltung der Schutzpolizei halte ich mich für verpflichtet, diese unerhörten Beschuldigungen mit aller Schärfe zurückzuweisen. (Lärm bei den Kommunisten.) Dr. Meyer hat in gleichem Atemzuge behauptet, daß ich mir Spiegelberichte anfertigen lasse, die auf den erbärmlichsten Lügen aufgebaut seien. Ich nehme an, daß Sie beim Etat des Ministers des Innern diese schwere Beschuldigung gegen die Schutzpolizei entweder zurücknehmen oder mit Tatsachen belegen werden. (Lärm bei den Kommunisten: Nein! Geben Sie erst das Material wieder heraus!) Der Sonntag weiß, unter welchen widrigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Schutzpolizei ihre lebensgefährliche und gesundheitsgefährliche Tätigkeit ausübt. Da haben die Beamten aber auch einen Anspruch darauf, daß sie nicht verunglimpft werden. (Lebhafter Beifall.)

Auf die heutigen Maßnahmen des Untersuchungsrichters habe ich natürlich keinerlei Einfluß, von einem Komplott zwischen dem Untersuchungsrichter, dem Innenminister und dem Landtagspräsidenten kann keine Rede sein.

Wir sind stolz darauf in der preussischen Verwaltung, daß wir dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Material zu liefern konnten, das in den Gerichtsverhandlungen bewiesen wird, daß in der Tat Sie (zu den Kommunisten) mit Lügen in den letzten Monaten gearbeitet haben.

Entweder ist es Ihnen mit Ihren Ankündigungen in der Presse ernst, daß Sie alles darauf anlegen, den Bürgerkrieg vorzubereiten, dann müssen Sie sagen: Jambuhl, es sind unsere Leute! (Abg. Dr. Meyer (Komm.): Wir haben den Mut, zu erklären, daß wir uns gegen den Bürgerkrieg wehren! — Lachen bei den anderen Fraktionen.) Oder Sie fahren fort, alle Ihre Opfer zu verleugnen und als Spieß zu bezeichnen. Dann hören Sie doch aber mit dem törichtesten Geschrei von dem Bürgerkrieg auf! (Lärm bei den Kommunisten.) Bei einigen dürftigen Angaben Bogenhards war in der kommunistischen Presse sofort zu lesen: Bogenhard — Polizeispieß! Als in Potsdam bei einigen jungen Leuten Münzknütteln mit Sprengstoff gefunden wurden, da waren diese jungen Leute sofort Polizeispieß!

Was in den letzten Tagen von Funktionären der kommunistischen Partei verübt wurde oder zu verüben versucht wurde, ist ein Beweis dafür, daß Sie es in der Tat ernst meinen mit der Ankündigung des Bürgerkrieges. (Ermüdende Jurufe bei den Kommunisten.)

Vergessen Sie doch nicht, daß Sie den Bürgerkrieg auf der Straße machen, nicht im Parlament, der Bürgerkrieg würde gerade der Arbeiterschaft Opfer an Gut und Blut kosten. Darum liegt es auch im Interesse der Arbeiterschaft, wenn ich alles aufbiete, um dem entgegenzutreten. (Sportboucander großer Lärm bei den Kommunisten. — Jurufe des Abg. Pletz.)

Präsident Veinert: Herr Abg. Pletz, Sie haben soeben dem Minister zugerufen: Die Arbeiter werden Ihnen das Genick umdrehen! Das ist eine Aufforderung zu direkten Gewaltanwendungen; wenn Sie solche Ausdrücke noch einmal wiederholen, dann bin ich der Meinung, daß ein solcher Abgeordneter nicht in dieses Haus gehört! (Stürmische Zustimmung im ganzen Hause, tobender Widerspruch bei den Kommunisten.)

Minister Severing (fortföhrend): Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar für den Schutz, den er mir gewährt. Ich bin aber der festen Ueberzeugung:

Wenn die Arbeiterschaft einmal abrechnet, dann werden es ganz andere Leute sein, die von ihrem Strafgericht ereilt werden. (Wiederholte stürmische Zustimmung im ganzen Hause, fortwährende große Unruhe.)

Je mehr Sie in dieser konträren Art fortföhren, um so mehr wird das Volk zur Erkenntnis kommen, wie groß der Unterschied zwischen Ihrem großen Mund und Ihrer minimalen Leistungsfähigkeit ist. Aber dieser große Mund kann verhängnisvoll werden, wenn er aufgerissen wird in Zeiten wie den jetzigen und gegenüber Volksmassen, die der Verzweiflung nahe sind. Dem Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen halte ich seine heutige Erregung zugute. Ich unterstelle nicht, daß Mitglieder dieses Hauses Mitglieder der Tscheta sind; aber wer täglich in der Presse und durch solche Szenen, wie heute früh hier im Landtag, die Heße betreibt, schafft damit eine Atmosphäre, aus der schließlich derartige Taten hervorgehen. Darum tragen Sie die moralische Verantwortung für die Dinge, die vorgekommen sind. Die Polizei wird dafür sorgen, daß Ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Meine Herren von der kommunistischen Partei, das eine merken Sie sich: Sie schädigen die Interessen der Arbeiterschaft und besonders der Arbeiter, die Ihnen anhängen, wenn Sie Ihnen ein Gefühl beibringen, das die Arbeiter verleiht, mit der Polizei anzubinden. (Stürmische Jurufe b. d. Kommunisten.)

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.): Der Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen hat seine Ausführungen mit den üblichen Beschuldigungen, wie „frecher Einbruch“ usw. um. gepickt. Alles in allem aber war seine Rede doch nur ein recht schlapper Aufgäh von dem, was man eigentlich von ihm erwarten hätte. Das läßt, noch in einem Augenblick, wo etwas ganz eigenartiges geschehen ist, sehr tief blicken. Es muß da etwas nicht ganz in Ordnung sein. Im Namen aller Parteien habe ich ganz kurz zur Sache selbst Stellung zu nehmen. Die Immunität der Abgeordneten steht jedem einzuwenden von uns hoch. (Geschäfter bei den Komm.) Ihnen viellecht nicht. Wer die Immunität dieses Hauses benützt, um Dinge zu verheimlichen, die nur heimlich betrieben werden können, würdigt die Immunität herab. Die Rechtslage ist ganz einfach. Die Polizei darf in dieses Haus nicht eindringen, keine Durchföhrung und keine Beschlagnahme vornehmen, wenn nicht der Präsident dazu seine Genehmigung gibt. Ob er das tun will, ist Sache seines pflichtgemäßen Ermessens.

Wenn der Präsident die Ueberzeugung gewinnt, oder wenn mindestens ein dringender Verdacht dafür vorliegt, daß dieses Haus zu einer Festfaste wird, um Verbrechen vorzubereiten, so ist es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des Präsidenten, seine Genehmigung zur Durchföhrung zu geben.

Ich möchte nicht, zu welchem Zwecke sonst diese Bestimmung überhaupt gegeben sein sollte. Es kommt nicht auf die Verfolgung von Verbrechen im Hause an, es kommt bloß auf den ausreichenden Verdacht an. Wenn der Beamte, der die Unterföhrung zu führen hat, an den Präsidenten mit ganz detaillierten Einzelheiten herantritt (stürmische Unterbrechungen und andauernde Jurufe b. d. Komm.); der Präsident bittet wiederholt, mehr Ruhe zu bewahren und die beteiligten Jurufe zu unterlassen. — Sie hätten vorher zuhören sollen, wie der Präsident die Unterlagen für seine Genehmigung vorgetragen hat. Die Kommunisten werden ja wahrscheinlich meinen, daß, wenn ein Beamter eine solche pflichtmäßige Erklärung abgibt, das eine Lüge sei; wir sind das nicht gewohnt. (Erneute heftige Zwischenrufe von den Komm.) — Der Präsident ermahnt wiederholt den Abg. Pletz, sich zu mäßigen, und fordert die Abgeordneten auf, ihre Pöhe einzunehmen.) Hätte der Präsident unter den obwaltenden Umständen seine Genehmigung nicht gegeben, so hätte er sich letzten Endes, wenn hinter diesen Anschuldigungen Tatsachen steckten, der Begünstigung schuldig fühlen müssen. Er hat daher durchaus pflichtgemäß und gerecht gehandelt, wenn er zu der Ueberzeugung kam, daß hier die Genehmigung erteilt werden mußte. In diesem Tatbestand wird dadurch gar nichts geändert, wenn die Unterföhrung ergeben sollte, daß zu der Durchföhrung und Beschlagnahme kein Anlaß vorlag. (Stürmischer Widerspruch b. d. Komm.) Wenn Sie fordern, daß der Präsident bei der Durchföhrung hätte zugegen sein müssen, so meinen Sie ihm etwas zu, was keine Stellung herabwürdiget. Ihr Verlangen, benachrichtigt zu werden, ist eine Torheit, die ich gar nicht verstehe. Die von Ihnen verlangte Durchsicht des beschlagnahmten Materials wird der Untersuchungsrichter schlichtweg ablehnen, denn das ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit. Ihr weiteres Verlangen, daß dasjenige beschlagnahmte Material, welches Sie in Ihrer Eigenschaft als Abgeordnete empfangen haben, sofort zurückgegeben werden soll, ist in der gestellten Form auch unannehmbar. Ich schließe mit der Erklärung:

Es ist geradezu beschämend, daß es so kommen konnte; ein solches Vorkommnis wie das heutige steht einzig da in der Geschichte dieses Hauses, und dafür fällt Ihnen die Verantwortung zu. (Begleitet von stürmischen Jurufen der Kommunisten verläßt der Redner die Tribüne.)

Im Schlußwort führt Abg. Obuch (Komm.) aus: Der heutige Vorgang ist geföhrt auf Erkundungen bezahlter Subjekte. Man will eine Stimmungsmache erzeugen, um Aktionen gegen die Kommunisten mit einem Schein des Rechtes zu umgeben. Warum ist uns von den „detaillierten Einzelheiten“ nichts mitgeteilt worden? Ganz offenbar läßt man es ruhig geschehen, und billigt es sogar, daß die Volksrechte in diesem Hause mit Füßen getreten werden, sobald es gegen die Kommunisten geht. Das Erbärmliche ist, daß Arbeitervertreter, daß Sozialdemokraten auch jetzt einmal ihre Stimme erheben, wo sie sehen, mit was für Pack man es bei dieser Durchföhrung zu tun hat. Die beschlagnahmten Stücke, die unter keinen Umständen beschlagnahmt werden dürfen, sind einfach gestohlen worden. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Höchst eigenartig ist auch das Eingreifen des Ministers Severing in die Verhandlung, der hier uns eine Verlesung über den Bürgerkrieg hält, der Sache selbst aber aus dem Wege geht. Herr Severing hat im Bürgerkrieg vom März 1920, in den Vorgängen, die dem Rapp-Busch in Rheinland-Westfalen geföhrt sind, durch den Bruch der von ihm in Bielefeld gegebenen Versprechen den schändlichsten Verrat begangen. Nun, Severing mußte ja seine Ausführungen machen, weil er tagtäglich damit seine Zeitungsverbote und Verhaftungen deckt. Die 80 Aktienstücke des Untersuchungsrichters beweisen lediglich, daß wesentliches Material gegen die Kommunisten nicht vorliegt.

Präsident Veinert stellt mit, daß die Behauptungen von der Durchföhrung der Schränke der Abgg. Kusch und Siebnecht unrichtig sind; es ist nur der in demselben Zimmer befindliche Schrank des Abg. Obuch durchsucht worden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, der gegen die Durchföhrung protestiert, gegen die Antragsteller abgelehnt; der Antrag auf sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials wird dem Geschäftsordnungsanschuß überwiesen.

Abg. Daxler (Komm.) verliest eine noch nicht gedruckte Große Anfrage betreffend die Vorgänge anläßlich des Rottger Kriegsgerichtsurlaubs.

Präsident Veinert entzieht dem Redner das Wort, dem er nur das Wort zur Geschäftsordnung gegeben habe.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) beantragt die Dringlichkeit der Großen Anfrage.

In der weiteren Begründung wird er vom Präsidenten Veinert unter Hinweis auf die Geschäftsordnung verhindert.

Abg. Hellmann (Soz.) stellt fest, daß die kommunistische Anfrage noch gar nicht eingebracht sei, ihre sofortige Verhandlung also auch nicht verlangt könnten. Im übrigen sei der Abg. Obuch, der sich heute so als deutscher Patriot aufspiele, der erste gewesen, der seinerzeit als erster hier die Unterwerfung unter die französische Besetzung gefordert habe.

Nunmehr tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Der Geselentwurf über die Errichtung gemeinsamer Kerkzettelkammern für die Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien sowie für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen, Westpreußen und die Stadt Berlin wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, desgleichen der Geselentwurf über eine Änderung des Beamtendienstleistungsgesetzes (Gewinnanteile der Lotteriebeamteten).

Es folgt die Beantwortung der Großen Anfrage über die Rückkehr der anläßlich des Ruhrkampfes aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Innenminister Severing

erwidert auf die Große Anfrage: Den Fragestellern bin ich sehr dankbar, daß sie mir Gelegenheiten geben, auch an dieser Stelle mit Genugtuung zum Ausdruck zu bringen, daß die neue französische Regierung die Genehmigung zur Rückkehr der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen in einem größeren Umfange erteilt hat. Ich darf dabei wohl annehmen, daß auch die französische Regierung die Aufhebung der Ausweisungsvorschriften nicht als einen Akt der Gnade betrachtet hat, sondern als den ersten Schritt zur Wiederherstellung geordneter und gesellhafter Zustände im besetzten Gebiet. In diesem Augenblick gilt unser herzlichster Gruß den Zurückkehrenden, die lange Zeit feindliche und materielle Opfer und Leiden erduldet haben, nur weil sie sich nicht willig fremdem Unrecht und fremder Gewalt beugen wollten.

Der Dank des Landes an die Ausgewiesenen darf sich jedoch nicht auf Worte beschränken. Er muß in praktischer Hilfe bewiesen werden.

Obwohl die Stellungnahme der mitbeteiligten Ressorts nicht hat eingeholt werden können, glaube ich gleichwohl schon sagen zu können,

daß sämtliche Ressorts sich darin einig sind, daß alles geschehen muß, um den zurückkehrenden Ausgewiesenen die Rückkehr in ihre alten Verhältnisse, ihre Wiedereingliederung in das Erwerbs- und Berufsleben zu ermöglichen und ihnen den Wohnraum für ihre und ihrer Familie Unterbringung zu verschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind bereits Maßnahmen getroffen. Die die Betreuung der zurückkehrenden Beamten, Angestellten und Privatpersonen nach erfolgter Rückkehr ins besetzte Gebiet regelnden Richtlinien sind bereits aufgestellt. Sollte sich die hiernach in Aussicht genommene Betreuung nicht als hinreichend erweisen, so wird die preussische Staatsregierung nachdrücklich bemüht sein, eine Ergänzung der Betreuungsfähigkeit durchzuführen.

Was die wohnliche Unterbringung der zurückkehrenden Ausgewiesenen anlangt, so kann schon jetzt bestimmt damit gerechnet werden, daß für die Vollendung der seinerzeit stillgelegten Befugungsbauten der Reichswohnmögensverwaltung, zum mindesten ihres weitaus größten Teils, Mittel bereitgestellt werden. Dadurch wird für etwa 2000 Familien Wohnraum geschaffen.

Außerdem ist durch Erlass des Wohlfahrtsministers vom 31. Mai 1924 auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes angeordnet worden, daß alle Personen, die auf Grund von Maßnahmen der Befugungsmächte ihren Wohnraum verloren haben, vor allen anderen Wohnungsberechtigten berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus ist geplant, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1923, wonach die Gemeinden verpflichtet sind, die Ausgewiesenen vor allen anderen Wohnungsuchenden unterzubringen und dazu Wohnräume zu beschlagnahmen, auf das besetzte Gebiet und die zurückkehrenden Ausgewiesenen auszuweiten. Preußen hat diesen Vorgängen bereits zugestimmt. Um den Wohnungsbau zu fördern, hat Preußen über die gesetzliche Verpflichtung der dritten Steuernotverordnung hinaus Erträge der Hauszinssteuer für Wohnungsbauzwecke zur Verfügung gestellt. Es besteht kein Zweifel, daß alle diese Maßnahmen nicht hinreichen, um alle zurückkehrenden Ausgewiesenen unterzubringen, und zwar um so weniger, als die Befugungsmächte auch jetzt noch nicht darauf verzichtet haben, Wohnräume und Bureaus zu beschlagnahmen.

Erforderlich ist vielmehr ein Verzicht auf weitere Beschlagnahmen von Wohnräumen und die Freigabe von beschlagnahmten Wohnräumen in weitem Umfange durch die Befugungsmächte. Die preussische Staatsregierung hat daher das Auswärtige Amt erlucht, entsprechende Vorstellungen bei den Befugungsmächten zu erheben. Wenn die Genehmigung zur Rückkehr der Ausgewiesenen nicht lediglich eine Geste, sondern der sichtbarste Ausdruck eines ernstlichen Verständigungswillens sein soll, werden die Befugungsmächte diesen Vorstellungen entsprechen müssen.

Die Rückkehr in geordnete Verhältnisse wird wesentlich davon abhängen, daß die Ausgewiesenen nicht überfüllt und ohne Vorbereitung in das besetzte Gebiet zurückkehren. Entsprechend dem Beschluß des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete muß der Wunsch ausgesprochen werden, daß ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die im unbesetzten Gebiet entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, soweit nicht ein dringendes Interesse des Dienstes vorliegt, erst dann mit ihren Familien zurückkehren, wenn eine einigermaßen ausreichende Wohnung und Beschäftigung gesichert ist. Die preussische Staatsregierung ist mit der Reichsregierung darüben einig, daß die Annahme des Sachverständigengutachtens ein Schritt auf dem Wege ist, der zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Europa führen kann. Sie wird sich daher für die Durchführung des Sachverständigengutachtens einsetzen. Sie darf aber dann auch mit Recht erwarten, daß die Lasten und Leiden, die die Ausgewiesenen durch die Befugungsmächte bisher erfahren haben, durch die gänzliche Aufhebung aller einschlägigen Verfügungen beseitigt werden. Die preussische Staatsregierung nimmt an der Heimkehr der Ausgewiesenen innigen Anteil und spricht ihnen wiederholt ihren herzlichsten Dank für die dem Vaterlande bewiesene Treue aus. Sie darf der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß auch das besetzte Gebiet, insbesondere die Gemeinden und die freiwillige Liebestätigkeit sich der in ihre Heimat Zurückkehrenden in weitem Umfange annehmen werden. (Beifall.)

Die vom Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) beantragte Besprechung wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Bei der dann folgenden Fortsetzung der zweiten Beratung des Vergetats führt

Handelsminister Siering aus, die Verwaltung bemühe sich, im staatlichen Bergbau die besonders unter Lage dringend notwendigen technischen Verbesserungen durchzuführen.

Die schwere Last der Mium-Verträge

sei im ganzen Ruhrbergbau deutlich fühlbar. Den Wünschen auf Unterbringung der im Saarbergbau von den Franzosen tabulassen Grubenbeamten, -angestellten und -arbeitern wolle die Verwaltung gern entgegenkommen; aber sie könne nicht alle diese Kräfte in den staatlichen Gruben anstellen. Es sei notwendig, daß sich auch der private Bergbau der Männer annimmt, die sich wegen ihrer deutschen Gesinnung im Saargebiet mißliebige gemacht haben.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Rürup (Str.) und Seidel (Dsp.) schlägt Präsident Veinert vor, die Weiterberatung auf Montag, den 14. Juli, zu verlegen.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) beantragt, die Verbote der kommunistischen Presse auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen. Der Antrag wird abgelehnt und es bleibt beim Beschluß des Präsidenten.

Schluß gegen 5 Uhr.

Die für Freitag 11 Uhr angelegte Plenarsitzung des preussischen Landtages soll erst nach 12 Uhr beginnen, da die Sitzung des Reichsrates sich weiter, als vorausgesehen war, ausdehnt. Es wird insbesondere im Ausschussrat verhandelt über den von den Kommunisten eingelegten Protest gegen polizeiliche Nachforschungen.

Das Land ohne Defizit.

Der Etat im Gleichgewicht.

Aus Baden wird uns geschrieben: Es wird wohl auch über die Grenzen des badischen Landes hinaus von Interesse sein, wie sich der Staatshaushalt eines Landes darstellt, das seit dem ersten Tage des Umsturzes bis heute von den gleichen Parteien — der Kleinen Koalition (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) — regiert worden ist und infolge der Mitarbeit der Sozialdemokratie eine klare, folgerichtige demokratische, soziale und republikanische Regierungspolitik betreiben konnte auf den Gebieten, auf denen es Bewegungsfreiheit hatte. Rag. Ritterkung des Staatspräsidenten Finanzministers Röhler

hat die Staatsregierung an der zweijährigen Budgetperiode festgehalten. Im einzelnen teilte er mit: Die ordentlichen Ausgaben betragen jährlich 147 Millionen, die ordentlichen Einnahmen jährlich 143,8 Millionen, Ueberschuss der ordentlichen Ausgaben jährlich 3,2 Millionen und für 1924 und 1925 zusammen 6,4 Millionen. Die außerordentlichen Ausgaben beanspruchen für beide Jahre nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen reiflich 4,8 Millionen.

Dazu kommen noch aufrechtzuerhaltende Administrationskredite im Betrage von 2,7 Millionen, das ergibt für beide Jahre zusammen einen Fehlbetrag von 13,9 Millionen.

Hierzu sollen gedeckt werden durch die im umlaufenden Betriebsfonds vorhandenen Mittel 3,9 Millionen und der Rest mit 10 Millionen durch die im Finanzgesetz vorgesehene Festsetzung des Steuerfußes für Grundvermögen und Gewerbebetrieb auf 25 Goldpfennige von 100 Goldmark Steuerwert. Das bedeutet gegenüber dem jetzt geltenden Satz eine Erhöhung um 5 Pf. Die ordentlichen Einnahmen sind mit 148,8 Millionen, die Ausgaben mit 147 Millionen eingesezt; die außerordentlichen Ausgaben beziffern sich auf 4,8 Millionen, die Administrationskredite auf 2,7 Millionen, der dadurch ungedeckte Aufwand von 3,9 Millionen soll dem umlaufenden Betriebsfonds entnommen werden. Der Etat ist damit im Gleichgewicht.

Bei dem ersten Entwurf des Staatsvoranschlags im März dieses Jahres war noch ein Defizit von rund 90 Millionen für die beiden Budgetjahre vorhanden. Nur durch weitgehende Einschränkung aller Ausgaben bis zur äußersten Grenze des Vertretbaren und durch schärfste Ausschöpfung aller staatlichen Einnahmequellen und Verzicht auf jedwede Reserve ist es gelungen, dieses gewaltige Defizit zu beseitigen und die Gleichgewichtslage zu schaffen. Daß die Ausgaben für 1924 trotz aller Einschränkungen und Kürzungen doch höher sind als diejenigen für 1914, findet seine Erklärung darin, daß dem Lande in der Zwischenzeit erhöhte Ausgaben auf verschiedenen Gebieten zugewachsen sind. So hat das Steuerverteilungsgezet dem Lande hinsichtlich der Schulkosten eine ganz erhebliche Mehrausgabe gegen 1914 gebracht. Allein bei der Volksschule beträgt der Mehraufwand gegen 1914 jährlich 8,5 Millionen Mark. Ferner ist die Polizei und Gendarmerie wesentlich vermehrt worden. Auf dem sozialen Gebiet hat sich der Aufwandskreis des Landes bedeutend vergrößert. Im Bezirke der Wohlfahrtspflege brachte die 3. Steuernotverordnung dem Lande ebenfalls weitere Kosten, die sich allein im Voranschlag des Arbeitsministeriums durch die Aufwendungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozialrentner, Wochenfürsorge usw. auf über 3 Millionen Mark jährlich belaufen.

Die Einnahmen sind, wie der Staatspräsident mitteilte, auf stärkste angespannt worden. An Steuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb sollen nach dem Voranschlag jährlich 23 Millionen erhoben werden, wozu noch die Gebäudesondersteuer mit wenigstens 13,3 Millionen kommen wird, so daß aus dem Grundvermögen und Gewerbebetrieb insgesamt 36,3 Millionen allein vom Staate geschöpft werden sollen. Wenn dabei noch berücksichtigt wird, daß ein großer Teil dieser Beträge dem Grundeigentümer und Gewerbetreibenden nicht endgültig verbleibt, weil er abgezahlt werden wird, so ist die Belastung doch eine namhafte.

Die außerordentliche Einschränkung der Ausgaben war in weitem Umfang nur durch die Abbaumaßnahmen möglich. Die Staatsregierung hofft, mit dem jetzigen Umfang des Abbaus durchzukommen. Sie legt deshalb auf die Beibehaltung des Abbaugesetzes bis zum Jahre 1927 keinen entscheidenden Wert, ist vielmehr der Meinung, daß die Abbaumaßnahmen spätestens mit Ablauf des jetzigen Rechnungsjahres außer Kraft gesetzt werden können. Bei den Hochschulen ist es gelungen, die Höhenlage im ganzen aufrechtzuerhalten, trotz der starken Belastung, die das Land Baden durch seine zwei Universitäten und die technische Hochschule zu tragen hat. Gemessen beispielsweise an der Lastfrage, daß Preußen mit über 30 Millionen Einwohner 10 staatliche Universitäten hat, kann sich das Land Baden mit einer Einwohnerzahl von etwas über 2 Millionen mit der Aufrechterhaltung von Universitäten wohl sehen lassen.

Auch die Pflege der sozialen Aufgaben hat sich das Land wie bisher so auch im vorliegenden Etat angelegen sein lassen, insbesondere das Budget des Arbeitsministeriums gibt hierfür im einzelnen Auskunft.

Wirtschaft

Privatkapital und Wohnungsbau.

Vor kurzem wurde an dieser Stelle eine Rundgebung von Bauinteressenten angekündigt, die ein Programm für die Wohnungspolitik aufstellen wollten. Der Verband, der diese Mitteilung herausgab, erweckte durch die Art seiner Beröfentlichung von vornherein den Eindruck, daß er lediglich die Interessen privatkapitalistischer Baufirmen und Baustofffabrikanten betonen wollte. Jedenfalls war es auffallend, daß man den „Verband Sozialer Baubetriebe“, den einzigen großen, gemeinwirtschaftlich orientierten Verband des Baugewerbes, zur Ausarbeitung des Programms nicht herangezogen hat. Inzwischen sind die „Richtlinien für ein Wohnbauprogramm“ erschienen und den Abgeordneten des Reiches und des preussischen Landtages sowie den zuständigen Behörden unterbreitet worden. Der Inhalt des Programms bestätigt unsere Annahme, daß der Gegenstand des Programms nur die Wahrnehmung kapitalistischer Interessen sein würde.

Die Richtlinien für ein Wohnbauprogramm stellen in den Vordergrund die Forderung, daß der offene Geldmarkt wieder für den Wohnungsbau zu erschließen ist. Ganz gleichgültig, ob diese Forderung im Endziele richtig ist oder nicht, so werden doch selbst die Unterzeichner der Eingabe nicht leugnen können, daß in dieser Zeit allgemeiner Geldknappheit eine Belebung der Bautätigkeit vom Geldmarkt her nicht erwartet werden kann. Die Zinssätze sind viel zu hoch, als daß selbst bei Innehaltung der Friedensmieten eine rentable Baumwirtschaft möglich wäre. Ganz abzusehen ist dabei noch von der Verteuerung der Rohstoffe, die größtenteils höher im Preise stehen als vor dem Kriege und deren Absinken durch die rückstufende Politik der Kartelle und Konventionen verhindert wird. So sind schon jetzt die Kalkwerte nur noch mit 30 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt und es besteht keine Möglichkeit, die Fabrikanten zu zwingen, die Produktion auf die wirtschaftlich am besten arbeitenden Betriebe zu konzentrieren und so ihre Verbilligung herbeizuführen.

Die Unterzeichner der Eingabe sind sich auch der Tatsache vollkommen bewußt, daß der offene Geldmarkt allein keine Hilfe bringen kann. Daher fordern sie in ihrer Eingabe, deren wichtigster Kern die Anpassung der durchschnittlichen Miethöhe an die Reubaukosten ist, Uebergangsmassnahmen. Sie verlangen, daß vorläufig die öffentlichen Gelder weiter zur Förderung des Wohnungsbaues benutzt werden, aber nicht in der bisherigen Weise

durch Erstellung von billigen Hypotheken, sondern durch Zuschüsse zur Erleichterung der Zinslast, so lange es kein billiges Baukapital am offenen Geldmarkt gibt. Man stößt sich also wieder daran, daß eine rasche Anpassung der Mietpreise an die Reubaukosten eine empfindliche Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen und damit auch eine Gefährdung der Reubautätigkeit an sich bringen müßte, man verlangt sogar, daß man den Zinswucher der Banken ruhig duldet, anstatt ihm am Baumarkt selbst entgegenzutreten, ja daß man selbst zur Befriedigung der hohen Zinsforderungen öffentliche Gelder aufwendet. Das heißt denn doch den Teufel mit Beelzebub vertreiben. Als weitere Förderung der Bautätigkeit werden „alle möglichen gefeßlichen und verwaltungsmäßigen Erleichterungen“, insbesondere Steuerbefreiung verlangt. Man kann nicht gerade behaupten, daß sich diese Bauinteressenten von übermäßiger Nächstenliebe leiten lassen. Denn so sehr Steuererleichterungen zur Förderung der Bautätigkeit angebracht sind, so lange bei Niedrighaltung der Mieten eine Anfurbeutung der Bautätigkeit mit öffentlichen Mitteln unentbehrlich erscheint, so wenig wäre es zu verstehen, wenn man einem Baugewerbe noch dann steuerliche Vergünstigungen bietet, nachdem man entsprechend den Wünschen der Interessenten die freie Mietpreisbildung und damit die Ausbeutung der Mieter zuläßt. Es kann doch nur eins geben: Förderung der Bautätigkeit unter Aufrechterhaltung des Mieterschutzes — dann sind Steuererleichterungen berechtigt — oder freie Mietpreisbildung, und dann wird der Baumarkt und der Baubetrieb seinen vollen Anteil an den Steuerlasten zu übernehmen haben.

Die weitgehende Förderung der Bautätigkeit unter grundsätzlicher Wiederherstellung der freien Mietpreise ist ein Verlangen, dessen weittragende Folgen zu der Frage berechtigen, wer eigentlich hinter dieser Eingabe steht. Sie ist unterzeichnet vom Schutzbund der Bauinteressenten von Berlin und der Provinz Brandenburg. Außerdem haben sich den Forderungen angeschlossen alle diejenigen Kartelle und Händlervereinigungen des Baustoffgewerbes und der Bauindustrie, die bisher bei den Bestrebungen zu einer Senkung der Baukosten so glänzend verlagert haben, daß man ihnen mit der Gründung der Sozialen Baubetriebe einen tatkräftigen und leistungsfähigen Konkurrenten auf gemeinwirtschaftlicher Basis entgegenstellen mußte. Wir finden unter den Unterzeichnern u. a.: den Deutschen Kalkbund, den Deutschen Zementbund, den Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, den Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, den Verband deutscher Dachziegelhersteller usw., also gerade diejenigen Verbände, die, anstatt die Baupreise zu senken, sich in dem Bestreben hervorgetan haben, die Rohstoffpreise der Bauproduktion hochzuhalten. Man kann es verstehen, daß diese Kreise, die infolge ihrer verfehlten kapitalistisch eingestellten Wirtschaftsführung eine andere Art der Belebung der Bautätigkeit nicht kennen, jetzt nach freier Wirtschaft unter Staatsubvention rufen. Entgegenzuhalten ist dem jedoch, daß vorläufig die freie Wirtschaft einen Ausweg am Baumarkt nicht herzustellen imstande ist und daß eine Änderung der Zinslast für Neubauten durch öffentliche Zuschüsse geradezu eine Prämie für kapitalistische Wirtschaftsführung wäre, die dann nach ihrem Belieben bauen könnten.

Bei diesem Anlaß verdient darauf hingewiesen zu werden, daß die bisherige Art der amüßlichen Baupolitik und die Aufbringung von Mietzinssteuerehypotheken, so unzulänglich dieses System auch ist, auf den Baumarkt bereits recht belebend gewirkt hat. Die Zahl der Bauprojekte ist gegen das letzte Jahr wesentlich gestiegen. Allein Berlin hat noch für die bisherige Bauperiode die Errichtung von 3000 Wohnungen sichergestellt. Auch aus anderen Orten des Reiches kommen Nachrichten, die den Erfolg der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit bestätigen. Es ist erfreulich, daß in fast allen Gemeinden und namentlich in den Großstädten mit großer Energie an den Wohnungsneubau herangegangen wird. Die Daten, die bisher vorliegen, lassen erhoffen, daß es gelingen wird, noch in diesem Jahre einen erheblichen Teil des ursprünglich vorgesehenen Bauprogramms zu erledigen und die Bararbeiten für das kommende Baujahr so zu fördern, daß bei einem weiteren Einzug der Wohnungsneubauarbeiten aus der Hauszinssteuer mit einer fähbaren Milderung der Wohnungsnot im nächsten Jahre gerechnet werden kann. Die gemeinwirtschaftliche Förderung der Reubautätigkeit bleibt für die nächsten Jahre eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Sie muß von der sozialdemokratischen Gemeindevertretern so energisch wie möglich angestrebt werden.

Herstellung von Erzwolle.

Dem Konzern der höchsten Farbwerke ist die Herstellung von Erzwolle gelungen. Durch chemische Behandlung soll Baumwolle den Charakter der Wolle sowohl an Wärme wie auch am Griff

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	15,75—18,25	Röstgetreide, lose	15,50—17,50
Gerstengrütze, lose	14,25—14,75	Kakao, fettarm	80,00—95,00
Haferlocken, lose	13,75—14,50	Kakao, leicht entölt	90,00—110,00
Hafergrütze, lose	15,50—16,25	Tee, Souchon, gepackt	250,00—400,00
Roggenmehl 01	11,00—12,50	Tee, indischer, gepackt	425,00—500,00
Weizengrütze	17,00—18,25	Inlandszucker basis mel.	32,00—34,00
Martgrütze	21,00—24,50	Inlandszucker Raffinade	54,00—56,00
70% Weizenmehl	18,00—18,25	Zucker Würfel	29,00—32,00
Weizen-Auszugmehl	15,00—21,00	Kunsthonig	23,50—32,00
Speiseerbsen, Viktoria	12,25—14,75	Zuckersirup hell in Elm.	38,00—41,00
Speiseerbsen, kleine	8,75—11,75	Speisesirup dunk. in Elm.	28,00—29,00
Bohnen, weiße, Perl	20,00—24,00	Marmelade Einf. Erdb.	80,00—95,00
Langbohnen, handverles.	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht	35,00—40,00
Linssen, kleine	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eimern	37,00—40,00
Linssen, mittel	31,00—37,50	Steinsalz, lose	3,18—3,78
Linssen, große	39,00—46,00	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Kartoffelmehl	18,75—20,50	Bratenschmalz in Tierces	65,00—66,00
Macaroni	35,00—42,00	Bratenschmalz in Kùbeln	66,50—67,50
Makkaronimehl	33,00—35,00	Purelard in Tierces	63,50—64,50
Schnitzmehl, lose	13,25—15,25	Purelard in Kisten	64,50—65,50
Bruchreis	14,00—14,75	Speisetaig in Packung	49,00—52,00
Rangoon Reis	15,25—17,00	Speisetaig in Kùbeln	48,00—50,00
Tafelreis, glasiert, Patna	23,50—31,00	Margarine, Handelsm.	54,00—57,00
Tafelreis, Java	30,00—35,00	desgl. II	76,00
Ringäpfel, amerik.	80,00—84,00	Margarine, Spezialm. I	63,00—65,00
Getr. Pflaumen 90/100	42,00—45,00	desgl. II	46,00—50,00
Pflaumen, entsteint	50,00—55,00	Margarine III	180,00—190,00
Cal. Pflaumen 40/50	68,00—72,00	Molkereibutter i. Fùßern	194,00—198,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—82,00	Molkereibutter in Pack.	142,00—149,00
Sultaneen Caraburnu	72,00—90,00	Landbutter	—
Korinthen, choice	70,00—76,00	Auslandbutter in Fùßern	—
Mandeln, süße Bari	143,00—157,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	32,50—35,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—152,00	Språk, gesalzen, fett	62,00—72,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Quadratkäse	15,00—28,00
Kümmel, holländischer	80,00—90,00	Tilsiter Käse, vollfett	85,00—95,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	125,00—130,00	Bayr. Emmenthaler	150,00—160,00
Weißer Pfeffer	125,00—130,00	Echter Emmenthaler	178,00—185,00
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	Aust. ungezuck. Condensm.	19,25—23,00
Rohkaffee Zentralamerika	220,00—255,00	milch 4½/16	16,50—17,50
Röstkaffee Brasil	230,00—280,00	Inl. gez. Condensm. 4½/16	26,00—26,50
Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.



SALAMANDER

1913

SALAMANDER

HERREN- u. DAMEN-
SCHUHE u. STIEFEL
IN SCHWARZ

FÜR DIE REISE!

SERIENPREIS:

12⁵⁰

GM

Pelzwaren für die Reise
Pelzmäntel 175 Mark

Pelzjacken 65 Mark, Kreuzfuchse, geb., 12 Mark, Ziegen 15 Mark, Blaufuchse, Weiß- und Silberfuchse, Wölfe. — Maulwurfschals 125 Mark. — Herren-Geh- und Sportpelze. 300 Anzüge, früher bis 120 Mark, jetzt von 20 bis 30 Mark
im Gelegenheitskaufhaus Moritzplatz 58a

3 Schlager

Leske & Lehrer

unseres Saison-Ausverkaufs

Anzug

28^{M.}

Anzug

32^{M.}

Anzug

36^{M.}

gute, haltbare Qualitäten, beste Verarbeitung, tadelloser Sitz

Spezialhaus guter Herren-Bekleidung
Kottbusser Damm 78 Ecke Pflügerstr.

annehmen. Der Stoff wechselt seine Faser und wird zum festen Gewebe. Er nimmt alle Farben an, gebraucht aber nur die Hälfte der Farbstoffe, die sonst Wollstoffe benötigen, wodurch naturgemäß eine gewisse Verbilligung ermöglicht wird. Die Erfindung, die von dem genannten Konzern bereits nach dem Ausland vergeben worden ist, wird für die gesamte Textilindustrie von großer Bedeutung werden.

Deutsch-griechisches Wirtschaftsabkommen.

Der deutsche Geschäftsträger und der griechische Außenminister haben ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen sichert allen wichtigen deutschen Exportartikeln die griechische Meistbegünstigung und den deutschen Schiffen bei ihrem Verkehr in griechischen Häfen die Gleichstellung mit griechischen Schiffen, insbesondere auch bezüglich der zu entrichtenden Gebühren und Abgaben, wogegen deutscherseits der griechischen Regierung ein Kontingent für die Einfuhr griechischer Weine und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes für die Einfuhr griechischer Tabaks zugesichert worden ist. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten noch besonders bekanntgegeben werden wird, ist für sechs Monate mit stillschweigender Verlängerung von drei zu drei Monaten geschlossen worden. Es wird zweifellos zur Belebung der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich beitragen.

Einfuhrsteigerung und Zollserträge. Wie sehr die ersten Monate der Kreditgewährung durch die Rentenbank zu einer Steigerung der Einfuhr von Waren, und zwar nicht immer notwendiger Waren beigetragen haben, geht aus der folgenden Uebersicht der Zollstatistik in den ersten fünf Monaten des Jahres hervor. Danach betragen die Zolleinnahmen des Reiches:

Monat Januar 1924	9,688	Mill. G.-M.
Monat Februar 1924	15,906	"
Monat März 1924	17,857	"
Monat April 1924	20,689	"
Monat Mai 1924	22,568	"

Die Einfuhr zollpflichtiger Waren hat demnach besonders stark im Februar d. J. zugenommen, wo sie um mehr als 30 Proz. gegen Januar anwuchs. Erst in den späteren Monaten verlangsamte sich das Tempo der Steigerung der Wareneinfuhr und es ist anzunehmen, daß sie beim Anhalten der jetzigen Kreditpolitik der Reichsbank zunächst nicht wesentlich mehr anwachsen wird, ehe im Inlande ein gewisser Ausgleich zwischen Warenangebot und Kaufkraft der Bevölkerung erzielt ist.

Norwegen in Stabilisierungsjahre. Zu den Ländern, die ungeheure Kriegsgewinne einheimsten, aber trotzdem durch den Konjunkturschwund nach dem Kriege in große Schulden gerieten, gehört Norwegen. Der norwegische Staatsminister Berge gab in

1 Million Goldmark Gewinn bietet im günstigsten Falle die Haupt- und Schlussziehung 23. (249.) Preuß.-Südd. Klassenlotterie. **66 000 Gewinne** von zus. rund **15 Millionen Goldmark** werden vom 9. bis 26. Juli ausgezahlt, darunter Gewinne von **500 000, 300 000, 200 000, 150 000, 100 000 Gm.** usw. **Jeder Geldnot kann abgeholfen werden** mit dem geringen Einsatz von nur **15 Rm.** für $\frac{1}{2}$, **30 Rm.** für $\frac{1}{4}$, **60 Rm.** für $\frac{1}{2}$, **120 Rm.** für $\frac{1}{4}$. Lose bei allen Staatlichen Lotterie-Einnahmen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Preisabbau!
Herrenanzüge 27.-29.-32.-36.-40.-43.-49.-Mk.
Regenmäntel für Damen u. Herren 25.-28.-29.⁵⁰ Mk.

Christiania folgende interessante Gegenüberstellung der finanziellen Lage Norwegens vor dem Kriege und im Augenblick. Die norwegische Staatsschuld betrug 1912 rund 362 Millionen Kronen, Ausgang 1922 aber 1401 und Ausgang 1923 rund 1500 Millionen Kronen, trotz des Unterschiedes des Kronenwertes vor und nach dem Kriege also fast eine Verdreifachung. Hierzu kommen Kommunalschulden von 1500 Millionen, so daß Staat und Kommunen zusammen 3000 Millionen Kronen Schulden haben. Von diesen 3 Milliarden sind etwa eine Milliarde Auslandsanleihen. Während 1912 das Staatsbudget 12 1/2 Millionen Ueberschuß ergab, wies das Budget von 1923 eine Unterbilanz von 239 Millionen auf. Für Zinsen und Amortisation der Schuld waren vor dem Kriege 17 Millionen notwendig, 1923 schon 54, für 1924 sind 115 Millionen berechnet, eine Summe, die sich von 1926 an auf 200 erhöht, da 1926 die Amortisation einiger zurzeit noch abtragsfreier Anleihen beginnt. Die gesamte norwegische Schuld aber, also neben Staats- und Kommune- auch Bank- und Pfandbriefanleihen, wird in Christianiaer Finanzkreisen auf 6-7 Milliarden Papierkronen geschätzt. Bei dieser finanziellen Lage ist der Stand der norwegischen Valuta — die Hälfte des Goldwertes — verständlich. Während Nationalbank und (bürgerliche) Regierung durch Radikalismus der Papierkrone den Goldwert zurückgeben wollen, widersetzt sich die Arbeiterpartei diesem Plan und verlangt Stabilisierung der Papierkrone auf ihren jetzigen tatsächlichen Goldwert, da eine Aufwertung vor allem die Lohnempfänger, Sozialrentenempfänger und die Verbraucherschaft treffen würde.

Hartgeld in Ungarn. Von verschiedenen Seiten wurde ange-regt, angesichts der Stabilisierung des ungarischen Geldes Hartgeld einzuführen. Man erwartet davon eine Erhöhung des Spar-samkeitssinnes in der Bevölkerung und ermägt ernstlich die Ausführung der Idee.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bernau. Gruppenkonferenz am Sonnabend, 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bernau, Chaussee, Ecke Kaiserstraße. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Genosse Bernward Richter.
6. Kreis Kreuzberg. Sonntag, den 6. Juli, großes Sommerfest in der Bodenauerzei, Hildebrandstr. 23. Mitwirkende: Ulr. Teis, Sönger, Fröhler, Turner, Rindergrope. Eintritt 40 Pf. Beginn 4 Uhr, Raiffeisler 3 Uhr.

heute, Sonnabend, den 5. Juli:

6. Wdt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Debrahlam, Eismühlendamm Str. 11. 111. Wdt. **Bohnstedt.** Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Heilmann, Wolters-dorfer Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag: Reichsbanner Schwarz-Weiß-Gold.

Morgen, Sonntag, den 6. Juli:

Jungsozialisten Arbeitsgemeinschaft Enkelhardt. Gruppen Sitten und Sittlichkeitslehre: Fahrt nach Erkner. Treffpunkt früh 9 Uhr am Bahnhof Erkner.
114. Wdt. Eichthalberg. Form. 10 Uhr Funktionärskonferenz bei Schwarz, Gedriel, Wör-St. 17.
11. Wdt. Reuthen. Form. 10 Uhr Treffpunkt aller Genossen zur „Bordweis“-Agitation bei Rißer, Rarisgartr. 4.

Jugendveranstaltungen.

Anmeldungen zum Ferienaufenthalts (für die Zeit nach dem 15. Juli) im Sandheim in Brandenburg werden noch im Jugendsekretariat, Lindenstr. 8, 2. Hof, 2. Et., Zimmer 11, entgegengenommen.

Wanderungen: 2. Baumhäuserweg, Radifahrt, Märkische Schweiz — 3. Wandholz: Wandwanderung durch den Klimenthal — 4. Freidrichsberg: Radifahrt, Raunsee. — 5. Freiberg: Die angelegte Fahrt fällt aus. — 6. Gesund-brunnen: Fahrt nach dem Gesundsee, Treffpunkt 6. Juli, 7 Uhr abends, Bahnhof Gesundbrunnen. — 7. Sandholz: Radifahrt nach dem Dabem. — 8. Ratisbach: Fahrt nach Dandheim Dampfer. — 9. Reuthen III: Fahrt nach Rönigsgrabenhausen.

Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Reuthen. — Reuthen III: Fahrt nach Rotten. — Rotten: Radifahrt nach Riefen. — Oden. Str. 11: Radifahrt nach Ulfen. — 12. Südböden, G.-B., R.-B. u. R.-B.: Gemeinsame Wanderung nach dem Hagen. — 14. Schwargenberg: Radifahrt nach Stranzenberg. — 15. Werbesitz: Wetzlar, abends 7 Uhr Werbesitz-Tagung.

Kempthof. Morgen, Sonntag, Elternwanderung nach Reuthen. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Bahnhof Kempthof. Alle Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, sich zu beteiligen.

Arbeiter Sport.

Kurz- und Sportverein „Eiche“ Eigenid. Am Sonntag, den 6. Juli, findet auf dem Eichenplatz in Eigenid das 8. Vereinsfest statt. Von 8 Vereinen sind 18 Teilnehmer gemeldet, welche über 200 Wettkämpfe abgeben haben. Die Vorläufe beginnen um 1 Uhr und die Hauptkämpfe um 2 Uhr. Die Teilnehmer zum Vereinsfestkampfe starten um 1/10 Uhr früh. Die Einzelmänner und Einzelnen werden um zahlreichen Besuch gebeten.
Lehrerbund „Die Arbeitervereine“. Sehen Dienstag in der Schule Wiltberg Str. 47/48, Dienstag, den 8. und 12. Juli, Vortrag von Paul Albrecht über „Gegenwärtige Lage in der Tier- und Menschenwelt.“ Gähle willkommen!

Arbeiter-Sport- und Kultur-Kreis Reuthen. Am Montag, den 7. Juli, abends 8 Uhr pünktlich, Sitzung des Komitees bei Frisan, Ideal-Allee, Waisen-str. 10. Auf der Tagesordnung: Parteiveranstaltung (Anfang August) und Eintritt aus dem Ortsauswahl für Jugendpflege. Beide Sachen sind von größter Wichtigkeit für die Reuthener Arbeiterpartei. Die Fußballer haben auf jeden Fall zu erscheinen.

Fußball-Turnier Lichtenberg 1. Die Vorrundenspiele des letzten Sonntags beendeten folgende Ergebnisse: Jugend Lichtenberg 1b gegen Hiltz-Gilde 1: 2:1, Lichtenberg 1-Barnack: 6:0. Die 1. Männermannschaften spielten Britanni-WSB 2: 5:0, Moabit SC. — Union-Barnack: 4:3 und Lichtenberg 1-Warndorfer SC: 6:0. — Heute, Sonnabend, 5. Juli, abends 7 Uhr, findet auf dem 2. Platz das letzte Vorrundenspiel zwischen Brandenburg 02 und Wacker-Danzwig 1. Männer, statt. Der Sieger dieses Treffens spielt am Sonntag, 6. Juli, gegen Moabit SC. Weiterhin spielen Lichtenberg 1b, Jugend, gegen Brandenburg 1, Jugend und Lichtenberg 1, Jugend gegen Borussia ein Rückspiel. Gleichfalls werden am Sonntag, 6. Juli, die 1. und 2. Männermannschaft von Lichtenberg 1 zum Kampf antreten und ist somit der ganze Tag mit guten Spielen besetzt. Der Sieg am Bahnhof Stralau-Bummelweg (Rundplatz) ist von jeder Seite aus auf zu erreichen und wird den Zuschauern ein interessanter Sport geboten. Spielbauer 10 Uhr vormittags bis abends 7 Uhr.

Leinhardt 09 (Sportplatz Christianiadamm). Am Sonntag, den 6. Juli, findet zwischen Elstal und WSB 24 ein großes Propaganda-Wettkampft statt. Beide Vereine treten in härtester Aufstellung gegenüber, so daß den Zuschauern ein guter Sport vorgeführt wird. Anfang der 1. Mannschaften 6 Uhr. Nachher Spiele der unteren Mannschaften.

Arbeiterabfahrtsverband Solidarität, Steglitz. Sonntag, den 6. Juli, Treffpunkt 8 Uhr Rugeles. Sonntag, den 6. Juli, Ferienfahrt nach Wogeburg. Start 8 Uhr Rathaus.

Riesen-Feuerwerk im Grunewald.

Heute, Sonnabend, auf der Rennbahn.

Am heutigen Sonnabend wird auf der Grunewald-Rennbahn ein Feuerwerk abgebrannt werden, das ohne jedes Beiwerk, ganz allein für sich als Veranstaltung gilt und über 2 Stunden dauert. Die Berliner Sportpalast A.-G. hat die weltberühmten italienischen Pyrotechniker, Gebr. Pinto aus Neapel, verpflichtet, die Spezialisten auf dem Gebiete des Großfeuerwerks sind, und von deren bisherigen Veranstaltungen in erster Linie die beiden Riesen-Feuerwerke anlässlich der Anwesenheit des Königs von England und des früheren amerikanischen Präsidenten Wilson in Mailand und Venedig zu erwähnen sind.

Für die Berliner Veranstaltung wählte man die Grunewald-Rennbahn, wo das Riesen-Feuerwerk am heutigen Sonnabend von 8 bis 11 Uhr abgebrannt wird. Es werden mehr als 4000 Bomben in Tätigkeit gesetzt, und die neuesten Erfindungen und Errungenschaften auf dem Gebiete der Feuerwerkskunst zur Durchführung gelangen.

Die Eintrittspreise sind 1 und 2 M. Jeder Zuschauer kann außerdem durch seine Eintrittskarte 1 Schlafzimmer, 1 Herrenzimmer und 1 Speisezimmer gewinnen, die verschenkt werden. Drei große Musikkapellen sorgen für musikalische Unterhaltung.



Die
SCHLOSS TIEFURT ZIGARETTE
erscheint demnächst auf dem Markt.
Der Name: Hohe Kultur.
Das Erzeugnis:
Höchste Kultur



